



BAYERISCHE Gemeindezeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

Präsidiumssitzung des Deutschen Städtetags:

CETA und Integration

Das Freihandelsabkommen CETA und die Integrationshilfen des Bundes standen auf der Agenda einer Präsidiumssitzung des Deutschen Städtetags in Bremen. Dabei forderten die deutschen Städte Bund und EU unter anderem auf, beim Freihandelsabkommen CETA sicherzustellen, dass die hohe Qualität der öffentlichen Daseinsvorsorge in kommunaler Verantwortung geschützt wird.

Grundsätzlich unterstützen die Städte die Ziele von Freihandelsabkommen, Handelshemmnisse abzubauen, Investitionsbedingungen für Unternehmen zu verbessern sowie mittels vereinbarter Standards Auswirkungen der Globalisierung fair zu gestalten.

Daseinsvorsorge

Wie der Vizepräsident des Deutschen Städtetags, Nürnbergs Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly erläuterte, „begrüßen die Städte grundsätzlich, dass die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit anderen Staaten ausgebaut werden soll. Denn dies kann auch die wirtschaftliche Stärke Deutschlands unterstützen. Der Deutsche Städtetag setzt sich allerdings seit langem dafür ein, dass die kommunale

Daseinsvorsorge in Freihandelsabkommen explizit ausgenommen wird – darunter insbesondere die nicht liberalisierten Bereiche, wie die öffentliche Wasserversorgung und Abwasserentsorgung, die Bereiche Abfall und ÖPNV, soziale Dienstleistungen sowie alle Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge im Kulturbereich. Die Bürgerinnen und Bürger vertrauen darauf, dass diese öffentlichen Dienstleistungen durch demokratisch legitimierte kommunale Vertretungskörperschaften gesteuert und kontrolliert werden. Das ist beim Handelsabkommen CETA derzeit noch nicht vollständig gesichert.“

Im Freihandelsabkommen



GZ lädt zum Breitband-Forum

Am 10. November 2016 lädt die Bayerische Gemeindezeitung zum 4. Bayerischen Breitbandforum in die ESKARA-Arena in Essenbach ein. Ziel ist es, den Besuchern aus Kommunen und Behörden Lösungsmöglichkeiten und Handlungsspielräume für die optimale Internetanbindung aufzuzeigen und Kontakte zu Dienstleistern und Netzbetreibern herzustellen.

Hochkarätige Referenten erläutern die Problemstellung und technische Umsetzungsbeispiele sowie juristische Fachfragen; ebenso erörtert werden Finanzierungsmöglichkeiten des Breitbandausbaus in Bayerns Städten und Gemeinden.

Für Besucher aus Kommunalpolitik, kommunalen Verwaltungen, kommunalen Spitzenverbänden, kommunalpolitischen Verbänden, Behörden und Ministerien ist die Teilnahme am Breitbandforum kostenfrei.

Mehr Infos unter: www.bayerisches-breitbandforum.de

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

dungsbereich zulässt. Dies gilt auch für neue Dienstleistungen, egal ob digital oder analog erbracht.

Schutzklauseln

Daher reiche der allgemeine Schutzvorbehalt für öffentliche Versorgungsleistungen in Annex II des Abkommens nicht aus, betonte Maly: „Die Städte fordern, dass Schutzklauseln für die Daseinsvorsorge in einer Negativliste rechtlich eindeutig gefasst sein müssen, um als Ausnahme von den Liberalisierungsverpflichtungen zu gelten. Das müssen die Vertragsparteien noch verbindlich vereinbaren. Wir wollen das Risiko für ungewollte Privatisierung durch die Hintertür ausschließen sowie die Option der Kommunen für die Rekommunalisierung von öffentlichen Dienstleistungen umfassend absichern.“

Beschaffungswesen

Erfreulich seien die vorgesehenen Regelungen zum öffentlichen Beschaffungswesen. Zum einen würde der kanadische Beschaffungsmarkt auch für deutsche, gerade mittelständische Unternehmen geöffnet. Zum anderen wird an den Festlegungen des europäischen und nationalen Vergaberechts nicht gerüttelt, die Regelungen zur Inhouse-Vergabe und zur interkommunalen Zusammenarbeit werden also nicht in Frage gestellt.

Investitionsschutz

Der Deutsche Städtetag erkennt an, dass beim Thema Investitionsschutz durch die bisherigen

Öffentliche Verwaltung:

Gemeinsam gegen Korruption

Fachtagung der Bayerischen Akademie für Verwaltungsmanagement in Augsburg

Immer wieder werden Korruptionsskandale aufgedeckt. Und immer wieder sind die Verantwortlichen und Betroffenen, aber auch die Öffentlichkeit, überrascht vom Ausmaß der Vorgänge. Das Bewusstsein für Compliance und die Notwendigkeit für Korruptionsvorsorge sind in den meisten Behördenleitungen vorhanden. Regelungen alleine reichen jedoch bei weitem nicht aus, um bei allen Beschäftigten das Bewusstsein für Korruptionsgefährdung zu stärken und ein korrektes Verhalten zu erzielen. Es muss gelingen, eine Verwaltungskultur zu etablieren, die jeglichem korrupten Verhalten einen Riegel schiebt.

Auf einer Fachtagung der Bayerischen Akademie für Verwaltungsmanagement in Augsburg gaben Experten anhand konkreter Praxisbeispiele und aufgrund langjähriger Erfahrungen mit dem Thema Korruptionsprävention gute Lösungsideen mit auf den Weg. Angefangen vom Anti-Korruptionskonzept über die Möglichkeiten eines Self-Audits bis hin zur IT-Compliance wurden spannende Themen ausgewählt.

Laut Prof. Dr. Thomas Schwartz, Universität Augsburg, fordert wirksames und nachhaltiges Com-

Joachim Herrmann feierte 60. Geburtstag:

„Arbeiten in Verantwortung vor Gott und den Menschen“

Benefiz für „Sternstunden“

Die Geburtstagsfeier war eine „Sternstunde“ und zudem gab es 60.000 Euro für die „Aktion Sternstunden“ – einen Tausender pro Lebensjahr spendeten die Gäste anlässlich des 60. Geburtstags von Innenminister Joachim Herrmann am 21. September. Ermöglicht wurde das Ganze durch ein Benefiz-Konzert des Polizeiorchesters Bayern und die nachdrückliche Vorgabe des Jubilars, auf eventuell zugelegte Geschenke zu Gunsten der „Sternstunden“ zu verzichten.

Der CSU-Politiker hat bewiesen, dass eine Geburtstagsfeier auch ohne lange Begrüßungslisten („alle 800 Gäste sind begrüßenswert“) und Laudationes

auskommen kann – auf seinen ausdrücklichen Wunsch hin wurde ebenso darauf verzichtet, wie auf einen Rückblick. Lediglich anhand einer Foto-Präsentation

während eines vom Polizeiorchester zusammengestellten Medleys aus sechs Jahrzehnten, bestehend aus Joachim Herrmanns Lieblingsmelodien, erinnerte an den Werdegang des Jubilars.

Viele Spender

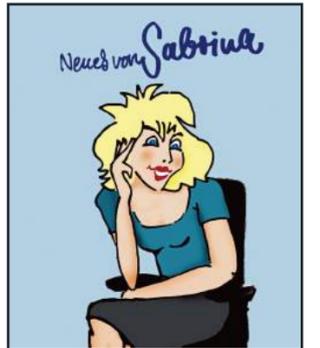
Joachim Herrmann sah „keinerlei Anlass zur Rückschau“, sei er doch „mittendrin in der Arbeit“ und habe „noch viel vor“. Er ergänzte: „Ich will weiterhin einfach nur meine Arbeit machen in Verantwortung vor Gott und den Menschen“. Sein Dank galt vor allem den Polizeibeamten mit Landespolizeipräsident Dr. Wilhelm Schmidbauer an der Spitze, allen Hilfs- und Rettungsorganisationen, und natürlich dem Orchester, den Ausrichtern der Veranstaltung und den vielen Spendern: „Danke dafür, dass Sie auch an Kinder denken, denen es nicht so gut geht, wie es mir in meiner Jugend ergangen ist“.

Leise Töne

Professor Johann Mösenbichler, Chefdirigent des Polizeiorchesters, bot mit seiner Truppe ein anspruchsvolles und ab-



Scheckübergabe in der Erlanger Heinrich-Lades-Halle, von links: Chefdirigent Professor Johann Mösenbichler, Landtagspräsidentin Barbara Stamm, Staatsminister Joachim Herrmann und Thomas Jansing, Geschäftsführer und Initiator der „Aktion Sternstunden“.



Um den Nachwuchs in der Verwaltung macht sich der Bürgermeister wenig Sorgen. Zwar ist der Staat als Arbeitgeber weniger cool und dynamisch als manch großes Unternehmen. Doch hat das auch Vorteile: Niemand zwingt die Beamten in „Shared Space“-Büros und auch die langfristige Sicherheit des Arbeitsplatzes spielt eine Rolle. Seite 15

Sie lesen in dieser Ausgabe

| | Seite |
|--|-------------|
| Bayerische Klimabörse | 2 |
| Naturtourismus ist eine Chance für Bayern | 2 |
| GZ-Kolumne Gabriele Bauer: Zielorientierte Wohnungsbaupolitik | 3 |
| Zukunftskongress Migration: Fördern und fordern | 3 |
| MigraNet: Integration durch Qualifizierung | 3 |
| Industriebericht: Positive Entwicklung | 4 |
| GZ-Fachthemen: IUK · Breitband · WLAN | 5-8 |
| IUK · EDV · IT | 8-13 |
| Aus den bayerischen Kommunen | 14-16 |

Feuerwehren fit für die Zukunft machen

Innenminister Joachim Herrmann plant Änderung des Feuerwehrgesetzes

Das Bayerische Feuerwehrrecht soll an die geänderten gesellschaftlichen und demografischen Rahmenbedingungen angepasst werden. Dies hat die Staatsregierung auf Vorschlag von Innenminister Joachim Herrmann jüngst beschlossen. Dazu legte der Minister dem Kabinett einen entsprechenden Gesetzentwurf vor, der u.a. auch die Stärkung der kommunalen Zusammenarbeit im Feuerwehrwesen, die Entlastung der Kreisbrandräte sowie Möglichkeiten der Inklusion vorsieht. Des Weiteren sollen die Freiwilligen Feuerwehren zukunftsfähig gemacht werden.

Laut Herrmann leisten derzeit ca. 320.000 Menschen aktiven Feuerwehrdienst, wobei mehr als 310.000 ehrenamtlich tätig seien. Ohne diese Ehrenamtlichen ließe sich das hohe Sicherheitsniveau in Bayern nicht aufrecht erhalten. Deshalb bräuchten die Freiwilligen Feuerwehren unbedingt ausreichenden Nachwuchs. Zur Realisierung schaffe man daher für die Gemeinden die Möglichkeit, mit Kinderfeuerwehren schon frühzeitig Heranwachsende an die kommunalen Feuerwehren heranzuführen. Dort würden sie altersgerecht mit den Tätigkeiten der Feuerwehr vertraut gemacht.

Zusammenarbeit

Darüber hinaus will der Innenminister auch die kommunale Zusammenarbeit im Feuerwesen weiter fördern. In diesem Sinne

werde die Gesetzesnovelle die Möglichkeiten kommunaler Kooperation erweitern, um so Synergieeffekte beim Brandschutz sowie beim technischen Hilfsdienst besser zu nutzen. Zudem sei auch Inklusion für die Feuerwehr ein wichtiges Thema, erklärte Herrmann. Denn auch Menschen mit geistigen oder körperlichen Behinderungen könnten in Freiwilligen Feuerwehren wertvolle Dienste leisten, etwa als Ausbilder oder psychologische Betreuer. Weiterhin könnten künftig bei Bedarf sog. Fach-Kreisbrandinspektoren die Kreisbrandräte bei ihren vielfältigen Fachaufgaben unterstützen und entlasten.

Know-How der Älteren

Schließlich soll der aktive Feuerwehrdienst nicht mehr wie bisher zwingend mit dem 63. Le-

bensjahr enden, sondern bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres möglich sein. Denn das „Know-how“ der älteren Feuerwehrler aus jahrzehntelanger Praxis sei unschätzbar, betonte Herrmann. Dieses ungeheure Potenzial müsse man nutzen. Mit unserem neuen Feuerwehrrecht machen wir unsere Freiwilligen Feuerwehren fit für die Zukunft“, erklärte der Minister abschließend.

Deutliches Zeichen

Die Verbände haben jetzt die Gelegenheit, zu den Änderungen im Feuerwehrgesetz Stellung zu nehmen. Der Vorsitzende des Bayerischen Feuerwehrverbands, Alfons Weinzierl, forderte seitens der Politik ein deutliches Zeichen für die Feuerwehr. Es müsse Übungsbetriebe am Wochenende und in Ferienzeiten sowie Ausbildungen am jeweiligen Standort und E-Learning-Möglichkeiten geben. Johann Eitzenberger vom Feuerwehrverband in Oberbayern verlangte mehr Unterstützung vom Freistaat. Darüber hinaus benötige man dringend mehr Aktive in den örtlichen Feuerwehren. **rm**

Landtagswahl 2018:

Neue Stimmkreiseinteilung wegen veränderter Einwohnerzahlen

Staatsregierung legt Landtag Stimmkreisbericht vor

Aufgrund gestiegener Einwohnerzahlen in Oberbayern muss nach den geltenden rechtlichen Vorgaben bei der nächsten Landtagswahl in 2018 die Zahl der zu wählenden Abgeordneten im größten Regierungsbezirk von 60 auf 61 erhöht werden. Hingegen reduziert sich im Regierungsbezirk Unterfranken entsprechend seinem Bevölkerungsanteil die Zahl der Abgeordnetensitze von 20 auf 19. Dies sind die wesentlichen Änderungen, über die Innenminister Joachim Herrmann nach Anhörung der Landtagsfraktionen und der Landesverbände der im Landtag und im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien jüngst informierte.

Zugrunde lag ein entsprechender Bericht der Staatsregierung, den der Bayerische Ministerrat jetzt dem Landtag vorgelegt hat. Demzufolge schlägt die Staatsregierung die Bildung eines neuen Stimmkreises in der Landeshauptstadt München vor. Ansonsten seien weder in Oberbayern noch in anderen Regierungsbezirken weitergehende Änderungen bei der Stimmkreiseinteilung notwendig.

Durch gesetzliche Vorgabe ist

die Staatsregierung verpflichtet, 36 Monate nach einer Landtagswahl über Entwicklung und Veränderung der Einwohnerzahlen in den Wahl- und Stimmkreisen zu berichten.

Landeswahlgesetz

Vorschläge zur Veränderung der Zahl der auf die Wahlkreise bzw. Regierungsbezirke entfallenden Abgeordnetensitze und zur Änderung der Stimmkreisein-

teilung aufgrund veränderter Einwohnerzahlen müssen in dem Bericht enthalten sein. Die Änderung der Mandatsverteilung zwischen den Wahlkreisen sowie An-

Bayerische Klimabörse

Angelehnt an die Idee des Crowd-Funding wurde die Bayerische Klimabörse entwickelt. Diese Website soll allen gesellschaftlichen Gruppen vom Privat-Bürger bis zum Unternehmen die Möglichkeit bieten, sich unmittelbar an Maßnahmen zum Klimaschutz in Bayern zu beteiligen. Die Partner der Bayerischen Klima-Allianz und deren Mitglieder sind exklusiv dazu berechtigt ihre Klimaschutz-Projekte in die Spendenplattform einzutragen.

Bedingung für ein Projekt ist, dass der Projektträger entweder selbst Klima-Allianz-Partner ist oder als Mitgliedsorganisation in Absprache mit dem Klima-Allianz-Partner tätig ist und somit ein geeigneter Klimaschutzbezug vorliegt.

Spendenabsichtserklärungen

Die Freischaltung der Projekte erfolgt durch das Bayerische Umweltministerium. Nach Freischaltung ist es jeder Rechtsperson möglich, eine Spendenabsichtserklärung abzugeben. Sind genügend Spendenabsichtserklärungen für ein Projekt eingegangen, kann der Projektträger die Spendensammlung schließen und zur Zahlung aufrufen.

So bietet die Bayerische Klimabörse allen gesellschaftlichen Gruppen vom Privat-Bürger bis zum Unternehmen die Möglichkeit, sich unmittelbar an Maßnahmen zum Klimaschutz in Bayern zu beteiligen.

Geeignete Projekte für die Bayerische Klimabörse sollten sich an folgenden Kriterien orientieren:

- Projekte von allgemeinem Interesse und Nutzen (z.B. eine Fassadenbegrünung – diese ist zwar „nur“ lokal sichtbar, kann aber als Vorbild für andere dienen).

Gemeinsames Statement der Ministerinnen Aigner und Scharf:

Naturtourismus ist eine Chance für Bayern

Wettbewerb „Modellregion Naturtourismus“ von StMUV und StMWi gestartet

Naturtourismus liegt im Trend. Das erkennt man schon daran, dass die Deutsche Zentrale für Tourismus ihr Jahresthema 2016 unter das Mot-



to „Faszination Natururlaub“ gestellt hat. Auch laut Marktforschung sind für die Mehrheit der Deutschen intakte Landschaft und Natur wichtige Kriterien für die Auswahl ihres Urlaubsziels.

Bayern bietet optimale Voraussetzungen für Natururlaub. Ob Berge, Wiesen oder Wälder, Flüsse oder Seen – in allen bayerischen Regionen gibt es Orte, die zur Erholung in der Natur einladen. Unter anderem kann man in 18 Naturparks und zwei Nationalparks die Natur genießen, erkunden und entdecken. Auch die touristischen Angebote sind reich gesät und bieten etwas für jeden: für Aktivurlauber, für Familien mit Kindern oder für Wellness-Fans.

Diese Angebote gilt es zu erhalten und weiter auszubauen. Dabei wollen wir einen touristischen Mehrwert schaffen und gleichzeitig der Verantwortung für wertvolle Landschaften und die Natur gerecht werden. Denn intakte Landschaften sind das Kapital des naturnahen Tourismus.

Am besten schaffen wir das, in dem alle Beteiligten vor Ort zusammen arbeiten – Gemeinden und Landkreise, Vereine und (Tourismus-) Verbände, Naturschutz, Freizeitsportler und viele mehr. Um eine solche Zusammenarbeit wei-

ter zu fördern und ihre Möglichkeiten auszubauen, hat das Bayerische Umweltministerium in Kooperation mit dem Bayerischen Wirtschaftsministerium den „Wettbewerb Modellregion Naturtourismus“ gestartet. Für eine Förderung als „Modellregion Naturtourismus“ können sich alle bayerischen Gemeinden, Gemeindeverbände und Landkreise bewerben. Voraussetzung ist die Kooperation mit mindestens drei weiteren Einrichtungen oder Trägern, z. B. Tourismusverbänden, Naturparks, Umweltstationen, Umweltbildungseinrichtungen, Regionalmarketinginitiativen, Museen oder Vereinen zur Förderung des Umwelt- und Naturschutzes. Gemeinsam sollen sie naturtouristische Konzepte entwickeln und umsetzen.

Eine Jury unter dem Vorsitz von Staatsministerin Ulrike Scharf wird dann drei Regionen auswählen, deren Projekt im Rahmen der förderrechtlichen Vorgaben jeweils mit bis zu 70.000 Euro gefördert wird. Initiative vor Ort ist gefragt; nicht nur vor dem rechtlichen Hintergrund sollen die Teilnehmer daher beachten, dass eine Förderung immer die Erbringung eines Eigenanteils von mindestens 20 % voraussetzt.

Nähere Informationen sowie die Wettbewerbsunterlagen finden Sie unter www.natururlaub.bayern.de. Wir freuen uns auf viele spannende Beiträge und Kooperationen vor Ort, die neue Impulse für den Naturtourismus in Bayern geben. Die drei Wettbewerbssieger werden dann im Rahmen eines Fachkongresses am 5. Juli 2017 ausgezeichnet.

Ilse Aigner

Ulrike Scharf

derungen im Zuschnitt der Stimmkreise müssen im Landeswahlgesetz verankert werden. Darüber entscheidet der Landtag im Rahmen eines Gesetzgebungsverfahrens. **rm**

- Inhaltliche Abgeschlossenheit (z.B. Umstellung eines öffentlichen Gebäudes auf LED-Beleuchtung).
- Ein Anreiz/Gegenwert für die Spender könnte die Spendenbereitschaft ggf. erhöhen (z.B. Nennung auf einer Spendertafel am Objekt).
- Lokale/Regionale Projekte verstärken möglicherweise die Identifikation der Spender mit dem Projekt (z.B. Anlage eines Schulgartens).
- Vorteilhaft könnten ggf. auch Projekte sein, die ohnehin durchgeführt werden und durch die Spenden erweitert werden können (z.B. Anlage eines Radweges; mit den zusätzlichen Spenden könnte ggf. noch ein Klimaschutz-Lehrpfad finanziert werden).
- Zusätzliche Bewerbung der Plattform/des Projektes über eige-

ne Kanäle der Projektträger (Homepage, Facebook, Mitgliederzeitschrift o.ä.).

Spenden-Handbuch

Um einen reibungslosen Ablauf der Spendensammlung zu gewährleisten, werden Kommunen darauf hingewiesen, die „Handlungsempfehlungen für den Umgang mit Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen für kommunale/gemeinnützige Zwecke vom Bayerischen Staatsministerium des Innern gemeinsam erarbeitet mit dem Bayerischen Staatsministerium der Justiz und den kommunalen Spitzenverbänden in Bayern (Anlage zum IMS vom 27. Oktober 2008)“ zu beachten.

Weitere Informationen unter: klimaboerse@stmuv.bayern.de

Grundsteinlegung für das Sudetendeutsche Museum in München:

„Wichtiger Baustein unserer Vertriebenenpolitik“

„Der Bau des Sudetendeutschen Museums ist für mich ein Herzensanliegen“, so Ministerpräsident Horst Seehofer anlässlich der Grundsteinlegung für das Sudetendeutsche Museum jüngst in München.

Seehofer weiter: „Mit voller Überzeugung habe ich den Bau des Sudetendeutschen Museums zum wichtigen Baustein unserer Vertriebenenpolitik gemacht. Das kulturelle Erbe der Sudetendeutschen, der großartige Beitrag, den sie zum Aufstieg Bayerns vom Agrarland zum Vorzeigeland in Deutschland geleistet haben, aber auch mit welcher Kraft und menschlicher Größe sie das Schicksal der Vertreibung gemeistert haben – all das wollen wir gerade für die jungen Menschen und künftige Generationen bewahren.“

Zentrum für Kulturpflege

Zusammen mit dem angrenzenden Sudetendeutschen Haus

und dem Haus des Deutschen Ostens soll das Museum zum neuen Zentrum für die Kulturpflege der deutschen Heimatvertriebenen werden.

Ort der Erinnerung und der Begegnung

Seehofer: „Das Sudetendeutsche Museum soll Maßstäbe setzen als Ort der Erinnerung und der Begegnung. Und dazu gehört auch der Dialog mit unseren tschechischen Nachbarn. Das bayerisch-tschechische Verhältnis ist heute entspannt und gutnachbarschaftlich. Und dazu haben auch die Sudetendeutschen viel beigetragen, die trotz ihrer Vertreibungsgeschichte immer wieder den Kontakt und den Aus-

tausch mit den Menschen in der alten Heimat gesucht haben. Auch deswegen lautet die Botschaft des Museums: Gestalten wir aus der Kenntnis unserer Vergangenheit verantwortungsvoll unsere Zukunft!“

Fertigstellung in 2018

Ministerpräsident Seehofer hat die Errichtung des Sudetendeutschen Museums von Beginn an in sein Regierungsprogramm aufgenommen. Die Fertigstellung ist bis 2018 geplant. Träger des Museums ist die Sudetendeutsche Stiftung. Der Freistaat Bayern stellt für die Errichtung des Museums insgesamt 20 Millionen Euro zur Verfügung und unterstützt den laufenden Betrieb des Museums mit jährlich einer Million Euro. Der Bund beteiligt sich am Bau mit bis zu 10 Millionen Euro. **□**

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Wilhelm Wagenfeil
94544 Hofkirchen
am 8.10.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Friedrich Käfmeyer
89353 Glött
am 2.10.
Bürgermeister
Anton Winkler
89432 Binswang
am 6.10.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Hans Wagmann
94140 Ering
am 1.10.
Bürgermeister
Dr. Dietmar Gruchmann
85748 Garching
am 2.10.

Bürgermeister
Ludwig Prögler
93464 Tiefenbach
am 6.10.

Bürgermeister
Karl-Heinz Fitz
91710 Gunzenhausen
am 11.10.

Bürgermeister
Georg Fleischmann
94239 Gotteszell
am 30.9.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Hermann Duschl
94107 Untergriesbach
am 3.10.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Wolfgang Eurisch
87640 Biessenhofen
am 4.10.

Landrat Elmar Stegmann
88131 Lindau
am 4.10.

Hinweis in eigener Sache:

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Landesnetzwerk MigraNet:

Integration durch Qualifizierung

Enge Zusammenarbeit mit den Kommunen

Integration beginnt am Arbeitsplatz. Damit berufliche Integration von Menschen mit Migrationshintergrund gelingt, arbeitet MigraNet - das IQ Landesnetzwerk Bayern eng mit den relevanten Akteuren im Freistaat zusammen. Dazu zählen neben kleinen und mittleren Unternehmen sowie Arbeitsverwaltungsbehörden insbesondere die Kommunen, wie Anne Güller-Frey (MigraNet Transnationale Koordination) im Gespräch mit der Bayerischen Gemeindezeitung erläuterte.

MigraNet besteht seit Juli 2005 und wurde zunächst über die EU mit dem Ziel finanziert, „gegen Ungleichheiten auf dem Arbeitsmarkt tätig zu werden“, so Güller-Frey, „denn Tatsache ist, dass Menschen mit Migrationshintergrund doppelt so häufig von Arbeitslosigkeit betroffen sind wie die einheimische Bevölkerung“. Innerhalb des Netzwerks entstand bis Ende 2007 eine Vielzahl von Beratungs- und Weiterqualifizierungsmaßnahmen. Seit Januar 2008 wird das Netzwerk unter der Bezeichnung Kompetenzzentrum MigraNet vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales und dem Europäischen Sozialfonds für Deutschland als Teil des bundesweiten Netzwerks „Integration durch Qualifizierung“ (IQ) gefördert. Die Koordination des IQ-Landesnetzwerk Bayern liegt bei Tür an Tür Integrationsprojekte gGmbH mit Sitz in Augsburg.

Modulkoffer

„Zielgruppe in unserem Programm sind erwachsene Menschen ab 25 Jahren mit Migrationshintergrund“, betonte Güller-Frey. Aktuell sei man bayernweit mit 54 Projekten vernetzt und an verschiedenen Standorten vertreten - schwerpunktmäßig in Augsburg, München und Nürnberg. Zu den Partnern von MigraNet zählen unter anderem die Volkshochschulen, Bundesagenturen für Arbeit und Jobcenter, Handwerkskammern sowie Industrie- und Handelskammern.

Erst kürzlich sei MigraNet mit dem Landratsamt Sonthofen in Kooperation getreten. Gemeinsam mit der Bertelsmann-Stiftung werde ein sog. Modulkoffer mit Handlungsempfehlungen entstehen, wie es der Kommune gelingen kann, Flüchtlinge besser in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Vielfalt in der Gesellschaft

Ohnehin komme den Städten und Gemeinden in der Einwanderungsgesellschaft eine ganz besondere Verantwortung zu, stellte Güller-Frey fest. Als Arbeitgeber und Produzenten von Dienstleistungen seien sie verpflichtet, mit Vielfalt in der Gesellschaft umzugehen. Die Begleitung von Organisationsprozessen innerhalb der Institutionen sowie die Durchführung von Informationsveranstaltungen und interkulturellen Schulungen, speziell für kommunale Mitarbeiter, zählten zu jenen Aufgaben, mit denen u.a. die Referate für Wirtschaftsförderung und die kommunalen Integrationsbeauftragten betraut seien. Verschiedentlich gebe es bereits Anfragen einzelner Kommunen, Schulungen und Trainings interkultureller Art anzubieten.

„Unsere Erfahrung zeigt, dass Menschen, die aus anderen Ländern zu uns kommen, nicht über unsere Netzwerke verfügen“, urteilte Güller-Frey. In punkto Jobsuche seien sie weit weniger qualifiziert. Hinzu kämen wichtige Faktoren wie Sprache sowie rechtliche, möglicherweise noch zu klärende Rahmenbedingungen wie Aufenthalt oder Arbeitserlaubnis. „Dies sind oftmals Punkte, die sich in einem sehr langen Prozess abspielen.“

Apropos Sprache: Für MigraNet ist es wichtig darauf zu achten, dass berufsbezogene Deutschkurse angeboten werden. Hier gebe es noch eine Vielzahl von Handlungsoptionen, meinte Güller-Frey auch mit Blick auf unternehmerisches Engagement wie der möglichen Finanzierung eines Sprachkurses für fachbezogenes Deutsch.

Alltagsguide als App

An die Zielgruppe Flüchtlinge, aber auch an Kommunen und Ehrenamtliche, richtet sich eine neue mobile App und Informationsplattform namens „Integreat“, die von Tür an Tür und dem Sozialreferat der Stadt Augsburg in Zusammenarbeit mit der TU München entwickelt wurde. Die Software dieses Ende vergangenen Jahres in Augsburg gestartete „Alltagsguides“ steht als Open-Source-Programm jeder Stadt und Gemeinde kostenlos zur Verfügung. Die

Zukunftskongress Migration & Integration in Berlin:

Fördern und fordern

Europäische Lösung in deutschem Interesse

Bereits zum zweiten Mal fand in diesem Jahr der Zukunftskongress Migration & Integration statt. Im Mittelpunkt standen neben Fragen der Verfahrensbeschleunigung und der Optimierung der betroffenen IT-Strukturen zwischen Bund, Ländern und Kommunen vor allem Fragen der Wertevermittlung, des Ehrenamtes, der Unterbringung, Stadtplanung und des sozialen Wohnungsbaus, der Ausbildung sowie der Eingliederung in den Arbeitsmarkt.

Angesichts der vielen dringlichen und praktischen Fragen, die die Flüchtlingssituation für Kommunen, Länder und Bund aufwirft, diente der Zukunftskongress Migration & Integration einmal mehr insbesondere Praktikern als neutrale und übergreifende Plattform, um einen lösungsorientierten Erfahrungsaustausch sowie die Formulierung von Änderungs- und Handlungswünschen an die Politik zu ermöglichen. Die Tagung stellte die verwaltungspraktischen Fragen in den Mittelpunkt ihrer Betrachtungen. Vorrangiges Ziel war es, diejenigen Antworten auf die „Flüchtlingsfrage“ zu geben, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland fördern und sichern.

Verbales Abrüsten

Vor Vertretern aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft forderte Bundesinnenminister de Maizièrre in seiner Keynote ein „verbales Abrüsten“ in der Integrationsdebatte. Eine hysterische Sprache werde den Problemen nicht gerecht und helfe nicht bei Bewältigung der Probleme. De Maizièrre verwies auf Begriffe wie „Staatsversagen“ oder „Unrechtsstaat“. Es gelte, wieder zu Maß und Mitte in der Debatte zu finden.

Zugleich forderte er, nicht nur über Instrumente, sondern mehr über Ziele für gelingende Integration zu sprechen. Die nach Deutschland gekommenen Men-

Handy-Anwendung bietet Informationen in fünf Sprachen.

Orientierung

„Integreat“ baut auf der Erkenntnis auf, dass Menschen sich an einem neuen Ort erst einmal orientieren müssen, bevor sie sich integrieren können. Zwar verfügen etwa 70 % aller flüchtenden Menschen in Augsburg über ein Android Smartphone, jedoch hatte in der Vergangenheit nahezu keiner von ihnen eine mobile Datenflatrate, um auch außerhalb von öffentlichen Hotspots auf Informationen von z.B. Websites zuzugreifen.

Beratungsgespräche

Ein weiterer Vorteil dieses dynamischen Systems: Informationen und Veranstaltungen diverser Augsburger Projekte, Initiativen und Vereine können in einem zentralen System zusammengetragen werden und beispielsweise auch in Beratungsgesprächen gedruckt oder weiterverwendet werden.

Ansprechpartnerin in Augsburg für Informationen zu diesem ganzheitlichen Serviceökosystem ist Julia Hüther (julia.huether@augsbuerg.de). **DK**

schen müssten sich zu Gesellschaft und Staat zugehörig fühlen – auch jenseits von Arbeit, Sprache und Gesetzestreue.

Realismus und Geduld

„Ankommen braucht Zeit“ und nicht alle Träume würden wahr, mahnte De Maizièrre und forderte Neugier, Realismus und Geduld ohne dies funktioniere Integration nicht. Der Bundesinnenminister wies in dem Zusammenhang auf die große Bedeutung von Religion bei der Integration der Flüchtlinge hin. „Wir haben die Bedeutung von Religion unterschätzt – auch bei uns.“ Er rief dazu auf, sich mit den eigenen religiösen Wurzeln zu beschäftigen, um darüber auch ein besseres Verständnis für Flüchtlinge zu entwickeln und mit ihnen ins Gespräch zu kommen.

Säkuläres Deutschland

Im säkulären Deutschland sei für viele die christliche Erzählung nicht mehr so wichtig. Für zahlreiche Menschen aus anderen Teilen der Welt nehme die Bedeutung von Religion aber nicht ab. De Maizièrre sagte, niemand müsse religiös werden oder in die Kirche gehen, Kenntnis von Glauben und Religion schade aber keinem.

Zugleich hob er hervor, dass auch die Muslime eine Verantwortung für das Verständnis zwischen Flüchtlingen und einheimischer Bevölkerung hätten. „Die Integration der Flüchtlinge ist für

GZ

Kolumne
Gabriele Bauer

Liebe Leserinnen und Leser,

die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum war das zentrale Thema bei der Vollversammlung des Bayerischen Städtetags in Memmingen. Das Problem: Die staatliche Wohnungsbaupolitik ist nicht stringent von diesem Ziel her gedacht. Sie wird gebremst durch vielerlei technische, ökologische, planerische, steuer- und finanzpolitische Restriktionen. Daraus resultiert eine in sich widersprüchliche Politik. Staatliche Wohnungsbaupolitik konterkariert sich selbst.

Drei Beispiele: Nach Zahlen der „Arbeitsgemeinschaft für zeitgemäßes Bauen“ sind seit dem Jahr 2000 die Bauwerkskosten – haupt-



Population die Schaffung von 100 Wohnungen um ein Jahr verzögert wird oder die Umsiedlung von 1.000 Eidechsen sechsstellige ökologische Ausgleichsinvestitionen erfordert.

Die neue Immobilienkredit-Richtlinie bewirkt, dass Durchschnittsverdiener und Rentner ein Eigenheim oder dessen Renovierung nicht mehr finanzieren können – u.a. weil, anders als z.B. in Österreich, der Wert einer Immobilie nicht mit angesetzt werden darf. Ein bürokratischer Knieschuss, der ohne

Not dringend notwendige private Investitionen in den Wohnungsbau hemmt.

Wenn die Bundes- und Landespolitik sich nicht wieder auf die ordnungspolitischen Wurzeln der Wohnungsbaupolitik besinnt, bleiben alle Versuche, die Bautätigkeit anzukurbeln, Stückwerk. Aus guten Gründen war in den Anfangsjahren der Bundesrepublik, als die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft noch hoch gehalten wurden, Wohnungsbaupolitik immer auch Eigentumspolitik. Dieser Aspekt ist mit den zahlreichen Wohnungsbauprogrammen, die sich an Staat und Kommunen selbst adressieren, weitgehend aus dem Blickfeld geraten.

Wer glaubt, primär der Staat könne den Wohnungsmangel in Deutschland lösen, wird scheitern. Es braucht private Investoren. Sie wurden durch die Abschaffung von Eigenheimzulage und Baukindergeld sowie der degressiven Abschreibung, durch viele kleine steuerrechtliche Verschlechterungen und durch das Mietrecht von Investitionen in den Wohnungsmarkt nachhaltig abgeschreckt. Das rächt sich jetzt. Diese investitionsfeindlichen Regulierungen wieder zurückzunehmen muss der eigentliche Dreh- und Angelpunkt einer zielorientierten Wohnungsbaupolitik sein. Nur so werden eine nachhaltige Ausweitung des Wohnraumbangebots und die Erhöhung der im europäischen Vergleich erheblich unterdurchschnittlichen Wohneigentumsquote in Deutschland gelingen.

Ihre Gabriele Bauer

Oberbürgermeisterin der Stadt Rosenheim

Zielorientierte Wohnungsbaupolitik

sächlich bedingt durch die Energieeinsparverordnung (EnEV) – um 36 Prozent gestiegen. Allein durch die EnEV 2016 werden weitere 7 Prozent draufgepackt. Dazu kommen kostenintensive Anforderungen wie Barrierefreiheit, Brand- und Schallschutz. Wer glaubt, kostengünstiger Wohnraum (Mieten von 6 bis 8 Euro/qm) sei mit solchen Regulierungen zu schaffen, sollte einen Grundkurs in Immobilienwirtschaft belegen.

Zur Baulandmobilisierung und als Strategie gegen Bodenversiegelung wird Nachverdichtung propagiert. Wegen der hohen Immobilienpreise in den Innenstädten können sich aber nur Besserverdienende diese Form der Baulandentwicklung leisten. Gebot der Stunde wäre die Schaffung neuen Baurechts in Stadtrandlagen oder auf Brachflächen. Das aber ruft einen komplexen Umwelt-, Arten- und Naturschutz auf den Plan. Die Frage sei erlaubt, ob es Ergebnis einer angemessenen Abwägung sein kann, wenn wegen einer kleinen Kröten-

die in Deutschland lebenden Muslime eine Riesenchance“, erklärte de Maizièrre insbesondere mit Blick auf die Moscheevereine. Beteiligten sie sich daran nicht, werde es für sie schwieriger, Verständnis dazuzugewinnen.

Grenzbeziehungen

Zudem betonte der Minister, dass nicht alle Ausprägungen anderer Religionen toleriert werden könnten. Er nannte als Beispiele die Verheiratung von Kindern, die Weigerung, Frauen die Hand zu geben oder von ihnen Essen anzunehmen. Es gelte, soziale Grundlagen aufzuzeigen und Traditionen zu formulieren. Grenzbeziehungen vorzunehmen, sei wichtig für den Zusammenhalt der Gesellschaft.

Rückführungen

Laut de Maizièrre kann Integration nur gelingen, wenn klar ist, auf wen sie sich bezieht. Daher müssten Menschen ohne Bleibeperspektive unser Land auch wieder verlassen. Rückführungshindernisse müssten konsequent beseitigt werden.

Europäischer Ansatz

Der europäische Ansatz für die Lösung der Flüchtlingskrise liege auch im deutschen Interesse, so der Minister. Darum bemühe sich die Bundesregierung, ohne nationale Interessen aufzugeben. Einen egoistisch-nationalen Ansatz lehnte er ab. Die Integration der schutzberechtigten Flüchtlinge sei eine historische Aufgabe. Wir sollten sie mit dem „Gefühl der Stärke und des Selbstbewusstseins angehen – nicht mit Verunsicherung“, schloss de Maizièrre.

Diverse Best-Practice-Dialoge, Zukunftswerkstätten bzw. Zukunftsdialoge sowie Zukunftsforen zeichneten sich in der Folge dadurch aus, dass nicht nur der Status quo gezeigt, sondern vor-

allem auch Perspektiven für eine gelungene Integration diskutiert wurden.

Wohnsitzzuweisung

Der Stand der Vernetzung zwischen Bund, Ländern und Kommunen stand ebenso auf der Agenda wie die Frage, ob und wie das politische Instrument der Wohnsitzzuweisung nunmehr praktisch zum Nutzen der gesamten Gesellschaft eingesetzt werden kann. Erörtert wurden darüber hinaus steuerliche Fallstricke bei der Flüchtlingsbetreuung durch öffentliche Einrichtungen. Zudem wurde die transparente digitale Beschaffung in

turbulenten Zeiten anhand von Best Practice Beispielen öffentlicher Verwaltungen anschaulich erläutert.

Proaktiver Ansatz

Bei der Steuerung von Integrationsmaßnahmen setzt die KGSt auf einen proaktiven Ansatz. Die richtige Kommunikation spielt dabei eine entscheidende Rolle. In der Veranstaltung entwickelten die Teilnehmer anhand der Methode „Design Thinking“ schließlich Lösungsideen für eine zielgerichtete und effektive Kommunikation in der kommunalen Praxis. **DK**

Auflösung der VG Odelzhausen

Ministerrat beschließt Gesetzentwurf

Die Verwaltungsgemeinschaft Odelzhausen soll aufgelöst werden. Dadurch werden Sulzemoos, Pfaffenhofen an der Glonn sowie Odelzhausen selbständige Gemeinden. So sieht es ein vom Ministerrat auf den Weg gebrachter Gesetzentwurf vor.

Innenminister Joachim Herrmann erklärte, mit dem Gesetzentwurf sei man den Anträgen der Gemeinden Sulzemoos und Pfaffenhofen an der Glonn gefolgt.

Leistungsfähigkeit

Voraussetzung für die Entlassung aus einer Verwaltungsgemeinschaft sei die dauerhafte ausreichende Leistungsfähigkeit einer Gemeinde, d.h. sie müsse eine eigene Verwaltung aufbauen und erhalten können. Zu berücksichtigen sei hierbei auch die Situation der anderen betroffenen Kommunen. Eine wichtige Rolle bei der Bewertung spielten ebenso die Bürgernähe, die Erhöhung von Effektivität und Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung sowie die Stärkung des kommunalen

Selbstverwaltungsrechts. Die drei Mitgliedsgemeinden der Verwaltungsgemeinschaft aus dem Landkreis Dachau hätten die Auflösung einstimmig befürwortet, betonte der Innenminister.

Einzelfälle

Seit der Gemeindegebietsreform in den 1970er Jahren sei es lediglich in Einzelfällen zu Änderungen der kommunalen Gliederung des Staatsgebietes gekommen, von 1979 bis 2012 neun Mal. In nahezu allen Fällen habe es sich um Anträge auf Entlassung aus und Auflösung von Verwaltungsgemeinschaften gehandelt, erläuterte Minister Herrmann. Über den aktuellen Gesetzentwurf muss nun der Landtag entscheiden. **rm**

Industriebericht Bayern 2016:

Positive Entwicklung in allen Regierungsbezirken

Wirtschaftsministerin Ilse Aigner blickt optimistisch in die Zukunft

Die Industrie ist eine der tragenden Säulen der bayerischen Wirtschaft. Gemessen an der Bruttowertschöpfung trägt das Verarbeitende Gewerbe in Bayern mit einem Anteil von 27,4 % am stärksten zur Bruttowertschöpfung bei, gefolgt von den Sektoren Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistung mit 25,9 % und Handel, Verkehr, Gastgewerbe und IT mit 20,1 %. Im Vergleich zu Deutschland (22,6 %) fällt der Industrieanteil in Bayern gemessen an der Bruttowertschöpfung deutlich höher aus, wie der Industriebericht Bayern 2016 darlegt.

Mit einem Anteil an den Erwerbstätigen von 20,6 % hält die Industrie hinter dem Sektor der öffentlichen und privaten Dienstleister (28,4 %) und dem Sektor Handel, Verkehr, Gastgewerbe und IKT (25,6 %) kontinuierlich den dritten Platz. Zugleich liegt der Beschäftigtenanteil im Verarbeitenden Gewerbe Bayerns auch 2015 deutlich über dem gesamtdeutschen Anteil von 17,5 %. Der Freistaat weist damit eine deutlich stärkere industrielle Prägung als Deutschland auf und gehört bundesweit zu den industriellen Zentren. Im Vergleich der Bundesländer weist einzig Baden-Württemberg mit einem Anteil des Verarbeitenden Gewerbes von 24,5 % einen deutlich höheren Beschäftigtenanteil auf. Das Saarland und Thüringen liegen mit 20,9 % auf bayerischem Niveau.

Kraftfahrzeugbau

Der größte Anteil an Beschäftigten im Freistaat entfiel dabei auf den Maschinenbau und der größte Umsatzanteil auf die Herstellung von Kraftwagen/-teilen. Beide Wirtschaftszweige vereinigten rund ein Drittel der Be-

schäftigten und fast 45 % der Umsätze in der bayerischen Industrie auf sich. Zudem zeichnen sich diese Branchen durch einen im Vergleich zu Deutschland höheren Branchenbesatz aus.

Ein weiteres wichtiges Standbein der bayerischen Wirtschaft ist die Elektroindustrie. So entfielen im Jahr 2015 15,4 % der industriellen Arbeitsplätze auf die Herstellung von elektrischen Ausrüstungen sowie EDV, Elektronik, Optik.

Dominierende Branchen

Neben den großen, dominierenden Branchen wie dem Maschinenbau, dem Automobilbau und der Elektroindustrie verfügt Bayern zudem über gut etablierte, kleinere Branchen wie dem Luft- und Raumfahrzeugbau, als Teilbranche des Sonstigen Fahrzeugbaus, der Herstellung von Glaswaren, Keramik u. ä. sowie der Herstellung von Leder, Lederwaren und Schuhen. Besagte Branchen zeichnen sich durch einen hohen Lokalisationsgrad und ein sehr gutes Geschäftsklima mit hohen Erwartungen ans Auslandsgeschäft aus.

Blickt man auf die einzelnen Regierungsbezirksprofile, so ist das Verarbeitende Gewerbe Oberbayerns 2015 durch eine sehr dynamische Entwicklung der Beschäftigtenzahlen und Umsätze gekennzeichnet. Die industrielle Stärke zeigt sich zudem im Umsatz je Beschäftigten, welcher mit 130,4 Mrd. Euro deutlich über dem Niveau der übrigen Regierungsbezirke liegt. Zudem ist die Auslandsorientierung überdurchschnittlich hoch.

Aufwärtstrend

Der Aufwärtstrend im Verarbeitenden Gewerbe setzt sich in Niederbayern auch 2015 fort. So stiegen Beschäftigung und Umsätze (43,5 Mrd. Euro) in einem ähnlichen Verhältnis von rund 2 %. Zudem liegt der Umsatz je Beschäftigten deutlich über dem bayerischen Durchschnitt.

In der Oberpfalz wird nahezu jeder zweite Industriearbeitsplatz von der Vorleistungsgüterindustrie gestellt. Damit nimmt sie als Standort für die Herstellung von Erzeugnissen zur Weiterverarbeitung eine gewichtige Rolle innerhalb der Wertschöpfungskette ein. Zudem entwickeln sich Umsatz (32,9 Mrd. Euro) und Beschäftigung dynamisch.

Im Vergleich der Regierungsbezirke verzeichnet das Verarbeitende Gewerbe Oberfrankens 2015 die stärksten Umsatzgewinne mit einem Plus von rund 6 % (23,5 Mrd. Euro). Hinsichtlich

der Industriestruktur ist der deutlich über dem Landesdurchschnitt liegende Anteil an Beschäftigten der Gebrauchsgüterindustrie kennzeichnend.

Trendumkehr beim Umsatz

2015 zeigt sich für das Verarbeitende Gewerbe in Mittelfranken eine Trendumkehr bei der Umsatzentwicklung. So konnte gegenüber den Vorjahren ein Umsatzplus von 2,1 % erzielt werden (37,3 Mrd. Euro). Im Vergleich der Regierungsbezirke weist Mittelfranken den höchsten Beschäftigungsanteil in der Verbrauchsgüterindustrie auf.

In Unterfranken entwickelte sich das Verarbeitende Gewerbe 2015 solide. Die Umsätze lagen bei 26,3 Mrd. Euro. Unternehmen, die Investitionsgüter herstellen, bilden den stärksten Beschäftigungsschwerpunkt in Unterfranken.

Niedrige Exportquote

Trotz vergleichsweise niedriger Exportquote mit 43,1 %, konnte das Verarbeitende Gewerbe in Schwaben mit 48,9 Mrd. Euro ein deutliches Umsatzplus von 5,6 % gegenüber 2014 verbuchen. Damit lag die Umsatzentwicklung über dem Landesdurchschnitt.

Bayerns Wirtschaftsministerin Ilse Aigner sieht insgesamt optimistisch in die Zukunft: „Unsere bayerische Industrie wird ihre Wachstumschancen nutzen und hat dabei die Politik an ihrer Seite.“ DK

CETA und Integration...

(Fortsetzung von Seite 1) Gen Verhandlungen deutliche Verbesserungen erreicht wurden. Inzwischen ist vorgesehen, ein Investitionsgericht einzusetzen, das mit unabhängigen und qualifizierten Schiedsrichtern besetzt werden soll und eine Berufungsmöglichkeit bietet. Zudem sind die Möglichkeiten limitiert, sich an das Investitionsgericht zu wenden. Dennoch sollten nach Auffassung der Städte die Bundesregierung, der Bundestag und das europäische Parlament im weiteren Ratifizierungsprozess prüfen, ob die Unabhängigkeit der Richter tatsächlich sichergestellt ist. Darüber hinaus müsse klargestellt werden, dass die im Abkommen vereinbarten Diskriminierungstatbestände, die zur Klage von Investoren führen könnten, nicht für öffentliche Dienstleistungen gelten.

Positiv bewerten die Städte, dass sich das Abkommen ausdrücklich für eine nachhaltige Entwicklung und die jeweils gültigen Schutzstandards ausspricht. Damit werden die national und europäisch geltenden Schutzstandards insbesondere für den Umweltbereich durch CETA nicht in Frage gestellt. Wichtig sei allerdings, dass dieser Schutz auch für untergesetzliche Standardsetzungen, beispielsweise durch die Kommunen und die technischen Regelwerke, vollumfassend gilt.

„Die Bundesregierung hat deutlich gemacht, dass das geplante Freihandelsabkommen CETA auch durch die nationalen Parlamente und damit vom Deutschen Bundestag beraten werden muss. Das sieht der Deutsche Städtetag genauso. Deshalb darf der Bund gegenüber der EU auf keinen Fall einer vorläufigen Anwendung von CETA in Bezug auf die Regelungen für die öffentliche Daseinsvorsorge und zum Investorenschutz zustimmen. Denn diese fallen in nationale Zuständigkeiten“, unterstrich der Vizepräsident abschließend.

Ferner fordert der Deutsche Städtetag die Länder auf, einen angemessenen Teil der Bundesmittel für die Integration möglichst schnell an die Kommunen weiterzugeben. Das sei nach der Einigung zwischen Bund und

(Fortsetzung von Seite 1) wechslungsreiches musikalisches Programm, von Leonard Bernstein über Johann und Richard Strauß bis hin zum abschließenden Dixieland Jam – stehende Ovationen galten nicht nur dem Jubilar, sondern auch den Interpreten. „Was für ein Tag“, rief Mösenbichler in seiner kurzen Ansprache aus, bevor er einen eigens für Herrmann komponierten und intonierten Geburtstagsmarsch anstimmte. Den Jubilar beschrieb er mit den Worten: „Er brilliert mit leisen Tönen und gefühlvollem Handeln.“

Der Spendscheck im Großformat wurde übergeben an Thomas Jansing, Geschäftsführer der Aktion Sternstunden, der das von Joachim Herrmann ausgegebene Motto „Spenden statt Schenken“ ebenso hervorhob, wie die Tatsache, dass alle Spendengelder der vom Bayerischen Rundfunk und vielen Sponsoren getragenen Aktion zu 100 Prozent an Kinder in Not gehen. Mit dabei war Landtagspräsidentin Barbara Stamm, auch Landesvorsitzende der Lebenshilfe.

Zuvor hatte die CSU-Landtagsfraktion mit ihm gefeiert. Vorsitzender Thomas Kreuzer: „Du stehst wie kein Zweiter für Sicherheit und Stärke“. Er erinnerte an die Jahre, als Herrmann „die Fraktion hervorragend führte“. Musikalisch begleitet wurde das Fest vom fränkischen Blechbläserquintett „Ächd Bläch“.

In den Medien wurde Joachim

Herrmann anlässlich seines runden Geburtstages als „Demutsverweigerer“ vor Oberen und „Pflichtmensch“ zugleich beschrieben. Andere nannten ihn einen „besonnenen Krisenmanager, kompromisslos bei der Inneren Sicherheit“ und dennoch kein „Scharfmacher“, oder „Sicherheitsminister Nr. 1“.

Spitze der Verwaltung

Joachim Herrmann ist verheiratet und Vater von drei Kindern. Er ist Oberstleutnant der Reserve und Bezirksvorsitzender der CSU-Mittelfranken.

Seit 1994 ist er Mitglied des Bayerischen Landtags und seit 2007 Bayerischer Staatsminister des Innern, für Bau und Verkehr. Er steht an der Spitze der inneren Verwaltung Bayerns und ist damit auch für die Städte, Landkreise und Gemeinden mit sieben Regierungen, 96 Kreisverwaltungsbehörden (Landratsämter und Kreisfreie Städte) zuständig, ebenso für die Staatsbauverwaltung mit der Obersten Baubehörde, zwei Autobahndirektionen und 22 staatlichen Bauämtern. Ihm unterstehen die Bayerische Landespolizei und der Verfassungsschutz. Außerdem führt er die oberste Dienstaufsicht über das Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, die Landesadvokatur Bayern, die Bayerische Versorgungskammer und drei staatliche Feuerwehrschulen. □

Der Deutsche Städtetag hält außerdem Ausführungsbestimmungen der Länder für erforderlich, damit die kommunalen Ausländerbehörden besser entscheiden können, wie Ausnahme- und Härtefallregelungen für Flüchtlinge und Asylberechtigte angewandt werden, die nach dem 1. Januar 2016 ihren Wohnsitz außerhalb des Bundeslandes genommen haben, in dem ihr Aufnahmeverfahren stattgefunden hat. Die Städte begrüßen, dass Bund und Länder hierzu Grundsätze entwickeln, um zu einem einheitlichen Vorgehen der Behörden beizutragen. Sollte die Anwendung der Ausnahme- und Härtefallregelungen dazu führen, dass eine Vielzahl von anerkannten Flüchtlingen entgegen der Erstzuweisung an einem Wohnort ihrer Wahl bleiben, müssten die zusätzlichen Belastungen der Städte ausgeglichen werden. Dazu sollten Städte, die bereits mehr Flüchtlinge aufgenommen haben, in Zukunft eine geringere Zahl zugewiesen bekommen, so der Städtetag. DK

Gemeinsam gegen Korruption ...

(Fortsetzung von Seite 1) men beschränkt bzw. eingegrenzt werden, so Schwartz. Es genüge nicht, Prozesse zu organisieren, Aufgaben effektiv zu delegieren, deren Umsetzung zu kontrollieren und gerichtsrechtlich zu dokumentieren. Recht verstandenes Compliance-Management versuche nicht allein die Einhaltung von externen und internen Regeln zu gewährleisten (Legalität), sondern werde sich immer auch um die moralische Akzeptanz solcher Regeln und Regelungsmechanismen durch die von ihnen betroffenen Gruppen und Einzelpersonen bemühen (Legitimität). „Die Verbindung von Legalität und Legitimität immer aufs Neue zu gewährleisten, ist ein wesentlicher Inhalt von Führung aus (wirtschafts-) ethischer Perspektive. Deshalb ist Compliance Führungsaufgabe“, unterstrich Schwartz.

Wie Klaus Kokol und Ralf Kriesemer berichteten, hat im Jahr 2013 der Rat der Stadt Neuss ein Antikorruptionskonzept zur Kenntnis genommen. Da dieses auch außerhalb der Verwaltung große Beachtung fand, wurde eine zweite Auflage präsentiert, in die das derzeit geltende Korruptionsbekämpfungsgesetz, der Flyer Antikorruption und die Ausführungen zur Verwaltungsethik neu aufgenommen wurden.

Prävention

„Die Aufdeckung einiger Korruptionsfälle in unserer Verwaltung hat deutlich gemacht, dass Korruption nicht nur ein Problem der Anderen ist“, betonten Kokol und Kriesemer. Opfer sei letztendlich die Allgemeinheit, die die finanziellen Lasten der Korruption zu tragen hat. Viel schwerer als der monetäre Schaden wiege freilich der Vertrauensverlust in die Integrität der Stadt Neuss und ihrer Mitarbeiter.

Im Rahmen der Korruptions-

prävention verfolgt die Stadt einen ganzheitlichen Ansatz mit den Elementen Aufklärung, Prävention und Kontrolle. Alle Elemente finden sich - in unterschiedlicher Ausprägung - in diesem Antikorruptionskonzept wieder. Das Konzept selbst gliedert sich in einen allgemeinen Teil mit Erläuterungen zum Thema und einen speziellen Teil mit den wichtigsten Vorschriften.

Damit ist das Antikorruptionskonzept als ein Kompendium aller Vorschriften und Hilfestellungen zum Thema Antikorruption zu sehen und soll, über seine Einzelmaßnahmen hinaus, einen Beitrag im Rahmen der städtischen Korruptionsprävention und -bekämpfung leisten.

Nulltoleranz-Strategie

Die Stadt Neuss verfolgt eine Nulltoleranz-Strategie. Insbesondere die Nulltoleranz bei der Annahme von Geschenken und Belohnungen mag vereinzelt als kleinlich und nicht nachvollziehbar empfunden werden, so die Referenten. Jedoch sei es wichtig, „dass nach innen und außen klar dokumentiert wird, dass Korruption bei uns keinen Spielraum hat“. Hierdurch soll das Vertrauen in die Stadt Neuss und damit in das uneigennützig, unvoreingenommene und objektive Handeln und Verhalten ihrer Bediensteten und der Mitglieder der politischen Gremien gestärkt werden.

Checkliste für „Self-Audits“

Eine Checkliste für „Self-Audits“ zur Korruptionsprävention in Kommunen präsentierte Rechtsanwalt Dr. Helmut Brocke. Die Checkliste soll dazu dienen, besonders korruptionsgefährdete Bereiche zu erkennen. Ziel ist es, Kommunen bei der Analyse und Vermeidung von möglichen Kor-

ruptionsrisiken zu unterstützen. Grundlage sind staatliche Antikorruptionsgesetze, Leitfäden und Richtlinien von Kommunen und Hinweise der Vereinigung der örtlichen Rechnungsprüfungen in Nordrhein-Westfalen.

Fragebögen

Die Checklisten-Fragen zu korruptionspräventiven Themen sind den typischerweise betroffenen Organisationseinheiten innerhalb einer Kommune zugeordnet, nämlich: Kommunalvertretung, Verwaltungsleitung, Korruptionsgefährdete Arbeitsgebiete, Innenrevision/Rechnungsprüfung, kommunale Unternehmen.

Kommunalvertretung

„Kommunalvertretung“ steht hier für die Vertretung der Bürgerschaft in der Kommune und heißt in Bundesländern auch Stadtrat, Kreistag, Stadtverordnetenversammlung, Kreisversammlung, Bürgerschaft, Marktgebeindegemeinderat oder Abgeordnetenhaus. Mit „Verwaltungsleitung“ werden Oberbürgermeister, Bürgermeister, Landräte, haupt- und ehrenamtliche Stadträte, Beigeordnete, Dezernenten, Magistratsmitglieder oder vergleichbare Ämter und Funktionen bezeichnet.

Auftragsvergabe

Zu den korruptionsgefährdeten Arbeitsgebieten gehören Brocke zufolge Bereiche der Kommunalverwaltung, die erfahrungsgemäß besondere Anfälligkeiten aufweisen, wie die Vergabe von Aufträgen, Zuwendungen, Erteilung von Genehmigungen, Lizenzen und Konzessionen, die Erhebung und Festsetzung von Steuern, Abgaben und Gebühren und interne Informationen zugänglich sind. DK

Ländern über die Integrationskosten im Sommer nun der nächste wichtige Schritt. Denn nach der Erstaufnahme von Flüchtlingen habe sich der Schwerpunkt in den Städten auf die Integration der Menschen mit Bleibeperspektive verlagert.

Integrationspauschalen

Laut der Präsidentin des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeisterin Dr. Eva Lohse (Ludwigshafen) stellen sich die Städte der Integrationsaufgabe und bringen ebenso ihr Engagement wie ihre jahrzehntelange integrationspolitische Erfahrung ein. Wie schnell und gut Integration gelingt, hänge jedoch auch davon ab, ob genügend Geld dort ankommt, wo die Integrationsarbeit stattfindet – in den Städten. „Deshalb appellieren wir an die Länder, ihren Kommunen zügig einen angemessenen Teil der zwei Milliarden Euro weiterzugeben, die der Bund den Ländern als Integrationspauschale jeweils in den Jahren 2016, 2017 und 2018 bereitstellt. Die Integration ist eine große Herausforderung und führt in den Städten zu Mehrausgaben, beispielsweise durch den Ausbau von Kinderbetreuung und Schulen oder den Wohnungsbau. Mehrkosten entstehen nicht zuletzt wegen des Bedarfs an Dolmetschern und Sozialpädagogen in den Schulen.“

Begrüßt wird vom Deutschen Städtetag die vom Bund mit dem Integrationsgesetz neu geschaffene Möglichkeit der Wohnsitzaufgabe. Die auf drei Jahre befristete Verpflichtung, den Wohnsitz im Bundesland der Erstzuweisung für das Asylverfahren zu nehmen und die Möglichkeit für die Länder, landesinterne Verteileregungen zu erlassen, halten die Städte für notwendig, um die Integrationsleistungen für anerkannte Flüchtlinge, Asylberechtigte und vorübergehend Schutzberechtigte, die für ihren Lebensunterhalt auf Sozialleistungen angewiesen sind, besser zu steuern und die Integrationsaufgaben gleichmäßiger auf Städte und ländliche Gebiete zu verteilen.

Wie die Verbandspräsidentin hervorhob, „wollen wir auf der

CCNST Christof Englmeier e.K.:

„Wuide Woid Welt“ in Teisnach

Technologiecampus wurde in eine Rennstrecke verwandelt
Unternehmensgruppe präsentierte neuen Hotspot-Rollout

Ende August wurde Teisnach im niederbayerischen Landkreis Regen zum Anziehungspunkt aller Erlebnishungrigen in ganz Ostbayern: Die „Wuide Woid Welt“ trug als Jubiläumsevent des 15-jährigen Bestehens von CCNST bei heißen Temperaturen mit einmaligen Programmhilights vom frühen Nachmittag bis in die Nacht hinein auf. Die gesamte CCNST Group sorgte für ein packendes Programm für Junge, Sportbegeisterte und Feiertagstische. Ab Beginn der Veranstaltung um 14 Uhr bis zum Ende um Mitternacht heizten drei Bands auf der zentralen Bühne den Zuschauern ein.

Headliner und Besuchermagnet der Veranstaltung war der derzeit in der DTM führende BMW-Fahrer Marco Wittmann. Über anderthalb Stunden führte er seinen BMW M4 DTM live vor und hinterließ nicht nur Gummi auf den Straßen des Technologiecampus: Alle Besucher rund um die aufgebaute Rennstrecke nahmen Gänsehautfeeling pur mit nach Hause. Als Extra-Zuckerl gab es für alle Besucher der Wuiden Woid Welt auch Taxifahrten zu gewinnen. Wer am Glücksrad die meisten Punkte erzielen konnte, durfte sich einer der glücklichen Co-Piloten Wittmanns nennen.

Die Sicherheit stand natürlich auch hier an erster Stelle: In voller Rennmontur nahmen die Gewinner nacheinander neben Wittmann Platz und umkreisten gemeinsam im BMW M4 DTM das Firmengelände. Neben vielen Dezibel wartete auch Highspeed der Sonderklasse auf die Festivalbesucher. Am Wochenende zuvor gewann Marco Wittmann souverän das Rennen in Moskau. Zur Wuiden Woid Welt wurde Witt-

mann zusätzlich vom BMW Racing Truck begleitet. Hier hielt das Team von BMW Motorsport auch für die CCNST Group eine Überraschung bereit: So waren nicht nur Wittmanns BMW M4 DTM und das Original BMW Safety Car vor Ort, zwei weitere Renn-Klassiker standen für ein Erinnerungsfoto zur Verfügung. Der gesamte Rennaufbau war Freitag bis einschließlich Sonntag auf dem Technologiecampus fester Bestandteil des Festivalgeländes.

Neuer Heißluftballon

Am frühen Abend ging es dann hoch hinaus – mit der Taufe des brandneuen Heißluftballons der amplus AG. Sowohl Mitarbeiter der CCNST Group als auch Festivalbesucher konnten beim Aufbau und Abbau des 50-Meter-Riesen Hand anlegen. Mit einem Hüllenvolumen von 10.000 m³ zählt der Ballon zu den größten Heißluftballons, die den bayerischen und deutschen Himmel befahren dürfen. Nur zwei Ballonfahrer in ganz Deutschland haben die Be-

rechtigung, einen Ballon dieser Größe durch die Lüfte zu führen. Nach dem Aufbau ging es für alle Korbinsassen heiß her: Beim sogenannten Ballonglühen strahlte der Aufbau über seine Gasflamme im Inneren. Mit seinen insgesamt 50 Metern Höhe tauchte der auf den Namen „altus“ getaufte Ballon der amplus AG das gesamte Gelände der Wuiden Woid Welt in ein ganz besonderes Licht.

Lasershow

Höhepunkt des Nachtprogramms war eine 15-minütige Lasershow. Der gesamte Zuschauerbereich vor der Bühne wurde eingeebnet – und die Laser somit zum Greifen nah. Zusätzlich zu zwei verschiedenen Varianten ließen die Ausführenden für die sichtlich erstaunten und begeisterten Zuschauer sogar eine Zugabe springen. Zuerst konnte man einmal per eindrucksvoller Grafiksow die Welt bereisen – die am Mittelpunkt der Welt endete: Zuhause in Teisnach. Anschließend gab es noch zwei herausragende Musikchoreografien. Die Laser tanzten im Takt der Musik über die Köpfe der Besucher der Wuiden Woid Welt hinweg.

Vor und nach den Programmhöhepunkten sorgten drei Livebands für ausgelassene Stimmung auf dem Festivalgelände. Den Beginn machten Standby mit

ihren bayerischen Acoustic und Rock-Covern. Nach der Einlage von BMW Motorsport heizte das Newcomer-Highlight BEISSER richtig ein: Mit „Mädl im Parka“ sorgten die drei Jungs für den ostbayerischen Sommerhit und rockten die Wuide Woid Welt mit einer Auswahl aus allen Hits ihres aktuellen Albums. ZAP-Gang aus dem Südwesten Deutschlands verfügen über 10 Jahre Bühnenerfahrung und achten bei der Songauswahl genau auf ihr Publikum. Alle Genres warteten auf die Besucher – einfach nur Spaß war das Ziel. Zahlreiche Gäste tanzten bis in die Morgenstunden zu den Songs von ZAP-Gang vor der Bühne. Wer sich von der heißen Nachmittagssonne erholen wollte, konnte es sich in einer der Lounge-Area in Liegestühlen und von den Mitarbeitern der CCNST Group selbst gebauten Sitzgelegenheiten gemütlich machen und die Musik genießen.

Natürlich wartete die bekannteste Tochtergesellschaft der Unternehmensgruppe mit der neuesten Produkteinführung auf: Die amplus AG präsentierte den ersten Hotspot-Outdoor-DSLAM für flächendeckendes WLAN. Direkt an der aktiven Glasfasertechnik ist der Aufbau für das mobile Internet installiert. Grabungsarbeiten für mobilen Highspeed sind damit fast überflüssig geworden. Der Roll-out der Technikinstallation startet bereits. Die ersten Aufträge sind seit der Präsentation im August von den Bürgermeistern vor Ort bereits bei der amplus AG eingetroffen.

Weitere Infos zum Produkt „Hot.Spot“ sind auf Anfrage bei kommune@amplus.ag erhältlich. Auf dem Breitbandforum der Bayerischen Gemeinde Zeitung wird dem Publikum aus ganz Bayern die neue Produktvariante vorgestellt. □

Staatsminister Söder:

Bereits mehr als 850 Bayern WLAN Hotspots online

Freistaat übernimmt alle Kosten für Einrichtung und Vororttermine

„Unser BayernWLAN ist ein voller Erfolg. Über 570 Kommunen haben sich bereits seit Start der flächendeckenden Umsetzung Mitte Juli 2016 für BayernWLAN angemeldet, 326 sind bereits in der konkreten Planungsphase. Insgesamt stehen schon über 850 kostenfreie BayernWLAN Hotspots für die Bürger zur Verfügung“, stellte Finanz- und Heimatminister Dr. Markus Söder fest.

„Bayern wird das erste Bundesland mit einem eigenen WLAN-Netz. Bis 2020 wollen wir 20.000 kostenfreie BayernWLAN Hotspots anbieten“, so Söder weiter. Ausgestattet werden insbesondere Kommunen, Hochschulen, Behörden und Tourismusziele. Auch im öffentlichen Nahverkehr sollen Pilotprojekte zum BayernWLAN starten.

Kostenfrei und sicher

„Das BayernWLAN ist kostenfrei, einfach und sicher“, betonte Söder. Der Freistaat bietet jeder Kommune an, Hotspots an zwei Standorten nach Wahl der Kommune einzurichten. Sämtliche Kosten zur Ersteinrichtung, insbesondere Vorort-Termine, Verkabelung, Messungen und Montagearbeiten werden vom Freistaat getragen. Hierfür stehen jeder Kommune 5.000 Euro zur Verfügung. Dies ist deutlich mehr, als die Einrichtung der Hotspots im Durchschnitt kostet. Die Kommune trägt lediglich die laufenden Kosten wie zum Beispiel Strom und die Internetanbindung. Für Nachfragen, Hilfestellungen und auch Beratung bei Vorort-Terminen steht das WLAN-Zentrum in Straubing allen Kommunen zur Verfügung. □

Durch das aktuelle Urteil des EuGH zur Störerhaftung herrscht teilweise Unsicherheit bei den Anbietern von freien WLAN-Netzen. „Das BayernWLAN ist durch das Urteil nicht betroffen, kein Anbieter von BayernWLAN muss sich deshalb Sorgen machen“, stellte Söder klar. Beim BayernWLAN gehen alle Haftungsansprüche auf den Provider über, der wiederum durch das Telemediengesetz von Haftungen befreit ist (sog. Providerprivileg).

Seit Juli arbeiten Freistaat und Kommunen Hand in Hand an der Verdichtung des bayernweiten Netzes aus frei zugänglichen Hotspots. Seitdem sind bereits mehr als 800 Anfragen beim WLAN-Zentrum in Straubing eingegangen. Falls eine Kommune an mehr als zwei Standorten Hotspots anbieten möchte, bietet der Freistaat den Kommunen bei der Einrichtung von kommunalen Hotspots im BayernWLAN attraktive Bedingungen über einen Rahmenvertrag.

Das BayernWLAN bietet für jedermann ein offenes und kostenfreies WLAN-Angebot. Es sind keine Passwörter und keine Anmeldedaten erforderlich, eine Registrierung ist nicht nötig, der Jugendschutz ist durch Filter garantiert. □

Zahlreiche Förderbescheide:

Bayern top in Sachen Breitband

Der Ausbau von schnellem Internet läuft in Bayern auf Hochtouren. Zahlreiche Breitband-Förderbescheide konnten Finanz- und Heimatminister Dr. Markus Söder und sein Staatssekretär Albert Füracker in jüngster Zeit an bayerische Kommunen vergeben.

Beispiel Schwaben: 20 Gemeinden aus den Landkreisen Aichach-Friedberg, Augsburg, Dillingen a. d. Donau, Donau-Ries, Günzburg und Neu-Ulm erhielten insgesamt 6,08 Millionen Euro Förderung. „Breitband ist Zukunft. Nur wo Breitband vorhanden ist, werden Arbeitsplätze entstehen und erhalten. Ziel sind hochleistungsfähige Breitbandnetze mit Übertragungsraten von mindestens 50 Mbit/s. Hierfür stellt der Freistaat Bayern bis zu 1,5 Milliarden Euro zur Verfügung – eine bundesweit einzigartige Summe“, betonte Söder bei der Übergabe der Breitband-Förderbescheide an die Kommunen in Neu-Ulm.

Mit 316 Gemeinden befinden sich in Schwaben 93 Prozent im Förderverfahren. 136 Kommunen wurde inzwischen eine Fördersumme von insgesamt rund 46,8 Millionen Euro zugesagt. Ein Großteil der Fördermittel von insgesamt 232,95 Millionen Euro für Schwaben ist aber noch offen. „Investieren Sie weiter in den zukunftsweisenden Ausbau des schnellen Internets“, appellierte Söder.

Aus der Oberpfalz erhielten aktuell 51 Gemeinden insgesamt 19,3 Millionen Euro Förderung. Mit 222 Gemeinden befinden sich dort 98 Prozent im Förderverfahren. 176 Kommunen wurde inzwischen eine Fördersumme von insgesamt rund 75,5 Millionen Euro zugesagt. Ein großer Teil der Fördermittel von maximal rund 180 Millionen Euro für die Oberpfalz ist noch offen.

47 Gemeinden aus Oberbayern konnten sich nunmehr über insgesamt 15,23 Millionen Euro

Förderung freuen. Mit 459 Gemeinden befinden sich 92 Prozent im Förderverfahren. 180 Kommunen wurde inzwischen eine Fördersumme von insgesamt rund 56,9 Millionen Euro zugesagt. Ein Großteil der Fördermittel von maximal rund 365 Millionen Euro für Oberbayern ist noch offen.

Aus Niederbayern erhielten 28 Gemeinden insgesamt 10,8 Millionen Euro Förderung. Mit 256 Gemeinden befinden sich 99 Prozent im Förderverfahren. 210 Kommunen wurde eine Fördersumme von insgesamt rund 80,9 Millionen Euro zugesagt. Maximal rund 216,67 Millionen Euro an Fördermitteln für Niederbayern sind noch offen.

47 Gemeinden aus Unterfranken wurden mit insgesamt 10,7 Millionen Euro Förderung bedacht. Mit 287 Gemeinden befinden sich hier derzeit 93 Prozent im Förderverfahren. 170 Kommunen wurde eine Fördersumme von insgesamt mehr als 47,4 Millionen Euro zugesagt. Ein großer Teil der Fördermittel von maximal 192,25 Millionen Euro für Unterfranken ist noch offen.

Für den Breitbandausbau in Oberfranken überreichte Söder jetzt Zuwendungsbescheide für 17 Städte und Gemeinden. Sie beinhalten eine Gesamtfördersumme von knapp 6,6 Millionen Euro. Damit hat sich die Zahl der seit dem Start des Förderprogramms nach der Breitbandrichtlinie im Jahr 2014 von der Regierung von Oberfranken erlassenen Zuwendungsbescheide auf 203 erhöht. Die Fördersumme insgesamt beträgt 86.466.000 Euro. 185 der 214 Städte, Märkte und Gemeinden in Oberfranken ha-

ben das Förderprogramm bereits in Anspruch genommen. Dabei haben zwölf Gemeinden bereits jeweils zwei Zuwendungsbescheide und drei Gemeinden jeweils drei Bescheide für unterschiedliche Ausbaumaßnahmen im Gemeindegebiet erhalten.

Auch Mittelfranken engagiert sich gut beim Breitbandausbau. Mit 200 Gemeinden befinden sich dort 95 Prozent im Förderverfahren. 128 Kommunen wurde inzwischen eine Fördersumme von insgesamt rund 47,6 Millionen Euro zugesagt. Ein Großteil der Fördermittel von maximal rund 148,65 Millionen Euro für Mittelfranken ist aber noch offen.

Bayernweit engagieren sich bereits rund 95 % aller Kommunen im Förderverfahren. Bereits 1.172 Kommunen starten mit einer Gesamtfördersumme von rund 436 Millionen Euro in den Breitbandausbau. Viele Gemeinden gehen mehrfach in das Verfahren, um schrittweise eine hohe Flächendeckung und besonders zukunftssichere Glasfasernetze bis in die Gebäude zu erhalten. Allein bei den bisher im Ausbau befindlichen Projekten werden weit über 17.000 km Glasfaserleitungen verlegt.

„Jede Gemeinde erhält eine Ausfahrt von der Datenautobahn“, kündigten Söder und Füracker an. Wichtige Hilfe für die Kommunen ist die Beratung durch die Breitbandmanager an den Ämtern für Digitalisierung, Breitband und Vermessung. In über 7.000 persönlichen Gesprächen wurde jede Gemeinde beraten. Seit Übernahme der Verantwortung durch das Heimatministerium verbesserte sich die Versorgung mit schnellem Internet in ländlichen Gemeinden Bayerns von unter 16 auf über 32 Prozent. **DK**

kommune@amplus.ag'. At the bottom, there are two more green banners: 'In Kooperation für Ihre Kommune.' and 'www.amplus.ag'."/>

**200 Megabit pro Sekunde:
Glasfaser in jedes Haus.**

Ihren Ansprechpartner vor Ort erreichen Sie unter kommune@amplus.ag

In Kooperation für Ihre Kommune. www.amplus.ag

M-net und Stadtwerke stärken Wirtschaftsstandort Augsburg

Glasfaser-Internet für fast 1.500 Gewerbeeinheiten

Der regionale Telekommunikationsanbieter M-net und die Stadtwerke Augsburg (swa) erschließen ab sofort vier weitere Gewerbegebiete in Augsburg mit Glasfaseranschlüssen. Nach Abschluss der Arbeiten, stehen den Firmen in den Gewerbegebieten Lechhausen, Eichleitnerstraße, Kobelweg und Augsburg Ost leistungsfähige Breitband-Internetanschlüsse zur Verfügung.

„Unternehmen sind heute mehr denn je auf einen schnellen Internetanschluss angewiesen. Ein Großteil der Kommunikation findet über das Internet statt, der weltweite Datenaustausch steigt enorm; generell wächst der Bandbreitenbedarf seit Jahren rasant.“ So begrüßt Augsburgs Bürgermeisterin Eva Weber den Ausbau in den vier Gewerbegebieten: „Für die ansässigen Betriebe bringt der Glasfaserausbau große wirtschaftliche Chancen. Außerdem steigt dadurch die Attraktivität des jeweiligen Gewerbegebiets und fördert die Ansiedlung neu-

er Unternehmen. Mit dieser Maßnahme profitiert der Wirtschaftsstandort Augsburg“, so Eva Weber.

Echter Wettbewerbsvorteil

Die swa werden gemeinsam mit M-net im Laufe der kommenden Monate 16 sogenannte Kabelverzweiger in den vier Gewerbegebieten per Glasfaser erschließen und damit fast 1.500 Gewerbebetrieben professionelle Geschäftskundenanschlüsse mit Bandbreiten bis zu 50 Mbit/s anbieten.

„Die Unternehmen in den

vier Gewerbegebieten haben dann einen echten Wettbewerbsvorteil“, erklärt Michael Fränkle, der Technische Geschäftsführer von M-net, „unsere schnellen Anschlüsse ermöglichen ein effektives und modernes Arbeiten. Per IP-VPN können wir zum Beispiel mehrere Unternehmensstandorte sicher miteinander vernetzen oder Internetstandleitungen mit extrem hoher Ausfallsicherheit und Bandbreiten von aktuell bis zu 10 Gigabit pro Sekunde anbieten. Außerdem betreibt M-net zertifizierte Rechenzentren, wo wir nicht nur unseren eigenen Datenverkehr abwickeln, sondern auch eine erstklassige und sichere Infrastruktur für die Server unserer Kunden anbieten.“

Beitrag zur Wirtschaftsförderung

„Wir haben in den vergangenen Jahren mit M-net über 1.100 Kilometer Glasfaserkabel in Augsburg verlegt und damit rund 2.000 Gebäude mit etwa 18.000 Privathaushalten an das schnelle Internet angeschlossen“, erklärt swa-Geschäftsführer Alfred Müllner. „Mit der Er-

schließung von Gewerbegebieten leisten wir jetzt einen unmittelbaren Beitrag für die Unternehmen und Gewerbetreibenden vor Ort und damit für die Wirtschaftsförderung in Augsburg“, so Müllner.

Reibungsloser Ausbau

Die Beeinträchtigungen für die anliegenden Unternehmen sind bei dem Ausbau minimal. „In der Regel benötigt der Baupersonal pro Straße nur wenige Tage für das Verlegen der Kabel und den jeweiligen Hausanschluss“, erklärt Müllner. Außerdem sei bereits eine gute Grundinfrastruktur vorhanden. „Den Boden müssen wir nur auf rund 800 Metern aufgraben, die auf die Gewerbegebiete verteilt sind. Die swa haben in den vergangenen Jahren bei vielen Baumaßnahmen bereits Schächte eingebaut und so dafür gesorgt, dass es im Untergrund Platz für Glasfaserleitungen gibt. Auf insgesamt 500 Kilometern Länge existieren Verbindungstrassen. So können schnell neue Leitungen platziert werden.“

Wenn die Arbeiten im Ende des Jahres fertiggestellt sind, haben die Stadtwerke weitere 450 Gebäude ans Glasfasernetz gebracht und 1475 Gewerbeeinheiten haben die Möglichkeit auf einen Highspeed-Internetanschluss von M-net. Mehr Informationen unter www.sw-augsburg.de oder www.m-net.de/augsburg



Von links: Alfred Müllner, Geschäftsführer swa; Michael Fränkle, CTO M-net; Eva Weber, 2. Bürgermeisterin Augsburg, vor Einblasgerät.



V. l.: Ernst Bauer (Geschäftsführer BV), Roswitha Siniscalchi (Assistenz GF BV), Dr. Wolfgang Wallauer (Bereichsleiter Businessunit Privatkunden M-net), Henrik Bauer (Geschäftsführer BV), Christian Smetana (Niederlassungsleiter M-net Augsburg), Nils Lorenz (Senior Marketing Manager Privatkunden M-net).

M-net rollt nun durch Augsburg

swa und M-net zeigen Verbundenheit mit neugestalteten Straßenbahnen

Ab sofort bekommen die Augsburger auch im Stadtverkehr die schnellste Verbindung mit M-net. Zusammen mit den Stadtwerken Augsburg (swa) hat der regionale Telekommunikationsanbieter zwei Straßenbahnen „eingekleidet“.

Die kommenden drei Jahre zeigen M-net und die Stadtwerke Augsburg ihre Verbundenheit ganz offen auf zwei Straßenbahnen. Die Bahnen vom Typ Siemens Combino sind ab sofort vollbeklebt mit gemeinsamer Werbung von M-net und den swa. Die Beklebung haben die BV Bayerische Verkehrsmedien

mit Sitz in Augsburg ausgeführt – bundesweite Spezialisten für Verkehrsmedien.

Bei diesem Mega-Auftritt wird die komplette Straßenbahn mit Logos und Bildern „eingekleidet“. Zum Teil sind auch die Scheiben des Fahrzeuges mit in die Werbegestaltung einbezogen, was zusätzliche Blicke auf sich zieht, ohne die Fahrgäste in der Sicht nach außen zu behindern. Eine spezielle Fenster-Folie macht es möglich. Die Straßenbahnen werden im gesamten Augsburger Stadtverkehr eingesetzt.

Zufriedene Gesichter

Bei der offiziellen Einweihung in Augsburg zeigten sich die beteiligten Parteien sehr zufrieden mit den neugestalteten Straßenbahnen. „Die beklebten Trams sehen echt gut aus, und symbolisieren nicht nur unsere Verbundenheit mit den Stadtwerken. Sie symbolisieren auch unser gemeinsames Glasfasernetz in Augsburg, das wir stetig weiter ausbauen“, erklärt Christian Smetana, Leiter der M-net Niederlassung Augsburg.

„Die Kooperation mit M-net und der Ausbau des Glasfasernetzes bringt die Menschen digital im schnellsten Netz von A nach B, mit den neuen Straßenbahnen können wir die Menschen nun auch tatsächlich gemeinsam ans Ziel ihrer Wahl bringen“, betont Dr. Ralph Steger, kaufmännischer Direktor der swa.

M-net Mobilfunk jetzt auch mit LTE

Highspeed-Internet für unterwegs

Die Glasfaseranschlüsse von M-net liefern Highspeed-Internet im Festnetz. Jetzt legt das Unternehmen auch bei seinen Mobilfunk-Tarifen den Datenturbo ein. Kunden können künftig aus drei verschiedenen Smartphone-Tarifen und einem Tablet-Tarif mit LTE-Unterstützung wählen und unterwegs mit bis zu 21,1 Mbit/s surfen.

Der regionale Telekommunikationsanbieter M-net bietet seinen Bestandskunden als Ergänzung zum Festnetz attraktive Mobilfunklösungen an. Nun hat das Unternehmen neue Tarife vorgestellt. Wesentlicher Bestandteil ist die LTE-Unterstützung, die das mobile Surfen über Smartphone und Tablet spürbar beschleunigt. „Mit LTE führen wir die aktuell modernste, flächendeckende Mobilfunktechnologie ein, die es derzeit in Deutschland gibt. Sie bietet eine ganze Reihe von Vorteilen: Webseiten und Videos laden schneller und der Handyempfang in Gebäuden ist vielerorts besser als im gewohnten 3G-Netz“, sagt Wolfgang Wallauer, Bereichsleiter Privatkunden bei M-net.

Allnet-Telefon-Flat und SMS-Flat in allen Tarifen

Die neuen M-net Smartphone-Tarife tragen die Bezeichnung S, M und L und bieten jeweils ein monatliches Datenvolumen von 250 MB, 1 GB und 3 GB. In allen Tarifen ist eine Allnet-Telefon-Flat und eine SMS-Flat inklusive. Zusätzlich entfällt der einmalige Bereitstellungspreis und für Kunden, die ihre bisherige Rufnummer zu M-net mitnehmen, gibt es eine Gutschrift in Höhe von 25 Euro. Besonders attraktiv sind die Tarife für „Surf&Fon“-Kunden, da Sie auch vom M-net Festnetz kostenlos ins Mobilfunknetz von M-net telefonieren. Der Tablet-Tarif beinhaltet eine Daten-Flat über 1 GB pro Monat.

Das M-net Mobilfunkangebot basiert technisch auf dem Netz von Telefónica Deutschland, das kontinuierlich erweitert und optimiert wird. Der Kundenkontakt findet jedoch ausschließlich über M-net statt. So haben Kunden, die mehrere M-net Produkte nutzen, einen einzigen Ansprechpartner für alle Belange rund um ihre private Telekommunikation.

Rettungsdienst startet erfolgreich in den Digitalfunk

Bayernweit stellen Feuerwehren und Hilfsorganisationen auf das neue bundesweite Digitalfunknetz um. Nun ist auch der Rettungsdienst im Bereich der Integrierten Leitstelle Würzburg im digitalen Funkzeitalter angekommen.

Anfang August war es soweit: Mit dem Tastendruck „fünf“ auf den neuen Funkgeräten starteten die Fahrzeuge des Rettungsdienstes testweise in den Digitalfunk. Damit sind nun die Rettungsdienste in den Landkreisen Kitzingen, Main-Spessart, Würzburg sowie in der Stadt Würzburg im neuen bundesweiten Funknetz angekommen.

Das freut auch Paul Justice, Geschäftsführer des Zweckverbandes für Rettungsdienst und Feuerwehralarmierung: „Den Fahrzeugbesatzungen stehen nun moderne Digitalfunkgeräte zur Verfügung. Damit können die Mitarbeiter direkt beim Patienten mit der Integrierten Leitstelle oder anderen Fahrzeugen kommunizieren“. Auch Thorsten Ante, Branddirektor beim Amt für Zivil- und Brandschutz, ist froh, dass ab sofort der Funkverkehr digital abgewickelt werden kann:

„Bisher stand für die Stadt und allen drei Landkreisen nur ein analoger Funkkanal für den Rettungsdienst zur Verfügung. Neben dem Sprechverkehr wurden darüber die Alarmierung sowie standardisierte Statusmeldungen versendet. Durch zusätzliche Funkgruppen wird die Auslastung der bisherigen Kanäle jetzt spürbar verringert.“ Laut Justice ist das Projekt aber noch nicht beendet. Die regionalen Hilfsorganisationen von Bayerischem Roten Kreuz, Johanniter, Malteser Hilfsdienst, DLRG und ASB arbeiten übergreifend und mit Hochdruck daran, alle weiteren Einheiten, beispielsweise des Katastrophenschutzes, in den Digitalfunk einzuführen. „Ich bin aber zuversichtlich, dass wir auch hier den Digitalfunk genauso erfolgreich einführen wie im Rettungsdienst“, so Justice.

Mehr Highspeed mit M-net

M-net bietet allen Glasfaser-Neukunden jetzt noch mehr Upload an. Die verfügbaren Bandbreiten im Upload hat der regionale Telekommunikationsanbieter teilweise auf das Vierfache erhöht.

Ein wirklich guter Internetanschluss definiert sich bekanntlich nicht nur nach Download-Bandbreite, auch wenn alle Anbieter diese Werte prominent bewerben. Durch das Leben mit der Cloud für Dokumente, Bilder und Musik, Videotelefonie und anderen Upload-intensiven Apps, wird der die Bandbreite ins Internet immer wichtiger. Hier setzt M-net nun deutliche Zeichen und hat bei all seinen Angeboten – bei gleichbleibendem Grundpreis – die Uploadrate erhöht. Teilweise bis auf das Vierfache.

Konkret sehen die neuen Geschwindigkeiten wie folgt aus: 25 Mbit/s Download = 5 Mbit/s Upload (bisher 2,5 Mbit/s) >> 200% 50 Mbit/s Download = 10 Mbit/s Upload (bisher 5 Mbit/s) >>

200% 100 Mbit/s Download = 40 Mbit/s Upload (bisher 10 Mbit/s) >> 400% 300 Mbit/s Download = 50 Mbit/s Upload (bisher 30 Mbit/s) >> 166%

Somit ist M-net der einzige Anbieter in München, der 40 Mbit/s und mehr im Upload anbietet. „Immer mehr Menschen laden nicht nur etwas aus dem Internet runter, sondern immer mehr laden auch etwas hoch. Die Fotos vom letzten Urlaub oder die neuesten Videos für ihren Youtube-Channel und ähnliches. Das muss schnell gehen. Schneller als bisher. Genau das wollen wir unseren Kunden mit den neuen Uploadraten bieten“, betont Dr. Wolfgang Wallauer, Bereichsleiter der Businessunit Privatkunden bei M-net.

M ein neuer Heimvorteil

Auch auf dem Land mit Highspeed im Internet unterwegs.

20 Jahre M-net

M-net Mein Netz

WLAN-Standorte für Bayerns Kommunen:

Viel Erfahrung und günstige Konditionen

HOTSPLOTS mit über 5.200 Hotspot-Standorten in Bayern eine feste Größe

Seit mehr als einem Dutzend Jahren gibt es Hotspot-Standorte des WLAN-Spezialisten HOTSPLOTS in Bayern. In den letzten Jahren haben sich neben zahlreichen Hotels und Pensionen auch etliche Kommunen für HOTSPLOTS entschieden, um ihren Bürgern und Gästen WLAN zur Verfügung zu stellen.

Über 5.200 Hotspot-Standorte zählt HOTSPLOTS mittlerweile im Freistaat, dazu gehören die Stadt München (sämtliche Stadtbibliotheken, viele Museen und die Standorte der Münchner VHS), die Städte Weiden, Bamberg, Ingolstadt, Landshut, Rosenheim, Starnberg, Garching, Würzburg und Füssen sowie die Gemeinden Ismaning und Unterföhring.

Zudem sind sämtliche Jugendherbergen des bayerischen Jugendherbergsverbandes zufriedene Kunden von HOTSPLOTS.

dene Kunden von HOTSPLOTS.

Erfahrung bei Großereignissen

Seit mehreren Jahren leisten die Lösungen von HOTSPLOTS auch beim Biathlon Weltcup in Ruhpolding erstklassige Dienste. Um die Kunden in Bayern und die lokalen Installationspartner noch besser bedienen zu können, hat der WLAN-Spezialist vor einigen Jahren eine Niederlassung in München eröffnet.

Dass HOTSPLOTS auch die komplexesten Anforderungen meistern kann, hat das Unternehmen unlängst in Berlin bewiesen. Bei den dortigen Verkehrsbetrieben ist HOTSPLOTS der WLAN-Provider, der bereits jetzt 64.000 Nutzern gleichzeitig einen Zugang ermöglicht.

HOTSPLOTS im Vergleich

„HOTSPLOTS möchte mit stichhaltigen Argumenten aufzeigen, dass sein Angebot für Kommunen gegenüber dem vielzitierten 'BayernWLAN' sehr gut dasteht. Wir können weitreichender, flexibler und günstiger anbieten“, erklärt Kar-

sten Micke von der Münchner Niederlassung. Dazu hat das Unternehmen eine Vergleichsliste entwickelt. Demnach sieht sich HOTSPLOTS an entscheidenden Punkten im Vorteil.

Gesamtkostenbetrachtung

Insbesondere, wenn man die Gesamtkosten über einen mehrjährigen Zeitraum betrachtet, rechnet sich die Zusammenarbeit von Kommunen mit HOTSPLOTS. Neben vielen anderen



Karsten Micke von der Münchner Niederlassung von HOTSPLOTS: „Ich kann nur dringend dazu raten, alle Angebote sorgfältig zu vergleichen. Das schützt vor zu hohen Gesamtkosten.“

Faktoren nennt das Unternehmen folgende Vorteile:

- Verschiedene Zugangsformen und Kontrolle: Die Kommune kann entscheiden, über welche Zugangsform – Direct Login oder Benutzername und Passwort – sich der Nutzer mit dem Internet verbindet.

- Freie Namenswahl der SSID: Der für den Nutzer sichtbare Name des WLAN-Netzwerks kann von jeder Kommune selbst bestimmt werden.

- Frei gestaltbare Login-Seite: Die redaktionelle Hoheit der Einwahlseite liegt bei der Kommune. Es können Logos, Wappen, Bilder und Verlinkungen integriert und jederzeit verändert werden.

- Jugendschutzfilter (optional und kostenfrei)

- Vorhandene oder eigenbeschaffte Hardware kann genutzt werden.

- Installationen können selbstständig durchgeführt werden.

Mehrwertdienst HOTSPLOTS Tourist Info

Mit HOTSPLOTS Tourist Info können Kommunen mit nur wenigen Klicks aktuelle und standortbezogene touristische Informationen auf ihrer WLAN-Landingpage bereitstellen. Der Clou: Die Grundversorgung mit aktuellen touristischen Informationen ist kostenlos, diese werden von einem renommierten bayerischen Verlag gestellt und fortlaufend gepflegt.

Kostenfreier Probetrieb möglich

HOTSPLOTS bietet jeder Kommune einen mehrwöchigen, kostenfreien Probetrieb, um den WLAN-Service zu testen. Das Unternehmen möchte den Kommunen die Möglichkeit geben, sich in Ruhe und ausgiebig mit dem Thema auseinanderzusetzen.

Karsten Micke vom Münchner Büro von HOTSPLOTS fasst zusammen: „Eine Förderung der Installation ist sicherlich eine gute Sache. Aber was

Zufriedene Kunden in Kommunen

„Die Gemeinde Unterhaching nutzt bereits seit längerem WLAN von HOTSPLOTS um unseren Einwohner und Besuchern einen schnellen und sicheren drahtlosen Zugang zum Internet bereitzustellen zu können. Wir sind sehr zufrieden mit dem zuverlässigen Service und freuen uns auf die weitere Zusammenarbeit mit HOTSPLOTS.“ Michael H. Probst, Gemeinde Unterhaching.

„Die Stadt Eichstätt setzt bereits seit längerem auf das zuverlässige und flexible WLAN-Angebot von HOTSPLOTS. Mit dem Service von Hotspots sind wir sehr zufrieden. Vor allem die schnelle telefonische Erreichbarkeit und die rasche Erledigung unserer Anliegen schätzen wir sehr. Wir freuen uns auf eine weitere gute Zusammenarbeit.“ Peter Puchtl, Stadt Eichstätt.

dann? Es ist doch die Summe aller Kosten, also der Anschaffungs- und Installationskosten sowie der laufenden Betriebskosten über Jahre hinweg, die für die Kommunen wichtig und ausschlaggebend sind. Ebenfalls sind die Flexibilität und die individuellen Darstellungsmöglichkeiten einer jeden Kommune ein relevanter Faktor. Vor diesem Hintergrund ist ein intensiver Vergleich der Angebote ratsam.“

Gemeinde Julbach:

Mit neuer Bitratenanalyse Vorreiter im Breitbandausbau

Schnelles Internet, moderne TV- und Telefoniedienste, das Internet der Dinge und Industrie 4.0 – jeder Bürgermeister kennt die dahinterstehenden Herausforderungen. Diese Frage von Bürgern und Unternehmen stellt sich oftmals: Welche Bandbreite ist bei meiner Adresse verfügbar und welche bekomme ich in Zukunft? Julbachs 1. Bürgermeister Elmar Buchbauer kann nun sofort eine Antwort geben mit der neuen Bitratenanalyse.

Die Koordinierungsstelle Breitbandausbau am Landratsamt Rottal-Inn hat mit der Gemeinde Julbach und gemeinsam mit dem Ingenieurbüro „Breitbandberatung Bayern GmbH“ aus Neumarkt i. d. Opf. eine neue Methodik erarbeitet, mit der man den Breitbandausbau einer Kommune in verschiedenen Zeitebenen darstellen kann.

Bundesweit einmalige Darstellungsmöglichkeit

Dabei werden sowohl die Entwicklung der Internetschwindigkeiten in der Vergangenheit als auch die beauftragten und geplanten Maßnahmen im Rahmen der Bayerischen Förderprogramme transparent auf der Webseite <https://bitratenkarte.de/rottal/julbach> veröffentlicht. Zusätzlich ermittelt die Internet-Anwendung auch Bitraten, die sich durch den Einsatz neuer Technologien in naher Zukunft ergeben werden.

Diese Darstellungsmöglichkeit der Entwicklung des Breitbandausbaues einer Kommune ist deutschlandweit einmalig.

Die Gemeinde Julbach hat sich im Vorfeld sofort bereit erklärt, bei dem Pilotprojekt mit zu machen. 1. Bürgermeister Elmar Buchbauer freut sich: „Wir können somit jedem Bürger, jeder Bürgerin darstellen, wie sich in den Gemeindeteilen und den konkreten Wohngebäuden die Bitraten in den nächsten Jahren entwickeln werden. Außerdem halten wir in der Gemeinde eine Gebäudeliste vor, um bei Einzelanfragen auch noch weitere Details zu den erzielbaren Bitraten mitteilen zu können. Unser Ziel ist es, für jedes Gebäude einen Glasfaseranschluss bereitzustellen. Das ist aber ein langer und kostenintensiver Weg. Auf diesem Weg wollen wir möglichst die gesamte Gemeinde mitnehmen und von Jahr zu Jahr mit mehr Bitraten versorgen. Die sogenannte „Bitratenanalyse“, die wir bei der Breitbandberatung Bayern beauftragt haben, hilft uns, diesen Weg für alle aufzuzeigen.“

Auf Basis der Bitratenanalyse kann die Gemeinde Julbach darstellen, dass sie bis 2018 100% der Gebäude mit mehr als 30 Mbit/s versorgt. Die Gemeinde

Julbach ist trotz dieser Breitbandfolge weiterhin aktiv und es werden im Jahr 2018 16% der Glasfaseranschlüsse Bitraten von größer als 100 Mbit/s haben.

Monika Hiebl, „Breitbandbeauftragte des Landkreises Rottal Inn“ am Landratsamt, ergänzt: „Die Gemeinde Julbach ist vorbildlich in Sachen Breitband unterwegs und setzt die Strategie der schrittweisen Erhöhung der Bitraten für alle Bürger konsequent um. Unser Landkreis steht beim Breitbandausbau vor sehr großen Herausforderungen, denn wir sind einer der streusiedlungsreichsten Landkreise Deutschlands. Der stufenweise Aufbau von zukunftsfähiger Breitbandinfrastruktur hat bei allen unseren Kommunen oberste Priorität.“

Technologiemix

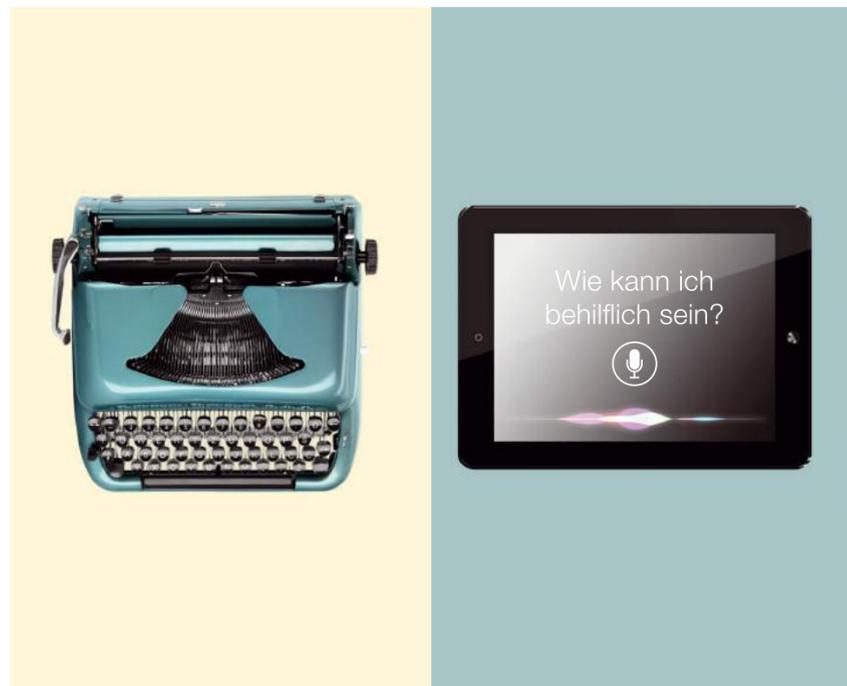
Die Gemeinde Julbach hatte im Laufe der letzten Jahre jede Möglichkeit genutzt, um allen Bürgern bessere Internetverbindungen bereitzustellen. Der Festnetzausbau erfolgt im Technologiemix immer basierend auf Glasfasertechnologie, entweder als FTTH (Glasfaser bis zum Kabelverzweiger) oder als FTTH/B (Glasfaser bis zum Grundstück bzw. Gebäude). Mittlerweile wird verstärkt in eine Glasfaserinfrastruktur bis hin zu jedem Gebäude investiert.

Der Breitbandpate Andreas Hierl der Gemeinde Julbach erläutert hierzu: „Wir prüfen bei jeder Gelegenheit die Möglichkeit einer Mitverlegung von Leerrohren für den Glasfaserausbau bis zu jedem Haus. Für weitere 20% aller Gebäude haben wir die Glasfaserinfrastruktur bereits auf Gemeindekosten bis zur Grundstücksgrenze verlegt. Diese Leerrohrverlegung erfolgt nicht bei jeder Tiefbaumaßnahme, sondern überlegt und ziel führend auf Basis der sogenannten FTTH-Systemplanung.“

Nach der Veröffentlichung auf der Homepage der Gemeinde Julbach www.julbach.de gibt es großes Interesse an der Karte und der „Zeitreise“. Die Gemeinde kann sehr detaillierte Auskünfte zu heute möglichen und zukünftigen Bandbreiten geben, z. B. Teststraße 13, heute 24 Mbit/s, 42 Mbit/s ab Oktober 2016, durch das Vectoring in zwei bis drei Jahren 84 Mbit/s. Die Bürger werden dabei auf dem Laufenden gehalten und Gebiete mit unmittelbarem Handlungsbedarf sind sofort sichtbar.



Im Bauhof von Julbach hält die Gemeinde Glasfaser-Infrastrukturmaterial vor, um jederzeit Mitverlegungen von Leerrohren im Rahmen von Tiefbaumaßnahmen durchführen zu können. Von links: Ernst Haller (Breitbandberatung Bayern), Julbachs 1. Bürgermeister Elmar Buchbauer, Monika Hiebl (Koordinierung Breitbandausbau Landkreis Rottal-Inn), Andreas Hierl (Breitbandbeauftragter der Gemeinde Julbach), Geschäftsführer Roland Zeltner (Breitbandberatung Bayern GmbH).



WIR FÖRDERN DAMALS UND HEUTE

Die LfA wird 65. Damals wie heute prägen wir die wirtschaftliche Entwicklung Bayerns entscheidend mit. Wir ebnen Gründern den Weg in die Selbstständigkeit, unterstützen innovative Investitionsvorhaben und stehen Bayerns Mittelstand auch in schwierigen Situationen tatkräftig zur Seite. Gerne beraten wir Sie kostenfrei, wie sich mit uns Ihr nächstes Vorhaben schnell realisieren lässt. Tel. 0800 - 21 24 24 0

www.lfa.de

LfA FÖRDERBANK BAYERN
Beratung. Finanzierung. Erfolg.

Landrat Franz Meyer zum Breitbandausbau:

„Eine Herzensangelegenheit und daher Chefsache“

Die zahlreichen Übergaben von Förderbescheiden in den vergangenen Wochen dokumentieren, dass sich in der Breitbandförderung im Landkreis Passau viel bewegt – und viel bewegt wird. Für eine Übersicht über die derzeitigen und geplanten Aktivitäten der Breitbandförderung im Passauer Land wurde zu einem Pressegespräch in den großen Sitzungssaal des Landratsamtes geladen. Als Ansprechpartner standen Landrat Franz Meyer, Abteilungsleiter Josef Kaiser und Georg Braumandl, Koordinierungsstelle Breitband, sowie leitender Regiergungsdirektor Klaus Froschhammer zur Verfügung.

Die zusammenfassende Bewertung der vorgestellten Erfolgsbilanz: „Hohe Fördersätze und die vorbildliche Koordination durch das Landratsamt wirken als Turbo für das schnelle Internet.“

Seit Gründung der Arbeitsgemeinschaft Breitbandförderung im Landkreis Passau, in der alle 38 Städte, Märkte und Gemeinden des Passauer Landes organisiert sind, wurden rund 30 Millionen Euro in den Ausbau der Datennetze investiert. Diese Größenordnung innerhalb von nur 18 Monaten stellt einen Investitionsschub ohne Beispiel dar. Dabei habe sich, so Breitbandkoordinator Josef Kaiser, Landratsamt Passau, die Mischung aus höheren Fördersätzen und der Koordination wichtiger Verfahrensschritte durch das Landratsamt als „wirksames Beschleunigungsinstrument für den Breitbandausbau im Landkreis Passau“ erwiesen.

Die Einstufung als „Raum mit besonderem Handlungsbedarf“ ermöglicht eine Förder-

quote von 80 bis 90 Prozent. Hinzu kommt als Besonderheit die Unterstützung durch den Landkreis Passau, der die Hälfte der nicht förderfähigen Kosten übernimmt.

Quantensprung

Die Einrichtung der Koordinierungsstelle für den Breitbandausbau zählte 2008 zu den ersten Amtshandlungen von Landrat Franz Meyer und zeigt sich heute als eines der wirksamsten Instrumente, um gemeinsam mit den Kommunen die Breitbandversorgung im Landkreis zukunftsfähig zu gestalten. Konkret werden derzeit 37.800 Haushalte im Landkreis mit 1.160 Kilometer installierter Glasfaser-Kabel versorgt. Diese Zahlen bedeuten für den drittgrößten Flächenlandkreis Bayerns einen Quantensprung. Damit entsteht nicht nur nach Einschätzung von Landrat Franz Meyer ein beeindruckendes Gesamtpaket, zu dem er in besonderer Weise auch das Bundes-

förderprogramm zählt, für das die Breitbandkoordinierungsstelle im Landratsamt ebenfalls die Betreuung der Kommunen übernimmt. Und das ist nicht alles: Mit dem bayerischen Programm für öffentliches Funk-Internet (WLAN) wird der Landkreis Passau ein rundes Dutzend sogenannter Hotspots erhalten. Dies konnte Landrat Franz Meyer nach einem Gespräch mit Finanzminister Dr. Markus Söder bekanntgeben.

Bayerische Planungen

Josef Kaiser informierte über eine weitere Option: Bayern plant nach Auskunft des Breitbandzentrums, Ende 2016 bzw. Anfang 2017 mit weiteren 500 bis 700 Millionen Euro den Kommunen unter die Arme zu greifen, die mit den im ersten Aufschlag gewährten Mitteln zum Ausbau der Infrastruktur für leistungsfähigere Internetverbindungen nicht auskommen. Darauf würden die Gemeinden entsprechend auch in Bezug auf die Antragstellung vorbereitet und unterstützt.

„Der Breitbandausbau ist mir eine Herzensangelegenheit und daher Chefsache“, sagte Landrat Franz Meyer in der Pressekonferenz. „Die Realisierung der Datenautobahn ist die Infrastrukturmaßnahme schlechthin in Gegenwart und Zukunft“,

hob der Landkreischef hervor.

Josef Kaiser stellte den Service-Charakter der Stabsstelle für die Gemeinden heraus. Die Koordinierung schließe die Unterstützung der Kommunen bei der Einrichtung von Bayern-WLAN-Hotspots zum Internetzugriff an öffentlichen Orten und Plätzen ein. „WLAN wird immer wichtiger“, führte Josef Kaiser aus und nannte als Beispiel den Tourismus. Hier könne die kabellose Internetverbindung bereits entscheidendes Kriterium für die potenziellen Gäste sein. Darüber hinaus gelte es, die „weißen Flecken“ auf der Landkarte bei der Mobilfunk-Abdeckung zu schließen. Diese Funklöcher seien auch ein Sicherheitsproblem, weil im Notfall weder Rettungsdienst noch Polizei alarmiert werden könnten.

Koordinierungsstelle

„Der Landkreis Passau ist sicher der einzige bekannte Landkreis, der eine Koordinierungsstelle für den Breitbandausbau aufgebaut hat, und setzt damit Maßstäbe. Die Koordinierungsstelle berät die Gemeinden, nimmt ihnen alle Formalitäten – mit Ausnahme des notwendigen Ratsbeschlusses – bei der Beantragung von Fördermitteln ab und übernimmt alle Aufgaben von der Planung bis zur Auswahl der wirtschaftlichsten Anbieter. Damit wird das notwendige und komplexe Wissen nur einmal benötigt und effizient eingesetzt.“

Im Ergebnis wurden mehr als 600 Kilometer Kabelwege mit fast 1.200 Kilometern Glasfaserleitungen verlegt und im Landkreis die Voraussetzungen für eine zukunftssichere Anbindung von Wirtschaft und Privathaushalten geschaffen. Bisher haben sich bereits 36 von 38 Kommunen auch für das Bundesprogramm zur Breitbandförderung über die Koordinierungsstelle angemeldet.

Besonders wichtig und nachgewiesen erfolgversprechend ist Kaiser zufolge, dass die Koordinierungsstelle die Kommunen auch bei der Einrichtung des geplanten Bayern-WLAN, dem bundesweit ersten landesweit kostenfreien WLAN, mit geplanten 20.000 Zugangspunkten in Bayern begleitet. □

strukturen überbauen. Das ist regulatorisch angeordneter Überbau“, urteilt Grove.

Nach Ansicht des Verbands müssen drei entscheidende Stell-schrauben verändert werden, um investitionsfördernde Rahmenbedingungen für einen zukunftssicheren Glasfaserausbau zu schaffen: Erstens muss die Politik ein zukunftsweisendes Infrastrukturziel zum Ausbau mit direkten Glasfaseranschlüssen (FTTB / FTTH) definieren. Zweitens muss auch die Bundesnetzagentur ihr Regulierungsregime auf dieses Ziel ausrichten. Und drittens muss der strategische Überbau hochleistungsfähiger Infrastruktur verhindert werden. Hier lautet die Devise des BREKO: Kooperation und Open Access statt Überbau.

„Die BREKO-Netzbetreiber bauen ultraschnelle Glasfasernetze überall dort, wo es wirtschaftlich irgend möglich ist. Wir appellieren an die Politik, die aktuellen politischen und regulatorischen Rahmenbedingungen klar auf den dringend notwendigen Glasfaserausbau (FTTB / FTTH) auszurichten – denn dieser ist für die Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft alternativlos“, unterstreicht BREKO-Präsident Norbert Westfal und sendet ein klares Signal: „Wir werden uns mit unserer Expertise und unserem Know-how noch stärker als bislang für einen zielgerichteten und effizienten, direkten Glasfaserausbau einsetzen.“ □

Relaunch bei gemeindezeitung.de:

Neue Internetseiten der Bayerischen Gemeindezeitung online

Geretsried/München. Seit Anfang September 2016 erscheint der Online-Auftritt der Bayerischen Gemeindezeitung unter www.gemeindezeitung.de in einem neuem Gewand. Das gesamte Angebot ist jetzt zudem „responsive“, d. h. somit neben dem PC und bayerischen Laptops auch für alle mobilen Ausgabe- und Endgeräte wie z.B. Smartphones und Tablets optimiert.

Neu ist neben dem Design ebenfalls eine verjüngte Struktur in nur vier Hauptkategorien und eine neue Suchfunktion innerhalb der Seite. Auch das umfangreiche Ausgabe- und Archiv der Zeitung wurde neu geordnet und es sind nun alle Ausgaben der Zeitung seit dem Jahr 2003, neben einem aktuellen „e-Paper“, im Internet abrufbar.

Auf den ersten Blick fällt auch bereits auf, dass das Online-Design der neuen GZ sich nun nahtlos in die Familie der Fachveranstaltungsseiten einfügt, den Fachforen der GZ, wie z.B. das Bayerische InfrastrukturForum, das Bayerische EnergieForum, das Bayerische WasserkraftForum oder das Bayerische BreitbandForum. Damit soll nun auch optisch unterstrichen werden, welches renommierte Urgestein der Berichterstattung Bayerischer Kommunalpolitik und Fachthematik hinter diesen beliebten Veranstaltungen im Freistaat steht.

Übrigens seit 1994 hat das bereits 1949 gegründete Medium eine eigene Internetseite, die seitdem unter der Adresse www.gemeindezeitung.de erreichbar ist. Im Jahr 2008 kamen zum Print- und Onlineangebot die Fachveranstaltungen hinzu, speziell um das Angebot der Gemeindezeitung für die kommunale Entscheider auch praktisch zu ergänzen. Die Fachveranstaltungen haben ebenfalls eigene Internetseiten mit ihren Fachthemen.

Die Surftrips im September/Oktober der GZ lauten:

www.gemeindezeitung.de
www.bayerisches-infrastrukturforum.de
www.bayerisches-energieforum.de
www.bayerisches-wasserkraftforum.de
www.bayerisches-breitbandforum.de
www.glasklar-glasfaser.de □

Schnellere Ergebnisse für die Digitalisierung

Wer Anforderungen frühzeitig visualisiert, senkt Risiken und Kosten der gesamten Entwicklung und beschleunigt die Umsetzung. msg, eine unabhängige, international agierende Unternehmensgruppe, gibt vier Tipps, was dabei zu beachten ist.

Die Digitalisierung fordert schnelle Prozesse und Entwicklungszyklen in immer kürzeren Zyklen. Spezifikationen und das Klären von Anforderungen können jedoch zeitraubend sein. Grafische Prototypen, sogenannte Mockups, sind einfach verständlich und lassen wenig Spielraum für Fehlinterpretationen. Der Kunde sieht frühzeitig, wie sich das System bedienen lässt – er erlebt seine Anforderungen.

Ein Mockup schafft nicht nur Verständnis für Erwartungen und Akzeptanz für das zukünftige Ergebnis, sondern regt auch zum Weiterdenken an und legt so die Grundlage für Innovationen. Dabei ist die Erstellung eines Mockups schnell und kostengünstig: hier verbinden sich wenig Aufwand und großer Nutzen.

Mockups sind ein mächtiges Werkzeug für die Erstellung anwenderfreundlicher Software und eine nützliche Ergänzung von traditionellen Requirements-Engineering-Aktivitäten. Sie zeigen Kunden und Dienstleistern, wohin die Reise gehen soll. Mockups dienen nicht nur dazu, Feedback einzuholen, sondern auch neue Anforderungen wie Basis- und Begeisterungsfaktoren zu finden. Bei automatischen Prozessen, komplexen Berechnungen und der Architektur kann es jedoch schwierig werden. Die folgenden vier Tipps zeigen, worauf es ankommt.

1. Stakeholder mitnehmen

Von Anfang an sollten die Rahmenbedingungen der Entwicklung, die Zielgruppe des Systems sowie alle Qualitätsanforderungen abgeklärt werden. Die Erwartungen des Kunden genau wie das Vorgehen müssen zu Beginn abgestimmt und zu visualisierende Szenarien definiert werden – ohne diese Informationen kann es kein Mockup geben. □

2. Auf das Wesentliche fokussieren

Noch bevor es richtig losgeht, müssen die Mockups beschränkt werden. Es geht nicht darum, jedes Detail abzubilden. Das fachliche Objektmodell hilft bei der Fokussierung: Zu einem Zeitpunkt nur einen Aspekt bearbeiten. Ebenso sollten ausschließlich risikoreiche und wichtige Szenarien simuliert werden. So wird der optimale Kosten-Nutzen-Effekt erreicht.

3. Ideen einfach visualisieren

Nicht umsonst heißt es, dass Ideen erst beim Zeichnen Form annehmen. Für die ersten Schritte eines Mockups sind daher Whiteboards und Zeichnungen auf Papier das beste Mittel, um verschiedene Konzepte zu visualisieren. Im zweiten Schritt kommen meist mit Hilfe von spezieller Software erstellte Grafiken und Simulationen hinzu. Doch auch hier empfiehlt sich der Low-Fidelity-Ansatz: „Über Buttonfarben wird nicht diskutiert.“

4. Schnelle, gemeinsame Ergebnisse erzielen

Im Durchschnitt braucht man drei Iterationen von Simulation und Feedback, bis Kunde und Dienstleister einen Konsens erreichen. Für fortgeschrittene Mockups, die auch beim Feedback der Endnutzer sehr hilfreich sein können, müssen weitere Schleifen eingerechnet werden. Die Weiterentwicklung des Mockups geht jedoch sehr schnell. Oft können schon am nächsten Tag die überarbeitete Version besprochen oder die Überarbeitungen sogar direkt gemeinsam eingearbeitet werden. Die fertige Simulation ist in jedem Fall ein gutes Ergebnisprotokoll und kann als Spezifikationsdokument dienen oder es ergänzen – der Aufwand lohnt sich also. □

BREKO Breitbandstudie 2016:

BREKO-Netzbetreiber ebnen Weg in die Gigabit-Gesellschaft

Der Bundesverband Breitbandkommunikation (BREKO) hat jüngst die von ihm erhobenen Marktdaten zur aktuellen Lage auf dem Telekommunikationsmarkt vorgestellt. Im Rahmen einer Pressekonferenz präsentierte BREKO-Präsident Norbert Westfal die wichtigsten Ergebnisse der BREKO Breitbandstudie 2016. Im Anschluss daran nahm der Telekommunikations-Experte Prof. Dr. Nico Grove – CEO des Instituts für Infrastrukturökonomie & Management und Mitglied des BREKO-Berats – eine wissenschaftliche Bewertung und Einordnung der Marktdaten vor.

Wichtigstes Ergebnis der BREKO Breitbandstudie 2016: Der Ausbau mit ultraschnellen Glasfaseranschlüssen bis zum Gebäude (FTTB) oder bis direkt in die Wohnung (FTTH) wird vor allem durch die Netzbetreiber des BREKO vorangetrieben: Mehr als 60 Prozent des wettbewerblichen Ausbaus erfolgen (Stand: Mitte 2015) durch die mehr als 145 Carrier des führenden deutschen Glasfaserverbands (alle alternativen Netzbetreiber: 80 Prozent). Die Wettbewerber des Ex-Monopolisten Deutsche Telekom haben im vergangenen Jahr insgesamt 4,2 Milliarden Euro in den deutschen Telekommunikationsmarkt investiert und damit 53 Prozent der Gesamtinvestitionen gestemmt.

„Die BREKO Breitbandstudie 2016 bestätigt erneut: Die alternativen Netzbetreiber treiben den Ausbau mit zukunftssicheren Glasfaseranschlüssen bis zum Haus oder in die Wohnung maßgeblich voran“, sagt BREKO-Präsident Norbert Westfal. „Auch wenn die Vectoring-II-Entscheidung den Infrastrukturwettbewerb erheblich behindert, werden wir uns nicht von unserem Weg abbringen lassen: Deutschland braucht hochleistungsfähige Gigabit-Netze, um Wirtschaftswachstum – und damit Wohlstand – zu sichern. Und wir sind diejenigen, die diese essenzielle Zukunftsinfrastruktur bauen!“

Die Bandbreiten-Nachfrage wird nach den Erhebungen der

BREKO Breitbandstudie 2016 erheblich zunehmen: Liegt die aktuelle Standard-Downstream-Bandbreite noch zwischen 10 und 30 MBit/s, erwarten die BREKO-Netzbetreiber allein bis 2025 eine durchschnittliche Privatkunden-Nachfrage von 400 MBit/s im Down- und 200 MBit/s im Upstream – Tendenz weiter stark steigend. Diese Nachfrage kann nur durch eine flächendeckende, hochleistungsfähige Glasfaserinfrastruktur befriedigt werden.

Gestiegenes Datenvolumen

Das im Festnetz übertragene Datenvolumen hat sich von 2014 (9,5 Milliarden Gigabyte) auf 2015 (11,5 Milliarden Gigabyte) weiter erhöht. Dieses Datenvolumen wird sich Prognosen zufolge von 2016 bis 2020 fast vervierfachen und dann mindestens 55 Milliarden Gigabyte betragen.

Die mobile Datennutzung findet in immer stärkerem Maße (mehr als 80 Prozent) in WLAN-Netzen statt. Eine hochmoderne Glasfaserinfrastruktur stellt damit nicht nur die essenzielle Basis für eine leistungsfähige Breitbandversorgung per Mobilfunk dar, sondern beschleunigt das mobile Surfen per Smartphone, Tablet & Co. noch einmal durch die Verfügbarkeit schneller WLAN-Hotspots.

Die Marktanalyse des BREKO kommt unterdessen zu dem Ergebnis, dass das Breitbandziel der Bundesregierung – 50 MBit/s für

alle Haushalte bis zum Jahr 2018 – unter den aktuellen Rahmenbedingungen nicht mehr erreicht werden kann. Hinzu kommt: Die jüngste Vectoring-Entscheidung wird den Ausbau in unterversorgten Gebieten sogar verlangsamen.

„Die Vectoring-II-Technologie, die nach den Vorgaben Brüssels erst nach Einführung entsprechender Vorleistungsprodukte und grundsätzlich nur vom Ex-Monopolisten in den zu weiten Teilen bereits gut versorgten Nahbereichen eingesetzt werden darf, wird den Ausbau unterm Strich verzögern, anstatt ihn im Wettbewerb zu beschleunigen“, erläutert Telekommunikations-Experte Prof. Dr. Nico Grove.

Starker Doppelausbau

Nach Berechnungen des Verbands wird trotz der auch weiterhin erheblichen Anstrengungen der alternativen Netzbetreiber bis zum Jahr 2018 bestenfalls 85 Prozent aller Haushalte ein Breitbandanschluss mit mindestens 50 MBit/s zur Verfügung stehen. Grund dafür ist auch die Tatsache, dass in den vergangenen Jahren ein starker Doppelausbau vor allem in Gebieten mit paralleler Breitbandkabel-Infrastruktur stattgefunden hat – nach dem BREKO vorliegenden Daten in erster Linie durch die Deutsche Telekom. Auf diese Weise haben im vergangenen Jahr mehr als 70 Prozent aller Investitionen nicht auf das Breitbandziel der Bundesregierung eingezahlt, sondern sind in den Überbau bereits vorhandener NGA-Netze geflossen.

„Der Überbau wird sich weiter intensivieren – denn durch die vom Regulierer abgesetzte Ausbaupflichtung wird die Deutsche Telekom nun in den vielfach gut versorgten Nahbereichen bereits vorhandene NGA-Infra-

Hochzuverlässiger Datenhafen in der Region

LEW TelNet erweitert Rechenzentrum auf mehr als 600 Quadratmeter

Der regionale Datenspezialist LEW TelNet hat sein Augsburger Rechenzentrum erweitert und die Sicherheitsvorkehrungen noch einmal erhöht: Ab sofort ist auf mehr als 600 Quadratmetern Platz für 100 Serverschränke. Jeder Serverschrank ist mehrfach an die Stromversorgung und an das Datennetz mit einer Übertragungskapazität von bis zu 10 GBit/s angebunden. Für die IT-Systeme stehen bis zu 11 kVA Leistungsaufnahme zur Verfügung. Wichtig für noch mehr Sicherheit: Der Aufstellort für Kunden-Server ist nun in zwei separate Brandabschnitte unterteilt. Ein umfassendes Sicherheitskonzept gewährleistet zudem einen hochverfügbaren und ausfallsicheren Betrieb.

Unternehmen, Behörden und Gewerbetreibende können die professionelle Rechenzentrums-Infrastruktur von LEW TelNet nutzen, ohne selbst hohe Investitionskosten tragen zu müssen: Im Colocation-Service mieten sie Serverschränke oder einzelne Höheneinheiten an. So können die Kunden Kosten ihrer IT-Systeme reduzieren und dennoch einen hochverfügbaren Betrieb garantieren. Auf Wunsch übernimmt LEW TelNet die Bereitstellung, die Installation und die Wartung der Systeme.

„Regional-Cloud“

Mit dem Konzept der „Regional-Cloud“ bieten die Neusässer Datenspezialisten zusätzlich eine sichere und besonders flexible

Möglichkeit, Rechenleistung und Speicherplatz der LEW TelNet Rechenzentrums-Umgebung zu nutzen. Das Besondere dabei: Während andere Cloud-Anbieter in der Regel Serverfarmen rund um den Globus einsetzen, werden bei der „Regional-Cloud“ von LEW TelNet sowohl die Verarbeitung als auch die Speicherung der Daten vor Ort garantiert.

Einer der Mieter im LEW TelNet Rechenzentrum ist die BMF Media Information Technology GmbH (BMF). Das Unternehmen entwickelt und betreibt spezialisierte Shop-Systeme und 3D-Medien für die Reifen- und Felgenreifenbranche. „Ein Serverausfall würde für unsere Kunden sehr schnell sehr teuer werden. Unsere Softwareprodukte müssen daher absolut sicher und verlässlich zur

Verfügung stehen“, so BMF Geschäftsführer Stefan Klein. „Als Mieter im LEW TelNet Rechenzentrum laufen unsere Systeme unter optimalen Bedingungen“. Aktuell hat BMF im Augsburger Colocation-Rechenzentrum fünf komplette Racks (Serverschränke) angemietet. Der Online-Dienstleister hat dort seine eigenen Server und Systeme installiert. Zusätzlich nutzt BMF noch drei leistungsstarke Datenbank-Server auf Mietbasis sowie ein von den LEW TelNet-Spezialisten betreutes Firewall-System.

Höchstes Niveau

„Dass IT-Systeme und Datenbanken reibungslos funktionieren, ist für nahezu jedes Unternehmen heute erfolgsentscheidend. Unser Rechenzentrum gewährleistet Zuverlässigkeit und Systemverfügbarkeit auf höchstem Niveau. Darauf können sich die Kunden der LEW TelNet verlassen und sich somit ganz auf ihr Kerngeschäft fokussieren“, sagt Johannes Stepperger.

Schutz gegen Stromausfall bietet eine unterbrechungsfreie

Stromversorgung mit zusätzlicher Absicherung über zwei Netz-Ersatz-Anlagen mit einer Gesamtleistung von einem Megawatt. Im gesamten Rechenzentrum gewährleistet die ebenfalls redundant ausgeführte Klimaanlage optimale Betriebsbedingungen. Zu den Sicherheitseinrichtungen zählen unter anderem auch die separate Fehlerstromüberwachung an jedem Serverschrank und ein Blitzschutzsystem mit Schutzklasse 1 bis zum einzelnen Server-System. Die Brandschutzmaßnahmen reichen von der Aufteilung des Rechenzentrums in verschiedene Brandabschnitte über Brandfrühsterkennung bis zu einer Löschgasanlage.

Schutz vor unberechtigtem Zugriff auf die Kundensysteme bietet die 24-Stunden-Überwachung mit mehr als 50 Videokameras, die mehrstufige personalisierte Zutrittskontrolle zu den Räumen des Rechenzentrums, ein erweiterter baulicher Einbruchschutz und eine Einbruchmeldeanlage.

Infrastruktur, Sicherheitseinrichtungen und Betriebsabläufe sind im bisherigen Rechenzentrum bereits nach dem Standard „TÜV SÜD zertifiziertes Rechenzentrum“ geprüft. Die hohen Standards bei Infrastruktur und Betriebsprozessen sind damit auch offiziell nachgewiesen. Für den erweiterten, neuen Bereich ist LEW TelNet aktuell in der Umsetzung dieser Zertifizierung.

Mit dem eigenen rund 2.500 Kilometer langen Glasfasernetz in Bayerisch-Schwaben und Teilen Oberbayerns und rund 150 Breitbandprojekten ist LEW TelNet der größte regionale Netzbetreiber zwischen Donauwörth und Schongau. Neben zukunftssicheren Breitbandkonzepten bietet LEW TelNet für Unternehmen auch ein breites Dienstleistungsportfolio in den Bereichen IT-Sicherheit, Rechenzentrum, Standortvernetzung, Netzwerk, Telefonie und mobiles Arbeiten. Das Tochterunternehmen der Lechwerke AG beschäftigt rund 100 Mitarbeiter. Weitere Infos unter www.lewtelnet.de

Erster Branchentarif-Vertrag für mobiles Arbeiten geschlossen

agv:comunity und Verdi schaffen Regelungen zur Flexibilität und Autonomie

Der im Oktober 2015 gegründete Arbeitgeberverband agv:comunity hat jetzt mit der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di den ersten Branchentarifvertrag „Telearbeit“ für die Telekommunikations- und IT-Industrie geschlossen. Dabei hat sich die aus dem internen Arbeitgeberverband der Deutschen Telekom hervorgegangene Organisation mit ver.di auf entsprechende Ziele und Regelungen für das „mobile Arbeiten (Mobile Working)“ verständigt.

Die Entwicklung moderner Informations- und Kommunikationstechnologien und das hohe Maß an Selbstständigkeit und Verantwortungsbewusstsein der Arbeitnehmer ermöglichen es zunehmend, dass auch außerhalb der Betriebe gearbeitet werden kann. Die Tarifvertragsparteien verfolgen das Ziel, im Rahmen von „Mobile Working“ eine örtliche Flexibilisierung der Arbeitsorganisation sowohl im Mitarbeiter- als auch im Unternehmensinteresse sinnvoll zu gestalten.

„Mobile Working“

Ziel von „Mobile Working“ ist es, durch die räumliche Flexibilisierung der Arbeitsorganisation:

- die Arbeitsqualität und -produktivität zu verbessern
- dem Arbeitnehmer mehr Gestaltungsfreiheit bei der Erbringung der Arbeitsleistung zu ermöglichen und damit eine höhere Arbeits- und Ergebniszufriedenheit zu erreichen,
- den Arbeitnehmern eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und individueller Lebensführung zu ermöglichen,
- die Kundenorientierung und Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens zu steigern und
- einen Beitrag zum Umweltschutz zu leisten.

Christian P. Illek, Personalvorstand der Deutschen Telekom, wertet den Abschluss als „gelungenes Beispiel für eine gut funktionierende und zukunftsorientierte Sozialpartnerschaft“ und hebt hervor: „Die Digitalisierung wird alle Formen der Arbeit verändern. Mit diesem Branchentarifvertrag zeigen wir, dass Arbeitgeber und Sozialpartner zu konstruktiven Lösungen kommen und bereit sind, die digitale Transformation gemeinsam im Sinne der Menschen zu gestalten. Diese Haltung ist ein Schlüssel zur erfolgreichen Transformation der Arbeitswelt.“

Mehr Wahlmöglichkeiten

Lothar Schröder, Mitglied des ver.di-Bundesvorstandes und stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der Deutschen Telekom betont: „Die Digitalisierung wird sicherlich vieles umkrempeln. Wir haben es aber nicht nur mit einer Herausforderung für Beschäftigung und Persönlichkeitsrechte zu tun. Wir haben auch die Chance, den Beschäftigten mehr Wahlmöglichkeiten zu verschaffen, selbst zu entscheiden, von wo und wann sie arbeiten. Diese Chance erschließen wir mit unserem Tarifvertrag.“

Innovatives Schulprojekt „Augmented OHM“:

Neue Wege der digitalen Unterrichtsgestaltung

Mit seinem wegweisenden Schulprojekt „Augmented OHM“ demonstrierte das OHM-Gymnasium Erlangen vor kurzem anschaulich, wie der Schulunterricht der Zukunft aussehen kann. Das Projekt wird durch die von Samsung Electronics geförderte INITIATIVE DIGITALE BILDUNG NEU DENKEN in Zusammenhang mit ihrem langfristigen Engagement im Bereich Virtual Reality unterstützt.

Dem mittelfränkischen Gymnasium ist es durch Einsatz von Virtual Reality (VR) und Augmented Reality (AR) gelungen, fächerübergreifend völlig neue Unterrichtsszenarien zu konzipieren. In einer öffentlichen Präsentationsveranstaltung, bei der Vertreter aus Politik und Presse anwesend waren, zeigten die Schülerinnen und Schüler gemeinsam mit ihrem betreuenden Lehrer Thomas Zapf, wie kreative Unterrichtseinheiten für unterschiedliche Schulfächer mit Hilfe digitaler Medien wie Smartphones, Tablets und VR Brillen gestaltet werden können.

Sie modellierten beispielsweise das menschliche Herz virtuell und verwendeten anschließend einen 3D-Drucker, um das Ergebnis auch haptisch erlebbar zu machen. Dadurch schlugen sie eine intelligente Brücke zwischen virtueller und realer Welt. Projektleiter Thomas Zapf erklärte dazu: „Wir können den Unterricht mit AR und VR viel anschaulicher machen. Und wir können ihn für die Schülerinnen und Schüler spannender machen. Denn sie treten nicht mehr nur als Konsumenten, sondern als Produzenten auf, die ihre Unterrichtseinheit selbst gestalten. Deswegen lohnt es sich, diesen Weg weiter zu verfolgen.“

Martina Stamm-Fibich, Mitglied des Deutschen Bundestages, zeigte sich nach der Demonstration des OHM Gymnasiums beeindruckt von den Möglichkeiten, die das Einbringen virtueller Realität in Verbindung mit digitalen Medien und Technologien im Bildungsbereich bietet: „Was alles mit einem Smartphone möglich ist, hat mich sehr fasziniert. Das ist anschauliche Wissensvermittlung. Das ist die Richtung, in die wir in Zukunft gehen sollten, denn so muss der

Unterricht von morgen aussehen.“

Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung Stefan Müller lobte vor allem die Pionierleistung des OHM-Gymnasiums und war besonders vom Engagement der Schülerinnen und Schüler angetan: „Ich habe hier einen großartigen Eindruck gewinnen können. Es ist wichtig, dass eine Schule vorangeht. Wir wissen, dass Spüren und Lernen zusammen gehören – beides zu verbinden, vermag die Virtuelle Realität besonders gut. Im Gespräch mit den Schülern habe ich außerdem erfahren, dass der Einsatz digitaler Technologie die Motivation, sich Wissen anzueignen, steigert. Deswegen werden Schulbücher natürlich nicht verschwinden. Aber eine Ergänzung durch die Virtuelle Realität kann ich mir sehr gut vorstellen.“

Idealer Brückenschlag

Das für die Umsetzung des Projekts erforderliche Equipment wurde von der „Initiative Digitale Bildung neu denken“ zur Verfügung gestellt. „Unser Anliegen ist es, den kompetenten Umgang von Schülerinnen und Schülern mit digitalen Technologien zu fördern – gerade im Hinblick auf die Anforderungen ihres späteren Berufslebens. Denn die Verbindung beider Wirklichkeiten, der Virtuellen und der Realen, könnte bereits in naher Zukunft zum Alltag gehören, und zwar nicht nur in der Schule sondern auch in der Arbeitswelt. Dieser Brückenschlag ist hier in geradezu idealer Weise gelungen“, so Steffen Ganders, Director Corporate Affairs der Samsung Electronics GmbH. Da die Initiative das Potential des Einsatzes Virtueller Realität

im Unterricht erkannt hat, Lerninhalte besser veranschaulichen zu können, hat sie in Kooperation mit dem Cornelsen Verlag bereits ein innovatives Projekt auf den Weg gebracht: Auf dem ersten VR-Eduthon wurden gemeinsam mit medienaffinen Lehrkräften, E-Didaktikern und Virtual-Reality-Experten praxisnahe Konzeptideen entwickelt, die den naturwissenschaftlichen Unterricht bereichern. Ab Herbst 2016 wird die so entstandene Virtual-Reality-Applikation auf Beta-Ebene über mehrere Wochen im Biologieunterricht der Klassenstufen 7 bis 9 getestet.

Die Samsung Electronics GmbH hat im Jahr 2013 in Deutschland die „Initiative Digitale Bildung neu denken“ ins Leben gerufen, weil sie mit ihrer Expertise als führendes Technologieunternehmen die Bildung als wichtige Säule für die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland nachhaltig stärken will. Seit der Gründung sind bereits über 200 zukunftsweisende Schulprojekte in die Tat umgesetzt worden, welche die Motivation und das starke Interesse an digitalem Unterricht verdeutlichen. Die Initiative engagiert sich, um Menschen auf ihrem Bildungsweg digitale Möglichkeiten beim Entdecken, Forschen und Gestalten zu unterstützen.

Die Zukunft unserer Gesellschaft hängt stark davon ab, wie wir die Potenziale und Talente der Menschen fördern. In diesem Zusammenhang spielen Bildung als Grundlage unserer Wissensgesellschaft und ihre aktive Gestaltung sowie Weiterentwicklung eine zentrale Rolle. Die fortschreitende Digitalisierung wird in den nächsten Jahren unser Verständnis von Bildung nachhaltig verändern. Eine frühzeitige und sinnvolle Einbindung digitaler Medien in Lehr- und Lernprozesse gewährleistet dabei die Qualität der Bildung.

Ausführliche Informationen zur „Initiative Digitale Bildung neu denken“ unter www.i-dbnd.de

TV BAYERN
*

LIVE

Ganz Bayern in 60 Minuten.

Ganz nah bei den Zuschauern Bayerns. Von Aschaffenburg bis Berchtesgaden.

- Aktuelle Themen
- Regionale Nachrichten
- Berichte von Land und Leuten
- Information und Service aus Ihrer Region

* Ab jetzt immer samstags von 17:45 bis 18:45 Uhr im Programm von RTL und jeden Sonntag um 17:00 Uhr auf den bayerischen Lokalprogrammen.

Mehr unter: www.tvbayernlive.de

Digitaler Wachstumsplan für Bayern

Ministerin Aigner präsentierte neue Leitlinien der Wirtschaftspolitik

Die Bayerische Staatsregierung richtet ihre Wirtschaftspolitik künftig noch stärker auf Digitalisierung und Förderung von Innovationen aus. Mit einem digitalen Wachstumsplan für den Mittelstand, einer Mobilfunkinitiative und neuer Technologieförderung will Wirtschaftsministerin Aigner Bayern zum digitalen Zukunftsstandort machen.

Ministerin Aigner: „Es ist eine Grundbedingung für den künftigen wirtschaftlichen Erfolg, dass wir unsere Unternehmen technisch und durch Infrastruktur in die Lage versetzen, bei der Digitalisierung dabei zu sein. Jetzt satteln wir noch einmal ordentlich drauf und setzen vor allem für den Mittelstand neue Impulse. Wir sorgen dafür, dass der bayerische Mittelstand einen Kompetenzvorsprung in Sachen Digitalisierung erwirbt.“

3-Punkte-Plan für Wachstum

Bayerns digitaler Wachstumsplan für den Mittelstand sieht drei Kernbereiche vor:

- Ein neues Center for Code Excellence soll das Wissen über ak-

tuelle Softwareentwicklungen an den Mittelstand weitergeben.

- Mit dem Projekt „Bayern Cloud“ soll die Nutzung von Cloud-Technologien für den Mittelstand attraktiver gemacht werden.

- Mit dem Digitalbonus werden Investitionen in IT-Sicherheit, digitale Produkte und Dienste gefördert.

Insgesamt investiert Bayern noch einmal 50 Millionen Euro für die Digitalisierung der Bayerischen Wirtschaft.

Mobilfunkinitiative

Der Mobilfunk ist neben der Breitbandversorgung ein entscheidender Faktor für unsere digitale Zukunft. Deshalb startet Bayern eine Zukunftsinitiative:

- Mit einem 5-Millionen-Sofortprogramm werden bis 2020 bestehende Funkanlagen nachgerüstet oder neue Anlagen gebaut.

- Umplanungen und die Suche nach Alternativstandorten werden unterstützt, wenn Bürgerbedenken eine schnelle Umsetzung verhindern.

- Die Möglichkeit eines nationalen Roamings wird geprüft.

- Neue (5G-) Netze und alternative (Laser-) Übertragungstechnologien werden in der Praxis getestet.

- Bei der Neuvergabe von Lizenzen an Mobilfunkbetreiber (ab Ende 2020) wird das Schließen „weißer Flecken“ zur Bedingung gemacht.

- Die Verantwortung der Mobilfunkbetreiber, ihrer Infrastrukturpflicht nachzukommen, wird eingefordert.

„Mit der Mobilfunkinitiative werden wir die Lücken in der Mobilfunkversorgung schließen und Bayern zum Vorzeigeland der

mobilen Funkversorgung machen“, so Aigner.

Neuausrichtung der Technologieförderung

Bayern ist eines der internationalen Spitzenländer in den Bereichen Forschung und Entwicklung. Damit Bayern das Land der Innovation bleibt, fördert der Freistaat innovative Technologieprojekte in den nächsten beiden Jahren mit über 100 Millionen Euro und richtet seine Technologieförderung neu aus:

- Bayern setzt künftig auf weniger Regeln, mehr Effizienz und bessere Verfahren.

- Die Förderangebote werden speziell für den forschenden Mittelstand (bis 1.000 Mitarbeiterin-

nen und Mitarbeiter) erweitert. Bei Kooperationsprojekten wird die Deckelung der Förderung in Bezug auf das Gesamtprojektvolumen aufgehoben.

- Die Förderung einzelbetrieblicher Vorhaben bei größeren und großen Unternehmen speziell zur Standortstärkung wird ermöglicht.

Dazu Ministerin Aigner: „Wir schaffen ein modernes, einfaches, auf die neuen Trends der Digitalisierung zugeschnittenes Förderprogramm für den Mittelstand und die großen Unternehmen.“

Strukturrentwicklung

Neben der Wirtschaftsförderung wird die Staatsregierung auch Regionen unterstützen, die vom Stellenabbau bei Siemens

und British American Tobacco betroffen sind. „Klar ist: Die Bayerische Staatsregierung lässt die betroffenen Menschen nicht im Stich und stützt die Regionen mit einer gewaltigen Kraftanstrengung“, sagte Aigner.

Für eine zukunftsfeste Aufstellung der betroffenen Regionen Passau, Nürnberg/Erlangen, Bad Neustadt und Bayreuth investiert Bayern zusätzlich 25 Millionen Euro. Die Standorthilfe fließt ausschließlich in Bereiche, die für zukünftiges Wachstum stehen und an den Kompetenzen der Region anknüpfen. „So stellen wir sicher, dass die Aufholjagd für zukünftiges Wachstum und Arbeitsplätze dort gelingt, wo jetzt das Wort Strukturwandel die Rinde macht“, so Aigner. □

it-sa 2016 in Nürnberg:

Vielfältiges Foren- und Kongressprogramm

Rund 230 Forenbeiträge zu Management, Technik und Trends

Vom 18. bis 20. Oktober informieren sich IT-Sicherheitsexperten auf der it-sa in Nürnberg über aktuelle IT-Sicherheitsprodukte und -dienstleistungen. Fachbesucher erwartet ein umfassendes Rahmenprogramm: Rund 230 Vorträge und Diskussionsrunden stehen ihnen in drei Foren offen, darunter die Keynote von Maximilian Schrems am dritten Messetag. Der Jurist und Datenschutzaktivist spricht über die Vorgaben der EU-Datenschutz-Grundverordnung für mehr Datenschutz durch IT-Sicherheitsmaßnahmen. Begleitend zur Fachmesse, zu der über 470 Aussteller in Nürnberg erwartet werden, informieren Lösungsanbieter, Verbände und Organisationen im Kongressprogramm Congress@it-sa.

„IT-Security-Experten und Entscheider verschaffen sich mit einem Besuch der it-sa einen umfassenden Marktüberblick. Zusätzlich profitieren sie vom informativen Rahmenprogramm mit seinem zielgruppengerechten In-

formationsangebot. Congress@it-sa bietet zusätzliches Know-how“, erklärt Frank Venjakob, Executive Director it-sa, NürnbergMesse.

Vortragsprogramm in drei offenen Foren

Die offenen Foren ermöglichen schnelle Orientierung im Vortragsprogramm der it-sa mit insgesamt rund 230 Beiträgen: Während im Forum Rot die strategische und wirtschaftliche Bedeutung von IT-Sicherheit für Unternehmen im Mittelpunkt steht, befassen sich die Expertenbeiträge im Forum Blau mit der technischen Umsetzung. Das Auditorium ergänzt das Informationsangebot um Vorträge zur aktuellen Entwicklung der IT-Security und ist Bühne für Organisationen aus Branche und Politik.

Unter anderem informiert der Verband der Internetwirtschaft eco mit einer Diskussionsrunde über angreifbare Web-Applikationen, ein TeleTrusT-Panel zu Industrie 4.0 Security und das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik zum Umsetzungsstand beim IT-Sicherheitsgesetz. Das Thema einer vom Krankenhaus IT-Journal präsentierten Runde verdient nach erfolgreichen Angriffen auf Krankenhäuser besondere Aufmerksamkeit: Welchen Herausforderungen und Investitionen müssen sich die IT-Verantwortlichen im Gesundheitswesen jetzt stellen?

Der Jurist und Datenschutzaktivist Maximilian Schrems, dessen Klage gegen Facebook vor dem Europäischen Gerichtshof zum Ende des Safe-Harbor-Abkommens mit den USA führte, spricht die Keynote der it-sa 2016. In seinem Vortrag „Mehr Datenschutz durch sichere IT-Strukturen? Was die neuen EU-Regeln einfordern“ geht er auf die Bedeutung der im Mai in Kraft getretenen Neuregelung für IT-Sicherheitsverantwortliche ein. Maximilian Schrems Keynote findet am Donnerstag, den 20. Oktober 2016 um 12:30 Uhr im Auditorium statt.

IT-Sicherheitsbeauftragten, Entscheidern, Forschern und Behördenbediensteten bietet Congress@it-sa ein jeweils passgenaues Angebot rund um die neuesten Entwicklungen in der IT-Sicherheit. Zu den Themen im Kon-

gressprogramm zählen rechtliche Aspekte wie die EU-Datenschutzgrundverordnung genauso wie Fachinformationen beispielsweise zu SAP, Cloud und Privileged Account Security oder Identity und Access Management. In weiteren Veranstaltungen zeigen die Referenten Maßnahmen für den Schutz der Unternehmens-IT auf und gehen der Frage nach, welche Sicherheitsstrategie derzeit die richtige ist.

Die international ausgerichtete EICAR Conference findet erstmals teilparallel zur it-sa statt. Die zweiteilige Veranstaltung beginnt am Montag, den 17. Oktober und bringt IT-Sicherheitsforscher und -entwickler zusammen. Die diesjährige, 24. Ausgabe steht unter dem Motto Vertrauenswürdigkeit von IT-Sicherheitslösungen.

IT-Grundschutztag

Ebenfalls einen Tag vor der Messe beginnt die Jahrestagung der IT-Sicherheitsbeauftragten in Ländern und Kommunen. Die zentrale Weiterbildungsveranstaltung findet zum vierten Mal zur it-sa statt und richtet sich ausschließlich an Bedienstete aus Bund, Ländern und Kommunen. Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik richtet den IT-Grundschutztag unter dem Dach von Congress@it-sa aus.

Die IT-Sicherheitskonferenz it-sa Brasil bringt Fachleute und Entscheider in São Paulo zusammen. Die von der NürnbergMesse zum dritten Mal organisierte Konferenz findet jährlich statt, dieses Jahr am 13. und 14. September 2016. Sie ist Diskussionsplattform für Experten aus namhaften Unternehmen wie Microsoft oder KPMG sowie Forschung und Behörden. Begleitet wird sie von einer Foyerausstellung. Namhafte brasilianische Wirtschaftsverbände unterstützen die it-sa Brasil ebenso wie TeleTrusT, Organisator eines Gemeinschaftsstandes unter dem Motto „IT-Security made in Germany“.

Sicherheitsmessen der NürnbergMesse

Die NürnbergMesse verfügt über eine ausgewiesene Kompetenz im Themenfeld Sicherheit. Mit Veranstaltungen wie Enforce Tac – Fachmesse für Law Enforcement, it-sa und it-sa Brasil – Fachmessen für IT-Sicherheit, FeuerTRUTZ – Fachmesse für vorbeugenden Brandschutz, Perimeter Protection – Fachmesse für Freigeländeschutz, FIRE & SECURITY INDIA EXPO sowie U.T.SEC – Unmanned Technologies & Security führt sie insgesamt gut 1.000 Aussteller und über 20.000 Besucher aus aller Welt zusammen. □

Offizielle Wiesn-Seite der Stadt:

Alles Wichtige von A bis Z auf muenchen.de

München. muenchen.de, das offizielle Stadtportal, stellt die offizielle Wiesn-Seite der Stadt München, auf der Besucher alle Wissenswerte rund um das Oktoberfest erfahren können. So sind das neue Sicherheitskonzept und alle Änderungen, die sich dadurch für Gäste des Oktoberfests ergeben, auf den Wiesenseiten (www.muenchen.de/oktoberfest) des Stadtportals muenchen.de erklärt.

Zum Beispiel dürfen ab diesem Jahr mitgebrachte Taschen und Rucksäcke nur ein Volumen von höchstens drei Litern haben und nicht größer als 20 x 15 x 10 Zentimeter sein. Verboten ist außer-

dem das Mitbringen von Glasflaschen. Zudem werden auch die „10 goldenen Oktoberfest-Regeln“ erklärt. Außerdem erfährt man, dass wie schon in den letzten Jahren täglich ab 18 Uhr sowie an

Samstagen und am 3. Oktober ganztags ein Kinderwagen-Verbot für das Festgelände besteht. Und dass Tiere grundsätzlich nicht erlaubt sind.

In diesem Jahr ganz besonders praktisch: In der bewährten „München App“ (Download-Infos: www.muenchen.de/app) von muenchen.de kann man seinen eigenen Standort auf der Wiesn orten. Die App zeigt dann, wie weit gesuchte Lokalitäten entfernt sind. So wird man beispielsweise zum gewünschten Festzelt navigiert und bekommt gleichzeitig einen Überblick, wie die Festzelte von anderen Besuchern bewertet wurden. Dieses Jahr wurden außerdem erstmals die Standorte der Geldautomaten, Fahrgeschäfte, Gepäckaufbewahrungs-Möglichkeiten, Erste-Hilfe-Stationen sowie der Toiletten auf der Theresienwiese in die München App aufgenommen.

Überblick zur Gedrängelage

Wer Gedränge meiden will, für den gibt es auf muenchen.de das Wiesn-Barometer. Dieses zeigt aufgrund ausgewerteter Besucherzahlen, wann auf der Theresienwiese viel los ist – und wann die Chancen auf einen freien Platz im Festzelt am höchsten sind.

Aktuell kann sich jeder über die Wiesn-Webcam von muenchen.de informieren, ob es auf dem Oktoberfest gerade hoch hergeht. In aufzeichneten Kurzvideos fängt die Wiesn-Seite zusätzlich die Stimmung auf der Theresienwiese ein und lässt dabei unter anderem Besucher zu ihrem Lieblings-Wiesnhit und ihren Leibgerichten zu Wort kommen.

Auch im Bereich Lifestyle hat die Wiesn-Seite von muenchen.de einiges zu bieten: Tipps für den Wiesn-Flirt (zum Beispiel, auf welcher Dirndl-Seite nun die Schürzen-Schleife Aufschluss darüber gibt, dass die Dame der Wahl vergeben ist) oder Inspiration für das eigene Wiesn-Outfit. Dazu entsprechende Läden, in denen man neue oder gebrauchte Tracht bekommen kann. Ein Bayerischkurs (von „Grias di“ bis „Schleich di“) rundet das zwischenmenschliche Nutzwertangebot ab. Alle diese Tipps sind natürlich auch während des

Terminhinweis:

4. Kommunales GIS-Forum 2016 in Neu-Ulm

Unter dem Titel „Geodaten – Fit für die Zukunft“ rückt das 4. Kommunale GIS Forum des Runden Tisches GIS e.V. am 14. November in Neu-Ulm erneut die praktische Bedeutung von Geodaten in Städten, Gemeinden und Landkreisen in den Fokus. Denn die Gebietskörperschaften haben schon heute zahlreiche Aufgaben zu lösen, bei denen Geodaten eine entscheidende Rolle spielen.

Nutzen Sie das Kommunale GIS-Forum zum Gedanken- und Erfahrungsaustausch und seien Sie am 14. November im Edwin-Scharff-Haus in Neu-Ulm dabei. Das vollständige Programm ist der Webseite des Runden Tisches GIS (http://www.rtg.bv.tum.de/index.php/en/aus-und-weiterbildung/aktuelle-termine/1039) zu entnehmen. Die Anmeldung zur Veranstaltung kann online vorgenommen werden.

Das Kommunale GIS-Forum des Runden Tisches GIS rückt die veränderte und sich weiter verändernde Praxis der kommunalen Geodatenmanager einmal mehr in den Mittelpunkt. Das Vortragsprogramm zeigt dementsprechend zum einen eine große Bandbreite konkreter Anwendungen vor Ort, angefangen vom Einsatz von Geodaten für das Ökoflächenkonto über Beispiele bei kommunalen Versorgungsunternehmen bis zu den Aufgaben der Stadtentwicklung. Zum anderen präsentieren Landesämter und Ministerien, welche Datenportale und Dienstleistungen sie den Kommunen heute und künftig anbieten können, damit diese die vielfältigen Herausforderungen auch bewältigen können.

Doch nicht nur thematisch wachsen die Anwendungsgebiete von Geodaten. Auch technisch gilt es, sich „Fit für die Zukunft“ zu machen. Vernetzte Apps, mobile Anwendungen und neue Plattformstrategien sind daher weitere Themen des Kommunalen GIS-Forums. Die anstehende Koordinatentransformation in Bayern und Baden-Württemberg im Zuge europäischer Harmonisierungen der Datenbasis rundet den Themenmix ab.

Das 4. Kommunale GIS-Forum bringt GIS-Verantwortliche und Entscheidungsträger aus Gemeinden, Städten und Landkreisen mit GIS-Anbietern und GIS-Dienstleistern sowie Öffentlich bestellten Vermessungsingenieuren und Vermessungsbüros zusammen. Auch Vertreter der Kommunalen Spitzenverbände, von Staatlichen und Städtischen Vermessungsämtern sowie Verantwortliche der Geodateninfrastrukturen aus Bayern und Baden-Württemberg besuchen das Forum.

P.S.: Die Mitglieder des Runden Tisches GIS profitieren natürlich von einem vergünstigten Teilnehmerbeitrag. □

Komuna Kunden Forum 2016:

Moderne Leistungen für moderne Verwaltungen

Praxisgerechte eGovernment-Lösungen mit Zukunft und neue innovative Softwareprodukte prägten das umfangreiche Programm des diesjährigen Komuna Kunden Forums in Aldorf bei Landshut. Neben der Präsentation umfassender Serviceleistungen für den Bereich IT & Technik wurden die bewährten Software-Lösungen komuna.RSP, komuna.APP und komuna.RIS mit diversen Neuerungen vorgestellt. Für knapp 400 Gäste standen interessante Vorträge, aktuelle Informationen, individuelle Beratung und persönlicher Austausch im Vordergrund.

Steigender Kostendruck, die Auswirkungen des demografischen Wandels sowie die stetig wachsende Vielfalt an zu bewältigenden Aufgaben fordern von den Kommunen umfassende Veränderungen in nahezu allen Verwaltungsbereichen. Für die kommunalen Verwaltungen ist deshalb die Digitalisierung der Abläufe mit eGovernment-Service das Zukunftsthema.

Seit 2016 haben die Bürger durch das bayerische eGovernment-Gesetz einen rechtlichen Anspruch auf elektronische Kommunikation mit Landes- und Kommunalbehörden. Wie Carolin Stimmelmayer vom Bayerischen Staatsministerium der Finanzen erläuterte, informiert das BayernPortal zu Verwaltungsabläufen, orientiert an den Lebenssituationen der Bürger. Gleichzeitig bietet es die Links zu den am jeweiligen Wohnort zuständigen Behörden - mit Angaben zu Adressen und Ansprechpartnern, aber auch mit dem direkten Link auf mögliche Online-Behördengänge in der Kommune. So eröffnet es den Bürgern den schnellen Weg ins Rathaus. Dazu stellt das BayernPortal heute schon Funktionen bereit, die von allen Kommunen zum 1.1.2020 gefordert werden: ein sicheres, verschlüsseltes Mail-Postfach und die Nutzeridentifikation.

Bürger können sich auf Basis von Nutzernamen-Passwort ein Profil zulegen, das für Online-Vorgänge in allen bayerischen Behörden verfügbar ist. Besonders interessant dabei: die Nutzung der eID-Funktion im neuen Personalausweis. Damit kann der überwiegende Teil aller Verwaltungsvorgänge rechtssicher komplett online erledigt werden. Ohne zusätzliche Kosten für die Kommune.

Als perfekte Kombination für

praxisgerechtes eGovernment wurden beim Komuna Kunden Forum BayernPortal und komuna.RSP (Rathaus Service-Portal) präsentiert. Diese „Rund um die Uhr Serviceleistung“ offerieren bereits über 250 Komuna-Kunden in Bayern ihren Bürgern und sorgen somit für eine bürgerfreundliche Verwaltung. Die Basisdienste, die der Freistaat Bayern den Kommunen betriebskostenfrei zur Verfügung stellt, verleihen dem gesamten Thema noch mehr Rechtssicherheit. Mit komuna.APP ist all dies selbstverständlich auch als mobile Version verfügbar. Mit neuem Layout und Design und einer Vielzahl neuer Funktionen macht sich komuna.APP fit für die anstehende 100. Installation.

BayernPortal

Laut Finanzminister Dr. Markus Söder ist es das erklärte Ziel der eGovernment-Strategie Montgelas 3.0, die digitale Verwaltung in Bayern weiter auszubauen. Grundlage dafür ist das BayernPortal mit seinen eGovernment-Basisdiensten, die die Kommunen kostenfrei erhalten. Dies sei bundesweit bisher einmalig. Mit der Anbindung des Rathaus Service-Portals seien Online-Dienste erfreulicherweise von weiteren 700 Kommunen über die BayernID erreichbar, hob Söder in einer offiziellen Stellungnahme hervor.

Erstmals wurde CIP – KD 6.0, die Zukunft des Finanzwesens, vorgestellt. Die neue Lösung für das Finanzwesen wird mit modernsten Werkzeugen und neuesten Methoden entwickelt. Auf der Basis von HTML5 und Java kann CIP – KD 6.0 von den technologischen Fortschritten im Web di-

rekt profitieren und innovative Funktionen schnell zum Nutzen des Kunden übernehmen. Ein wichtiger Maßstab ist dabei aber nicht die Anzahl an Funktionen, sondern deren Qualität. Mutig wird Bewährtes hinterfragt und verbessert; zudem werden neue Maßstäbe in Design, Bedienbarkeit und Handhabung gesetzt. Das neue Finanzwesen ist intuitiv und funktional wie nie zuvor.

Neue Softwaregeneration

Thema Meldewesen: Ausführlich wurde im Rahmen des Kunden Forums die neue Softwaregeneration VOIS präsentiert. Das Neue und Innovative an VOIS ist seine Architektur, ein Baukastensystem, das sowohl eine softwareseitige als auch organisatorische Plattform zur Integration verschiedener Fachverfahren bereitstellt – vom Einwohnermelde-, über Ausländer- und Gewerbe-/Erlaubnis- bis hin zum Führerscheinwesen.

Mit einem einheitlichen Look-and-Feel, einer modernen Web-Oberfläche und einer über alle Anwendungen hinweg gleichen bzw. ähnlichen Programm- und Vorgangslogik wird VOIS so vor allem den fachübergreifenden Anforderungen von Bürgerämtern gerecht.

Seit Mitte 2015 ist VOIS MESO bei rund 400 hessischen Meldebehörden erfolgreich im Einsatz und seit Januar 2016 bei der Stadt Berlin. Ende 2016 wird komuna in Bayern die ersten MESO-Kunden auf das Fachverfahren umstellen. **DK**

Herrmann informiert sich über IT-Sicherheit „Made in Bayern“

Fujitsu betreibt nach eigenen Angaben in Augsburg Europas modernstes Produktionswerk für IT-Lösungen. Bayerns Innenminister Joachim Herrmann nutzte bei einem Besuch die Gelegenheit, sich dort über Sicherheitsstrategien aus Sicht der Unternehmen zu informieren und für die Angebote des Freistaats zu werben.

Erneut machte er deutlich, wie wichtig es für Unternehmen, Behörden und Bürger ist, sich umfassend vor Cyberangriffen zu schützen. Der Freistaat sorge dabei mit seiner Cyber-Sicherheitsstrategie für ein möglichst hohes Maß an Cybersicherheit.

Personelle Verstärkung

Das 2013 gegründete Cyber-Allianz-Zentrum Bayern beim Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz steht Unternehmen, Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Betreibern 'Kritischer Infrastrukturen' bei elektronischen Angriffen mit Spionage- und Sabotagehintergrund als kompetenter und vertraulicher Ansprechpartner zur Verfügung. Es wird aufgrund der großen Nachfrage nun nochmals personell verstärkt. „Beim Bayerischen Landeskriminalamt haben wir außerdem eine Zentrale Ansprechstelle Cybercrime eingerichtet“, so Herrmann.

Die Bayerische Polizei biete allen Unternehmen, Verbänden und Behörden und sonstigen Institutionen Ansprechpartner, falls sie Opfer von Internetkriminalität geworden sind. Zusätzliche Informatiker mit spezifischen Spezialwissen, sogenannte 'Internetpolizisten', ermitteln laut Herrmann bayernweit bei herausragenden Delikten im Bereich der Internetkriminalität. „Damit erhoffen wir uns weitere

Mehr als 650 Installationen in nur sieben Jahren – dieser Erfolg spricht für komuna.RIS – das Rathaus Informations-System. Die dort gebündelten Anwendungen CIP – Archiv, Dokumentenmanagement und Sitzungsdienst mit Ratsinformationssystem und Sitzungs-App sind schon jede für sich eine eigene Klasse. In Kombination sind sie nahezu unschlagbar: Alle im Rathaus vorhandenen Informationen vereinen sich bei komuna.RIS unter einer Oberfläche – egal ob allgemeiner Schriftverkehr, E-Mail-Verkehr, Beschlüsse aus der Gremienarbeit oder Dokumente aus Fachverfahren. Eine ungemeine Erleichterung für Sachbearbeiter und Entscheider. Die neue Oberfläche bietet individuelle Navigation und steigert die Effizienz.

Ein weiterer Bestandteil der umfangreichen komuna-Produktpalette ist komuna.SYS. Erfahrene Experten sorgen für IT-Dienstleistungen, die alle kommunalen Anforderungen beherrschen. Ob ganze Netzwerksysteme oder Beratung zu speziellen Fragen: Die komuna-Systemlösungen werden individuell konzipiert, schlüsselfertig installiert und eingerichtet. Aktuelle Topthemen beim Kunden Forum waren das komuna-Bundle für ein Informationssicherheits-Managementsystem (ISMS), die zertifizierte Langzeitarchivierung und die Auslagerung in einen Rechenzentrumsbetrieb.

Wie komuna-Geschäftsführer Christian Fuchs bilanzierend feststellte, „sind wir stolz darauf, dass wir nicht nur mit unseren neuen modernen Weblösungen im Bereich Finanz- und Meldewesen, sondern auch mit unseren bewährten Softwareprodukten nicht nur auf der Höhe der Zeit, sondern der Zeit wiederum etwas voraus sind“.

eGovernment MONITOR 2016:

Steigende Nutzung

Wie aus dem eGovernment MONITOR 2016, erstellt vom Institut für Public Information Management (IPIMA) sowie der Initiative D21, hervorgeht, haben im vergangenen Jahr in Deutschland wieder etwas mehr Menschen E-Government genutzt, der Langfristtrend bleibt über die Jahre gesehen jedoch konstant.

Zum ersten Mal steigt das Nutzungsniveau ausschließlich in Deutschland, in Österreich bleibt es nahezu gleich, in der Schweiz geht es etwas zurück.

Der E-Government MONITOR liefert seit 2011 jährlich ein umfassendes Bild über die aktuelle E-Government-Situation in Deutschland. Dazu gehören neben Nutzung, Zufriedenheit, Treibern und Barrieren auch die Evaluierung verschiedener E-Government Möglichkeiten sowie Einstellungen der Bürger. Im Jahr 2016 werden Österreich und die Schweiz als Vergleichsländer herangezogen.

Kommunale Aufgabe

Der Deutsche Landkreistag unterstützt das Projekt, ebenso wie das Projekt Modellkommune E-Government, bei dem insgesamt drei Landkreise mitwirken. Präsident Landrat Reinhard Sager dazu: „E-Government ist ganz klar eine an Bedeutung gewinnende Form der Aufgabenerfüllung der Kommunen. Das hat zuletzt auch die Bundeskanzlerin anlässlich unseres Verbandsjubiläums deutlich gemacht. Deutschland darf in Sachen Digitalisierung – ob im Bund, in den Ländern oder auf kommunaler Ebene – kein Entwicklungsland sein.“

Grundsätzliche Fragen

Sager zufolge stellen sich im Lichte der Digitalisierung des Lebens, aber auch und vor allem der Verwaltungsdienste und Daseinsvorsorgeangebote, ganz grundsätzliche Fragen: „Passen Digitalisierung und räumliche Begrenzung von Aufgaben überhaupt zusammen? Bei den vielen personenzentrierten Leistungen beispielsweise im sozialen Bereich wird auch künftig der persönliche Kontakt notwendig sein. Hier braucht der Bürger nach wie vor einen Ansprechpartner. Etwas anderes gilt etwa für Dienste wie die Zulassung eines Fahrzeuges, die Beantragung eines Personalausweises oder die Einreichung eines Bauantrages.“

Laut Studie waren zuletzt in Deutschland und Österreich mehr Bürgerinnen und Bürger mit E-Government-Angeboten

zufrieden als in den Jahren zuvor. Der Wert erreicht in beiden Ländern den Höchststand seit Erhebung der Studie. Die Schweiz verzeichnet noch immer die höchste Zufriedenheitsrate, wenngleich die Zufriedenheit im Vergleich zum Vorjahr gesunken ist.

Open-Government-Angebote

Im Jahresvergleich zeigt sich, dass immer mehr Bürgerinnen und Bürger Open-Government-Angebote kennen. Die größte Steigerung zeigt sich bei der Kenntnis von Online-Konsultationen zu Stadtentwicklungsfragen oder strittigen Infrastrukturvorhaben, sie steigt von 7 auf 16 Prozent.

Bedenken zu mangelnder Datensicherheit sowie Datenschutz stellen für die Befragten aller drei Länder eine weitaus geringere Barriere für eine intensivere E-Government-Nutzung dar als in den Vorjahren. 2016 werden in allen drei Ländern die niedrigsten Werte bei den Bedenken seit der Erfassung gemessen. Fragt man diejenigen mit entsprechenden Bedenken genauer, so zeigen sich „Angst vor Datendiebstahl“ und „mangelnde Informationen darüber, was mit den Daten passiert“ als größte Sorge.

Online-Ausweisfunktion und De-Mail bleiben unbeliebt

Wie die Untersuchung zudem zeigt, bleiben die Online-Ausweisfunktion des neuen Personalausweises sowie De-Mail in Deutschland unbeliebt. Immer weniger Bürger und Bürgerinnen entscheiden sich für eine Freischaltung, Grund ist der unzureichende Nutzen.

Behörden bieten bezüglich der Online-Ausweisfunktion nur wenig Unterstützung durch Information und Beratung, 16 Prozent der Befragten in Deutschland wurde gar von der Freischaltung durch Mitarbeitende der Behörden abgeraten.

Der Bildungsgrad entscheidet maßgeblich über die E-Government-Nutzung; Geschlecht und Alter zeigen keinen Einfluss. **DK**

Online suchen, stationär kaufen

Der stationäre Einzelhandel in Bayern muss online für Kunden besser sichtbar sein. Denn das Internet spielt bei der Kaufvorbereitung eine immer wichtigere Rolle.

Immer mehr Kunden informieren sich online über Produkte und Preise, kaufen aber dann doch im stationären Geschäft. Zu diesem Ergebnis kommt eine repräsentative Studie unter bayerischen Internetnutzern, die Yatego Local für den Handelsverband Bayern (HBE) erstellt hat. Danach nutzen 41 Prozent (Vorjahr: 35 Prozent) das Internet für die Kaufvorbereitung. HBE-Geschäftsführer Bernd Ohlmann: „Eine eigene Homepage ist ein absolutes Muss. Händler mit einer Online-Allergier werden sich nur schwer am Markt behaupten können.“

Zwar haben mittlerweile über 80 Prozent der bayerischen Einzelhändler eine eigene Homepage, doch viele Kunden finden im Netz nicht das, was sie suchen. Laut Studie werden bei der Online-Suche nur 52 Prozent fündig. Ben Rodrian, CEO von Yatego Local: „Leider schöpfen viele Händler nicht alle Möglichkeiten der zuneh-

menden Digitalisierung aus. Um Kunden an das eigene Geschäft zu binden, muss man alle Kanäle nutzen.“ So nutzen z.B. derzeit nur wenige Unternehmen die Möglichkeit eines gemeinsamen Auftritts im Internet über regionale Online-Plattformen oder Marktplätze.

Läden sollen geöffnet bleiben

Zwar ist die Kauflust im Netz ungebrochen und ein Ende des Online-Wachstums nicht in Sicht. Doch das Schließen von Geschäften und ein Veröden der Innenstädte wollen auch die Online-Käufer nicht: So finden es fast zwei Drittel der Befragten „sehr bedauerlich“, wenn es künftig immer weniger lokale Einzelhändler geben würde.

Die Studie „Lokale Einzelhändler im digitalen Zeitalter“ steht unter <https://www.hv-bayern.de/leistungen/studien-umfragen/zum-kostenlosen-download-bereit>. **DK**

Partner der Kommunalverwaltung

Innovative IT-Lösungen aus einer Hand



Weitere Informationen unter www.komuna.de oder per Telefon unter 08 71/973 85-0



Bayerischer Landkreistag:

Neuer Messenger für die sichere mobile Kommunikation

Von Klaus Geiger, Referent für Organisation, Verwaltungsmodernisierung und digitale Verwaltung beim Bayerischen Landkreistag

Die 71 bayerischen Landrätinnen und Landräte können künftig auch mobil sicher miteinander kommunizieren. Der Bayerische Landkreistag stellt hierzu in Zusammenarbeit mit der Deutschen Post eine eigens angepasste Version des sicheren Messengers SIMSme – ein sogenanntes White Label – zur Verfügung.

SIMSme zeichnet sich durch erhöhte Sicherheitsfeatures, wie etwa der Ende-zu-Ende-Verschlüsselung, aus. Diese Technologie stellt sicher, dass Nachrichten auf dem Übertragungsweg vom Smartphone des Senders bis zum Smartphone des Empfängers verschlüsselt transportiert werden. So können die Nachrichten auch nicht auf den Servern der Post entschlüsselt werden. Der Messenger SIMSme hat sich im öffentlichen Bereich bereits bewährt. Auch die Polizei Niedersachsen setzt die App erfolgreich zur mobilen internen Kommunikation ein.

Die App ist im August 2014 als reine Endkunden-Applikation gestartet. Seit Kurzem ist der Messenger nun auch als Lösung für die mobile Unternehmenskommunikation erhältlich: In der Standard-Version im Rahmen eines Lizenzmodells sowie als sog. White-Label-Version, wie sie etwa der Bayerische Landkreistag einsetzt. Hier wird die Anwendung hinsichtlich Design und Funktionalität auf die Bedürfnisse der einzelnen Organisation angepasst.

Bei der Entwicklung der App wurde besonderer Wert auf Datensicherheit und Daten-

schutz gelegt. Im Gegensatz zu manch anderen Messengern werden die Nutzerdaten bei der App des Bayerischen Landkreistags streng nach deutschem Datenschutzrecht erhoben und verarbeitet.

Datenschutz und Datensicherheit

Die Kommunikation zwischen Nutzern der App läuft ausschließlich über Server in Deutschland. Auch darf die App nur mit Zustimmung des Nutzers auf dessen Telefonbuch zugreifen, um andere App-Nutzer zu finden. Die Telefonnummern werden dabei nicht im Klartext abgeglichen, sondern nur anhand einer aus Zahlen und Buchstaben bestehenden Zeichenfolge, die keinen Rückschluss auf die eigentliche Telefonnummer zulässt (sog. Hashwert).

Zum Abgleich der Telefonnummern werden diese Hashwerte nur temporär auf den Servern gespeichert und anschließend wieder gelöscht. So bleibt die Hoheit über die Telefonbücher in den Händen der Nutzer. Darüber hinaus werden sämtliche Nachrichten automatisch Ende-zu-Ende-verschlüsselt.

Die Nutzer der App können daher darauf vertrauen, dass ihre Nachrichten nicht von Dritten unbefugt mitgelesen werden. Eine weitere Besonderheit ist, dass die App nicht auf dem üblichen Weg im App-Store verfügbar ist, sondern unmittelbar über den Bayerischen Landkreistag verteilt wird und nur von zuvor berechtigten Nutzern verwendet werden kann.

Funktionen des Messengers

Trotz der hohen Sicherheit unterscheidet sich der Funktionsumfang des Messengers nicht von anderen Kurznachrichtendiensten. Die wesentlichen Funktionen sind:

- Sichere mobile Kommunikation sowohl in Einzel- als auch in Gruppenchats
- Übermittlung von Fotos, Audio- und Videoaufnahmen, Ortsinformationen, Kontaktdaten und Office- oder anderen Dateien
- Automatische Ende-zu-Ende-Verschlüsselung sämtlicher Nachrichten
- Der Zugriff auf die App kann mit einem Passwort geschützt werden.
- Besonders vertrauliche Nachrichten können bei Bedarf mit einer „Selbsterstörungsfunktion“ versehen werden. Diese Nachrichten verschwinden automatisch zum gewünschten Zeitpunkt.

Mobile Kommunikation

Mit der zunehmenden Verbrei-

itung von Smartphones wird auch das Kommunikationsverhalten mobiler. Nach Angaben des Branchenverbandes Bitkom aus dem Jahr 2015 nutzten 6 von 10 Bundesbürgern ab 14 Jahren (63 Prozent) ein Smartphone, das sind 44 Millionen Menschen. 71 Prozent der Befragten gaben an, das Smartphone zum Versenden oder Empfangen von Kurznachrichten zu verwenden. Eine ähnliche Entwicklung zeichnet sich auch für die Kommunikation im öffentlichen Bereich bzw. in Unternehmen ab.

Mit der Bereitstellung des Messengers greift der Bayerische Landkreistag diesen Trend auf und trägt zugleich den gerade im öffentlichen Bereich hohen Anforderungen an Datensicherheit und Datenschutz Rechnung. Mit der Deutschen Post konnte ein verlässlicher und vertrauensvoller Partner für die Entwicklung der App gefunden werden.

Nutzung und Innovationspartnerschaft

Die App wird in einem ersten Schritt allen Landrätinnen und Landräten für die sichere mobile Kommunikation zur Verfügung gestellt. Zur Erprobung weiterer Einsatzmöglichkeiten wurde mit der Deutschen Post eine Innovationspartnerschaft vereinbart. Insbesondere soll der Einsatz der App für die interne Kommunikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Landratsämtern sowie für den Austausch zwischen einzelnen Landratsämtern pilotiert werden.

Perspektivisch soll auch die mobile Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern über SIMSme evaluiert werden. So wäre es beispielsweise möglich, Bürgern mobil und in Echtzeit über aktuelle Meldungen zu informieren oder die sichere mobile Kommunikation mit dem Landratsamt zu ermöglichen. □

Größtes Forschungszentrum für Cyber entsteht

Neubiberg. Im Rahmen einer Pressekonferenz gab die Präsidentin der Universität der Bundeswehr München Prof. Merith Niehuss den Aufbau des größten Forschungszentrums für den Cyber-Raum der Bundeswehr und des Bundes bekannt.

Auf dem Campus der Universität der Bundeswehr München wird in den nächsten Jahren ein neues bundesweit einzigartiges Cyber-Cluster entstehen sowie ein neuer internationaler Master-Studiengang „Cyber-Sicherheit“ etabliert. Mit diesen Schritten konzentriert die Universität in den nächsten Jahren Cyber-Kompetenzen in Forschung und Lehre, die bundesweit einmalig sind.

Da für das Forschungscluster und den neuen Studiengang neues Personal eingestellt wird, ist damit auch ein Wachstum der Universität verbunden. Bereits im Sommer 2016 werden elf neue W3-Professuren ausgeschrieben. Die neu eingestellten Professorinnen und Professoren sollen dann von 67 wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, Technikerinnen und Mitarbeitern, Technikerinnen und Mitarbeitern, Technikerinnen und Mitarbeitern unterstützt werden. Dazu kommen weitere rund 200 wissenschaftliche Drittmittel-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

„Um dem neuen Personal ein hochattraktives Forschungsumfeld zur Verfügung zu stellen, werden wir auf dem Campus einen Neubau errichten, der technisch und architektonisch den höchsten Anforderungen entspricht“, so der Dekan der Fakultät für Informatik Prof. Klaus Buchenrieder. Der Neubau wird weit über 7.000 qm groß sein und diverse Laboratorien für Cyber-Sicherheit beinhalten (u.a. für digitale Forensik, Malware-Analyse, Cyber-Lagebild). Starten soll der neue Master-Studiengang im Januar 2018 mit zunächst 70 Studierenden.

Das von der Universität der Bundeswehr München bereits eingerichtete Forschungszentrum CODE (Cyber Defence) stellt einen geeigneten Nukleus als Forschungsschwerpunkt für die Cyber-Verteidigung dar. Es bündelt die Innovationskompetenzen von Forschungsinstitutionen, Unternehmen und Providern sowie ziviler und militärischer Cyber-Sicherheit. „Unsere Ziele sind die Etablierung eines Leuchtturms exzellenter Forschung, der Schaffung von Innovationen, der Entwicklung von Demonstratoren, der Beratung und Qualitätssicherung, der Aus- und Weiterbildung sowie der Analyse und Evaluation von Sicherheitstechnologien und -produkten in High-Tech-Labors“, erklärt die Direktorin des Forschungszentrums CODE Prof. Gabi Dreö Rodosek.

Auch strategisch hat Prof. Dreö für das Cyber-Cluster konkrete Vorstellungen. Neben der Bündelung vorhandener Innovationskompetenzen soll sich das Cluster mit exzellenter Forschung profilieren. Dazu gehört neben dem neuen Personal auch die entsprechende Infrastruktur, die eine Grundlagen- und anwendungsorientierte Forschung auf hohem Niveau ermöglicht. Ferner die anwenderbezogene Entwicklung von Sicherheitstechnologien und Produkten, der Aufbau von Innovation Labs und die Förderung von Unternehmensgründungen. Die Forschung wird auf fünf Säulen stehen: Sie bestehen aus Cyber Defence, Smart Data, Mobile Security, e-Health sowie Schutz kritischer Infrastrukturen.

Der Bundestagsabgeordnete und Mitglied im Verteidigungsausschuss Florian Hahn betonte die Bedeutung der Universität der Bundeswehr München und des neuen Cyber-Zentrums: „Im Herzen Bayerns entsteht der Nucleus für Cyberabwehr. Die Cyberabwehr ist für die nationale Sicherheit von großer Bedeutung.“ □

vbw-Forderung:

100 Mbit/s für alle bis 2020 und ein besseres Mobilfunknetz

Leistungsfähige Kommunikationsnetze sind die Grundlage der Digitalisierung. Die vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. hat in einer Studie untersucht, welche konkreten Anforderungen die Unternehmen im Freistaat an die kabelgebundene und mobile Netzinfrastruktur haben. Die Studie wurde im Auftrag der vbw von der GMS Dr. Jung GmbH erstellt und im Rahmen eines vbw Kongresses vorgestellt.

„Bayern und seine Unternehmen haben beste Voraussetzungen, um Digitalisierungsgewinner zu werden. Eine hochleistungsfähige digitale Infrastruktur ist dafür die Basis. Beim Status quo sind Deutschland und Bayern im internationalen Vergleich zwar momentan noch Mittelmaß, aber bei der Ausbaudynamik ist der Freistaat ganz vorne dabei“, betont vbw Hauptgeschäftsführer Bertram Brossardt.

Der Studie zufolge ist für zwei Drittel der Unternehmen im Industrie-Dienstleistungs-Verbund ein schneller Breitbandinternetzugang für den Unternehmenserfolg entscheidend. Einen weiter steigenden Bandbreitenbedarf erwarten die Großunternehmen und zwei Drittel der mittelgroßen Unternehmen. „Auch bei kleineren Firmen gehen wir davon aus, dass der Bedarf steigen wird, sobald entsprechende digitale Anwendungen eingesetzt werden“, so Brossardt. „Wir fordern, dass bei leistungsgebundenen Netzen bis 2020 flächendeckend Geschwindigkeiten von 100 Megabit pro Sekunde oder mehr zur Verfügung stehen – das brauchen unsere Unternehmen, um international wettbewerbsfähig zu bleiben. Die Netzausbaupolitik muss noch

mehr auf die Umrüstung hin zum glasfaserbasierten Gigabitnetz ausgerichtet werden.“

Mobile Internetverbindungen setzen 90 Prozent der befragten Unternehmen ein. Die Hälfte ist mit den vorhandenen mobilen Datenverbindungen unzufrieden. Zwei Drittel der Unternehmen erwartet, im Jahr 2020 noch mehr als heute, auf die Verfügbarkeit schneller mobiler Datenverbindungen angewiesen zu sein.

„Sowohl bei Sprechverbindungen als auch bei schnellen mobilen Datenverbindungen gibt es noch zu viele Funklöcher oder zu geringe Übertragungsleistung. Mobile Netze müssen dort verfügbar sein, wo sich viele Menschen regelmäßig aufhalten, wo das Netz für wirtschaftliche Anwendungen genutzt wird, und auf allen unseren Verkehrswegen“, fordert Brossardt. Die vbw fordert einen weiteren Ausbau durch die Netzbetreiber und begrüßt die gemeinsame Initiative von Ilse Aigner und Markus Söder. „Speziell das darin vorgesehene Sofortprogramm zum Bau neuer oder zur Nachrüstung bestehender Mobilfunkmasten ist ein wichtiger erster Schritt. Ergänzend brauchen wir ein Mastenprogramm“, so Brossardt. □

Intergeo in Hamburg:

Schwerpunkt Smart City

Vom 11. bis 13. Oktober findet in Hamburg die Intergeo, die weltweit größte Veranstaltung und Kommunikationsplattform im Bereich Geodäsie, Geoinformation und Landmanagement, statt. Kongress und Leitmesse erfassen alle wichtigen Trends, die sich entlang der gesamten Wertschöpfungskette entwickeln: von der Erhebung geobasierter Daten über die Veredelung bis zur systemintegrierten Applikation.

Als einzige Veranstaltung deckt die Messe das gesamte Spektrum aktueller und zukunftsweisender Produkte, Technologien und Systemlösungen lückenlos in Breite und Tiefe ab. Damit ist sie der bedeutendste Treffpunkt der Branche.

Smart City ist das Schwerpunktthema der diesjährigen Intergeo. Geoinformationen seien der Schlüssel für die Digitalisierung von Prozessen und Abläufen, so Messe-Schirmherr Thomas de Maizière in einem vorab veröffentlichten Grußwort. Das gilt auch für öffentliche Verwaltungen – entsprechend umfangreich fällt das Angebot für sie aus.

Nigel Clifford, CEO des britischen Ordnance Survey, berichtet vom Weg der Vermessungsbehörde zum kundenorientierten Dienstleister. Der Technologieunternehmens-Chef Bryn Fosburgh referiert über technologische Must-Haves künftiger Smart Cities. Und Carsten Broda, Staatsrat für Kultur, Medien und Digitales und Sebastian Saxe, CIO der Hamburger Port Authority, berichten über die Digitalisierung in der Hansestadt.

Was macht die digitale Stadt zur Smart City? Fragt man Dr. Joachim Rix vom Fraunhofer-Institut für Graphische Datenverarbeitung, so stehen Transparenz und Teilhabe der Bürger an politischen Entscheidungs- und Planungsprozessen dabei weit oben. „Heute laufen Planungsprozesse linear ab: Verwaltungen planen, führen Diskussionen und entscheiden. Werden Bürger,

aber auch Politiker, früh mit den richtigen Mitteln ausgestattet, um Entscheidungen gemeinsam voranzubringen, gibt das eine ganz neue Basis für die Gestaltung, eine höhere Akzeptanz und schlussendlich eine fundiertere Grundlage, um sich in seiner Stadt wohlfühlen“, betont Rix. Das Fraunhofer leitet das von der Europäischen Kommission geförderte Beteiligungsprojekt „smarticipate“.

Die Beteiligungsplattform steht auf der Intergeo und im Intergeo Kongress in gleich drei Themenslots im Mittelpunkt der Präsentationen des Fraunhofer IGD. Ein Vortrag gilt einer Methodik für Beteiligungsverfahren auf Basis visualisierter Geoinformationen. Ein zweiter Slot informiert über die Plattform smarticipate als Grundbaustein der Smart City. Und ein dritter Vortrag berichtet darüber, wie Städte den neuen Ansatz zu mehr Transparenz und Beteiligung beurteilen.

„smarticipate“ ist ein Pilotprojekt in den Städten Hamburg, London und Rom, das zukünftig als Plattform zur Entscheidungsunterstützung europaweit zum Einsatz kommen soll. Grundlage der Entscheidungsprozesse sind die (auch geographischen) Datengrundlagen, die die Städte bereitstellen. Hamburg als deutschlandweiter Vorreiter in Sachen Smart City gibt seinen Bürgern mit der Plattform ein Tool an die Hand, um Standorte für neue Bäume im Stadtgebiet zu finden und gemeinsam Baumarten auszusuchen. **DK**

Innovationsstiftung Bayerische Kommune:

Informationssicherheitskonzept für bayerische Kommunen nach Art. 8 Abs. 1 S. 2 Bay EGovG

Die Bedeutung einer angemessenen IT-Sicherheit für Kommunen wird nicht zuletzt durch die in jüngster Zeit stark zugenommene Bedrohung von Kommunen – etwa durch Verschlüsselungstrojaner – deutlich. Mit Inkrafttreten des Gesetzes über die elektronische Verwaltung in Bayern (Bay-EGovG) vom 22. Dezember 2015 erhält das Thema Informationssicherheit für die Kommunen künftig auch formal einen noch höheren Stellenwert.

Art. 8 Abs. 1 S. 2 BayEGovG verpflichtet die Behörden, die Sicherheit ihrer informationstechnischen Systeme durch angemessene technisch-organisatorische Maßnahmen im Sinne von Art. 7 Abs. 2 BayDSG sicherzustellen sowie die hierzu erforderlichen Informationssicherheitskonzepte bis zum 1. Januar 2018 zu erstellen.

Im Rahmen eines Projektes der Innovationsstiftung Bayerische Kommune soll bayerischen Kommunen bei der Bewältigung künftiger Herausforderungen in der Informationssicherheit eine praxisnahe Hilfestellung angeboten werden. Da die Inhalte eines „Informationssicherheitskonzeptes“ im Bay-EGovG nicht näher definiert sind, soll zunächst näher beschrieben werden, welche Mindestanforderungen ein solches kommunales Informationssicherheitskonzept beinhaltet. Dabei muss die individuelle Situation und unterschiedliche Leistungsfähigkeit der einzelnen Kommunen berücksichtigt werden.

Im Rahmen des Projektes wird eine Mustervorlage erstellt, die vor allem kleineren und mittleren Kommunen helfen soll, ein Informationssicherheitskonzept auch tatsächlich in der Praxis umzusetzen. Hier sollen konkrete Maßnahmenempfehlungen z.B. zur Technik und Organisation sowie zu den notwendigen Prozessen gegeben werden, die mit möglichst geringem Anpassungsaufwand von den Kommunen umgesetzt werden können. In erster Linie richtet sich das Projekt an IT-Leiter und Geschäftsleitung, Datenschutz- und IT-Sicherheitsbeauftragte sowie im Rahmen eines Management-Summarys auch an den (Ober-)Bürgermeister bzw. Landrat.

Die Innovationsstiftung Bayerische Kommune setzt bei diesem Vorhaben erneut auf die Zusammenarbeit mit dem kommunalen Fragen erfahrenen IT-Sicherheitsberater, Herrn Sascha Kuhrau, der bereits den Quick-Check Datensicherheit und Datenschutz für Kommunen erstellt hat. Vorgesehen ist, das Stiftungsprojekt unter anderem auf dem AKDB Kommunalforum vorzustellen, welches am 18.10.2016 in der BMW Welt München stattfindet. □

Landratsamt Starnberg:**Software-as-a-Service-Lösungen aus dem AKDB-Rechenzentrum**

Das Landratsamt Starnberg reagiert auf wachsende Anforderungen an einen sicheren IT-Betrieb sowie auf den steigenden Bedarf an attraktiven Bürgerservices und baut die etablierte IT-Strategie der gezielten Rechenzentrumsnutzung weiter aus. Die Starnberger Landkreisverwaltung hat sich dafür entschieden, perspektivisch alle wichtigen AKDB-Kernverfahren und Prozesse aus dem BSI-zertifizierten Rechenzentrum der AKDB zu beziehen.

Das Landratsamt Starnberg und die AKDB haben eine strategische IT-Partnerschaft vereinbart. Vor kurzem unterzeichneten Landrat Karl Roth und der Vorstandsvorsitzende der AKDB, Alexander Schroth, einen entsprechenden Rahmenvertrag über den strategischen Betriebsmodellwechsel bei den eingesetzten AKDB-Kernverfahren im Personal-, Verkehrs-, Sozial-, Einwohnermelde- und Bauwesen.

Dabei geht es darum, den bisherigen autonomen Betrieb im landkreiseigenen Rechenzentrum dort, wo aus wirtschaftlichen und anderen Gründen als sinnvoll erkannt, in das durch das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) zertifizierte Rechenzentrum der AKDB zu verlagern. Die Daten des Landratsamts Starnberg verbleiben bei der Nutzung der AKDB-Infrastruktur weiterhin im hoheitlichen, öffentlich-rechtlichen Raum.

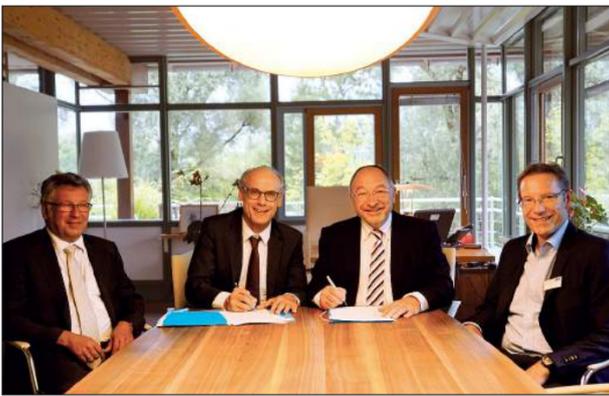
Durch die Strategie, den Betrieb von Verfahren vor Ort wirtschaftlich sinnvoll durch Rechenzentrumsleistungen der AKDB zu erweitern, erhält der Landkreis Starnberg langfristige Planungs- und Investitionssi-

cherheit. Landrat Karl Roth zeigte sich bei der Unterzeichnung des Rahmenvertrags mit der AKDB zufrieden: „Durch die Rechenzentrums- und Servicekooperation mit der AKDB können wir noch wirtschaftlicher arbeiten und gewinnen ein Plus an IT-Sicherheit und Datenschutz.“

Auch der Landkreis lässt aktuell seine eigene IT-Infrastruktur vor Ort nach ISO 27001-Zertifikat auf Basis IT-Grundschutz zertifizieren. Die gemeinsame Nutzung interner und - wo sinnvoll - externer Rechenzentrumsleistungen ist dabei kein Widerspruch, sondern ermöglicht ein Höchstmaß an Sicherheit.

Sinnvolle Kooperation

Als langjähriger Rechenzentrumsleiter ist Thomas Eberhard, IT-Leiter des Landratsamts Starnberg davon überzeugt, dass eine Kooperation sinnvoll ist, da künftig gezielter und flexibler reagiert werden kann. Insbesondere die Aspekte Informationssicherheit, Verfügbarkeit, Datenaufbewahrung und Datenschutz können dadurch bestmöglich und langfristig umgesetzt werden. Die Lei-



Das Landratsamt Starnberg nutzt das AKDB-Rechenzentrum. Bei der Vertragsunterzeichnung (von links): Georg Göbl, AKDB-Geschäftsstellenleiter Oberbayern, Alexander Schroth, AKDB-Vorstandsvorsitzender, Landrat Karl Roth sowie Fachbereichsleiter Haupt- und Personalverwaltung Norbert Sontheim, Landratsamt Starnberg. Bild: AKDB

stungen aus dem Rechenzentrum der AKDB sind nicht nur äußerst sicher, sondern für die IT-Betreuung mittelfristig auch zeitsparend: Um eine Reihe technologischer Fragestellungen muss sich die IT vor Ort nicht mehr ausschließlich selbst kümmern, da diese an zentraler Stelle gemanagt werden - angesichts der aktuellen Personalsituation eine wertvolle Erleichterung.

Für die Zukunft bestens gerüstet

Auch der Vorstandsvorsitzende der AKDB, Alexander Schroth, freut sich auf die Fortsetzung der langjährigen Zusammenarbeit: „Mit dem Bezug der AKDB-Verfahren aus unserem Rechenzentrum ist die Verwaltung des Landratsamts Starnberg für aktuelle und künftige anstehende Herausforderungen in einem dynamischen IT-

Umfeld weiterhin bestens gerüstet.“ Neben steigenden Anforderungen an Verfügbarkeit und Aktualität ist dieser Aspekt auch deshalb wichtig, weil der Gesetzgeber bei den Themen Datenschutz und Informationssicherheit immer höhere Anforderungen an die Kommunen stellt. Abgerundet wurde der Termin mit der Vereinbarung über die amtliche Schulverwaltungssoftware ASV.

Angesichts sensibler personenbezogener Lehrer-, Schüler- und Leistungsdaten soll die für alle Schularten bayernweit verpflichtend eingeführte Software ebenfalls im sicheren AKDB-Rechenzentrum betrieben werden, das sich hier ebenso um den Betrieb und das Einspielen von Updates kümmert. Der Landkreis Starnberg nimmt hierbei eine Vorreiterrolle ein, indem er die Schulsoftware ASV sämtlichen Schulen im Landkreis zur Verfügung stellt. □

Bürgerterminals:**Online-Verwaltungsdienste jetzt auch in bayerischen Sparkassen**

Nach der Bargeldabhebung den Umzug melden, Briefwahlunterlagen beantragen oder ein Wunschkennzeichen reservieren - und das ohne technische Zugangshürden? Das klingt nach modernem eGovernment und genau das ist ab jetzt auch in bayerischen Sparkassen möglich. Den Anfang macht seit Anfang August das sogenannte Bürgerterminal in der Hauptstelle der Sparkasse Ingolstadt, für weitere bayerische Städte laufen die Vorbereitungen.

Über die Bürgerterminal-Lösungen der AKDB können Bürger in den SB-Bereichen der bayerischen Sparkassen künftig einfach und bequem auf ein umfassendes kommunales Online-Dienstangebot zugreifen. So lassen sich viele Behördengänge ins Rathaus oder Bürgerbüro sparen. Abgesehen von der freigeschalteten eID-Funktion des neuen Personalausweises gibt es keine weiteren Zugangsvoraussetzungen, da das Terminal die erforderliche Technik bereits integriert hat und den Benutzer durch die einzelnen Bedienschritte führt. Für viele Online-Dienste ist übrigens nicht einmal die eID-Funktion nötig.

„Ingolstadt ist Pilotstadt für diesen Service, denn das erste Terminal wurde hier aufgestellt“, freute sich Oberbürgermeister Christian Lösel bei der Inbetriebnahme. „Das Terminal ist nicht nur ein Service für die Bürgerinnen und Bürger, sondern entlastet auch die städtischen Mitarbeiter. Außerdem wird damit das Dienstleistungsangebot der Sparkasse breiter.“

Dahinter steht die Technologie des AKDB-Bürgerservice-Portals, der zentralen Plattformlösung für erfolgreiches eGovernment. Sie erlaubt die Nutzung von Verwaltungsdienstleistungen auch außerhalb der Öffnungszeiten von Ämtern und Behörden. Das Bür-

gerservice-Portal umfasst über 70 Online-Dienste und wird bundesweit von inzwischen mehr als 850 Kommunen eingesetzt. Darunter befinden sich fast alle bayerischen Landkreise. Im Rahmen des Projekts i-Kfz ermöglichen sie die Abmeldung von Fahrzeugen ohne Medienbruch. Die Sparkasse Ingolstadt stellt für das Bürgerterminal Fläche, Stromversorgung und DSL-Zugang zur Verfügung, betrieben wird es von der Stadt Ingolstadt.

„Gerade in Spitzenzeiten sollte sich der Einsatz der Onlinedienste in den Sparkassen positiv auswirken und unsere Mitarbeiter spürbar unterstützen“, betonte Ingolstadts Rechtsreferent Helmut Chose. Für den Bürger bedeute dies einen einfachen Ablauf und eine permanente Verfügbarkeit der Verwaltungsdienstleistung, unabhängig von den Öffnungszeiten der Rathäuser, so Chose.

Von einem wichtigen Schritt in die richtige Richtung sprach Michael Diepold, Leiter des Geschäftsfelds eGovernment bei der AKDB: „AKDB, Sparkassenverband Bayern, Stadt und Sparkasse Ingolstadt sowie der Terminal-Hersteller eKiosk haben dieses Pilotprojekt gemeinsam koordiniert. Es ist ein weiterer, bürgerfreundlicher Ausbau des kommunalen eGovernment-Angebots.“ □

Platin für AKDB bei den eGovernment Awards 2016

Toller Erfolg für die innovativen eGovernment-Lösungen der AKDB: Bei den eGovernment-Awards 2016, einer Leserbefragung der Fachzeitschrift eGovernment Computing, ist die AKDB in der Kategorie „Beste kommunale Lösungen“ zum Sieger gekürt worden.

Im Vorfeld der Preisverleihung waren die Leser der eGovernment Computing unter anderem dazu aufgerufen, darüber abzustimmen, welchen Hersteller sie in der Kategorie Kommunale Lösungen bevorzugen. Bei seiner Laudatio im Hotel Adlon in Berlin freute sich Manfred Klein, Chefredakteur der eGovernment Computing, über die große Beteiligung der Leser-

eGovernment Computing für die besondere Wertschätzung durch die Erstplatzierung: „Wir sehen den eGovernment-Award nicht nur als Bestätigung für unsere Anstrengungen für mehr Bürgerservice, sondern auch als Ansporn, bei allen IT-Belangen der Verwaltungen stets nach der besten Lösung zu streben.“

Als IT-Komplettanbieter für den Public Sector bietet die AKDB ein breites Lösungsportfolio speziell für Kommunen und das kommunale Umfeld in Bayern und darüber hinaus. Die Angebotspalette reicht von im BSI-zertifizierten Rechenzentrum gehosteten Fachverfahren für das Finanz-, Personal-, Verkehrs-, Sozial- und Grundstückswesen über hoheitliche Aufgaben bei den Melde- und Personenstandsregistern bis hin zum Bürgerservice-Portal, der bundesweit modernsten und reichweitenstärksten

eGovernment-Plattform für zeit- und ortsunabhängige Online-Verwaltungsdienste. Über 4.500 zufriedene Kunden vertrauen seit Jahrzehnten auf die Leistungen der AKDB.

Die Verleihung der eGov Awards 2016 durch die VogelIT Medien GmbH, Herausgeber der eGovernment Computing, steht unter der Schirmherrschaft des Bundesministeriums des Innern. □



Wolfram Weisse, Leiter Vertriebsmarketing und Unternehmenskommunikation, freut sich über den 1. Platz der AKDB bei den eGovernment Awards 2016 in Berlin. Bild: AKDB

schaft an der Umfrage und damit über die Aussagekraft der Awards: „Die Preisträger können wirklich stolz auf diese Auszeichnung sein, ist sie doch ein Spiegel dafür, wie sie bei ihren Kunden gesehen werden.“

Wolfram Weisse, Leiter Vertriebsmarketing und Unternehmenskommunikation bei der AKDB, nahm den Preis bei der großen Gala entgegen und dankte AKDB-Kunden und Lesern der

Verwaltungsliebling.

Kommunalsoftware powered by SYNERGO®

**Verwaltungssoftware muss einfach sein.**

Software soll Menschen entlasten. Genau das machen unsere neuen Fachverfahren der Generation SYNERGO®. Übersichtliche Masken und einheitliche Bedienkonzepte führen sicher, selbsterklärend und spielend einfach durch die einzelnen Bearbeitungsschritte. Mit SYNERGO® lässt die AKDB den Verwaltungsarbeitsplatz der Zukunft heute schon Wirklichkeit werden. Software, die sich einfach bedienen und administrieren lässt, ist Software, die dem Menschen dient.

Früh übt sich, wer Programmierer werden will

Die Parlamentarische Staatssekretärin Dorothee Bär (CSU) ist „Life-Botschafterin“ der Bildungsinitiative „Code your life“. In Ihrem Heimatlandkreis Haßberge besuchte sie Grundschüler während eines Workshops, der Kinder an das Programmieren herangeführt.

„Zwei Schritte vorwärts, einen zurück, dreh dich um 90 Grad...“, derartige Befehle gaben die Kinder der Klasse 4 als Dorothee Bär zu ihnen in den Klassenraum trat. In englischer Sprache, nicht gerufen sondern per Tastendruck am Laptop ausgelöst, wiesen sie einen kleinen, per drahtloser Verbindung gesteuerten Roboter an. Der hatte die Aufgabe, das Rathaus von Haßfurt zu zeichnen. Und wie sich die 20 Kinder am Ende des Workshops überzeugen konnten, war ihnen das gelungen.

Die Bildungsinitiative „Code your life“, eine gemeinsame Aktivität von Microsoft und Schulen, hatte es möglich gemacht. Auf der Tour durch Deutschland war die Haßfurter Grundschule die vorerst letzte Station. Dort waren Kinder und Lehrer gut vorbereitet und hatten Spaß daran, mit „Turtle-Grafiken“ zu programmieren.

Direktes Feedback

Die Befehle, die ihnen zuvor Lehrerin Anette Mahr gemeinsam mit den Begleitern der Bildungsinitiative erklärt hatte, gaben die Viertklässler in die extra dafür präparierten Laptops ein und konnten sofort am Bildschirm verfolgen, wie die symbolisierte Schildkröte sich bewegte. Sie hinterließ dabei Linien, die am Ende das gewünschte Ergebnis darstellten – oder auch nicht, denn die Mädchen und Jungen lernten gleichzeitig, dass jeder Befehl zuvor durchdacht sein musste. Bewegte sich „Turtle“ in die falsche Richtung, konnten sie es korrigieren, wieder mit ent-

sprechenden Befehlen, bis das geometrische Gebilde dem entsprach, was vorgegeben war.

Der Workshop war mehr als nur eine spaßige Übung in der ersten Woche nach den Schulferien. Die Kinder bekamen eine Ahnung davon, wie Erwachsene programmieren und wie Programmiersprachen es möglich machen, dass Roboter die Tätigkeit von Menschen übernehmen. Ob man die Schildkröte auch so programmieren könne, dass sie Deutsch versteht, wollte ein Schüler wissen und erhielt die Antwort von Dorothee Bär, die als eine von vielen „Life-Botschaftern“ in Haßfurt dabei war.

Leuchtenberg, Pfreimd und Grünsfeld:

Startschuss für eine lebendige Städte-Partnerschaft

Ein Dreier-Bündnis schlossen die Marktgemeinde Leuchtenberg sowie die Städte Grünsfeld und Pfreimd. Während eines Festaktes unterschrieben und siegelten deren Bürgermeister Urkunden, tauschten Markt- und Stadtfahnen sowie Hinweisschilder.

In der Burgkapelle der größten Burganlage der Oberpfalz ging Herrmann Gebhard, der Vertreter des Stadtturmes Pfreimd, auf die Geschichte, die Landgrafen von Leuchtenberg und deren Verbindung zu den Partnerstädten ein. Der Männergesangsverein „Liederkrantz“ Leuchtenberg und die „Liedertafel“ Grünsfeld umrahmten den Festakt. Schließlich waren die Sänger mit ihrem heutigen Ehrenvorsitzenden Josef Winter,

Sie verneinte die Frage und erklärte: „Durch die englischen Befehle könnt Ihr gleich die ersten Schlagworte in der Fremdsprache lernen, das ist wichtig für Euer späteres Leben“.

Code your Life-Tour

Sie fragte die Kinder nach deren Freizeitgestaltung und nahm erfreut zur Kenntnis, dass alle entweder Sport im Verein treiben, Musik machen oder sonst irgendwie aktiv sind. „Das ist gut“, sagte Bär zu den Viertklässlern. Die Beschäftigung mit den modernen Medien dürfe Kinder nicht von aktiver Bewegung abhalten. Ebenso wichtig sei, dass Mädchen ebenso wie Jungen spielerisch lernen, einen PC sinnvoll zu handhaben.

Jutta Schneider von „Mellinwood media & education“ leitete

die „Code your Life-Tour“ und informierte darüber, dass neben den Grundkompetenzen Lesen, Rechnen und Schreiben auch das Programmieren in vielen Ländern bereits für Grundschulkindern als Pflichtfach auf dem Plan stehe. „Auch Deutschland braucht gute Programmierer“, sagte sie, „deswegen ist es wichtig für die Zukunft, dass Mädchen und Jungen wie Ihr keine Angst vor dem Computer haben.“ Programmierkenntnisse und das Wissen um die Logik von Algorithmen seien bereits heute von zentraler Bedeutung, unerlässlich für die Zukunft junger Menschen und den Industriestandort Deutschland.

„Code your Life“ ist eine gemeinsame Initiative von Microsoft und Schulen. Es geht darum, Programmieren und Informatik für Jungen und Mädchen im Alter von 10-14 Jahren spannend und aufregend aufzubereiten. Prominente Vertreter aus Politik und Gesellschaft, wie MdB Dorothee Bär, engagieren sich als Paten der Bildungsinitiative, um jungen Menschen den Zugang zur Welt der IT zu erleichtern. □



MdB Dorothee Bär (stehend, links) engagiert sich als Patin der Bildungsinitiative und besucht die Kinder der vierten Klasse in Haßfurt während ihres Workshops. Schulleiterin Gisela Schott (stehend, rechts) stellte erfreut fest, dass die Viertklässler nun „infiiziert“ sind und sicher auch weiterhin mit Freude dabei sein werden. Text und Foto: Sabine Meißner

Unterfränkische Frauen in der Kommunalpolitik

Die unterfränkischen Gleichstellungsbeauftragten laden Kommunalpolitikerinnen und politisch interessierte Frauen zu einem Aktionstag am 12. November in die Festung Marienberg Würzburg ein.

Im Vordergrund stehen Vernetzung und gegenseitige Unterstützung. Neben Statements von Hildegund Rüger, Präsidentin des Bayerischen Landesfrauenrates und Manuela Möller (Europäische Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft Berlin) stehen Tischgespräche zu Themen wie „Mit Mentoring in die Politik“ und „Erfolge in der kommunalpolitischen Arbeit“ auf der Agenda.

Weitere Informationen unter: www.gleichstellungsstelle-ab.de □

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößle

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Jakob Döring

Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Jörg Kunstmann (KPV)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertrieb:

Constanze von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 50 vom 01.01.2016

Anzeigenschlusstermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:

Theresa von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Kreis- und Stadtpostkasse Dillingen

IBAN: DE38 7225 1520 0010 0215 66

BIC: BYLADEM1DLG

VR Bank Kaufbeuren-Ostallgäu eG

IBAN: DE96 7346 0046 0000 1443 20

BIC: GENODEF1KFB

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer, Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerinnen:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Theresa von Hassel

Druck und Auslieferung:

DZO Druckzentrum Oberfranken

GmbH & Co. KG

Gutenbergsstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Wahlergebnisse aus Bayerns Kommunen

Martin Neumeyer, Integrationsbeauftragter der Bayerischen Staatsregierung, hat die Landratswahl in Kelheim gewonnen. Der 61-jährige CSU-Kandidat schaffte mit 51,3 Prozent der Stimmen gleich im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit. Dabei hatten sich sieben Kandidaten um die Nachfolge von Hubert Faltermeier (Freie Wähler) beworben, der 24 Jahre lang das Landratsamt geleitet hatte und aus Altersgründen nicht mehr antreten durfte. Bereits zum dritten Mal war Martin Neumeyer in das Rennen um den Landratsposten gegangen. Zweimal scheiterte er im ersten Wahlgang an seinem Vorgänger Hubert Faltermeier.

Neumeyer hat sich zum Ziel gesetzt, die beiden Krankenhäuser im Landkreis zu erhalten und zukunftsorientiert aufzustellen. Außerdem möchte er den Öffentlichen Personennahverkehr ausbauen. Neben Bussen sollen vermehrt Sammeltaxis angeboten werden. Auch der barrierefreie Ausbau im Fremdenverkehr liegt ihm am Herzen.

Geschlagen geben musste sich bei der Landratswahl der neue Kandidat der Freien Wähler, Fritz Mathes. Der ehemalige Bürgermeister von Kelheim konnte lediglich 16,2 Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinen. SPD-Bewerber Stephan Schweiger erreichte 10,1 Prozent, Birgit Wack (ÖDP) 7,4 Prozent, Alois Schweiger (Stadt-Land-Union) 5,7 Prozent, Fritz Zirngibl (Bayernpartei) 4,9 Prozent und Dr. Heinz Kroiss (FDP) 4,4 Prozent. Die Wahlbeteiligung lag bei 42,4 Prozent.

Auch im schwäbischen Gessertshausen (Landkreis Augsburg) stellt die CSU mit Jürgen Mögele nunmehr den neuen Bürgermeister. Mögele, der erst seit zwei Jahren Mitglied des Gemeinderats ist, setzte sich mit 50,8 Prozent gegen die amtierende Rathauschefin Claudia Schuster (FW) durch. Die Wahlbeteiligung lag bei 66,5 Prozent.

Dagegen wurde im mittelfränkischen Uehlfeld Werner Stöcker, der für ein Bündnis aus CSU und Unabhängiger Wählergemeinschaft antrat, im Amt bestätigt. 53,5 Prozent der Wähler entschieden sich für ihn. Die Wahlbeteiligung betrug 65 Prozent.

In Kreuth wurde der bisherige Bürgermeister der Gemeinde im Landkreis Miesbach, Josef Bierschneider, in seinem Amt bestätigt. Der 44-jährige CSU-Politiker vereinte fast 92 Prozent der Stimmen auf sich. Er war der einzige Kandidat und ist seit 1998 Rathauschef.

Im oberfränkischen Landkreis Kronach schließlich waren 57.500 Bürger dazu aufgerufen, einen neuen Landrat zu wählen. Zum Nachfolger des aus Altersgründen nicht mehr zur Wahl stehenden Landkreischefs Oswald Marr (SPD), dessen Amtszeit im Dezember endet, wurde der Bürgermeister von Steinbach am Wald, Klaus Löffler (CSU) bestimmt. Er kam auf 62 Prozent der Stimmen. SPD-Kandidat Norbert Gräbner, Bürgermeister von Marktrodach, erzielte 38 Prozent. Die Wahlbeteiligung lag bei 52,9 Prozent. **DK**

Pakt für die Zukunft

„Die Verbrüderung der drei Gemeinden soll eindeutig in die Zukunft gerichtet sein, so der Pfreimder Bürgermeister Richard Tischler. Für Freundschaft und Zusammenhalt wollen wir in unserem Land dazu beitragen und dies von kleinster Ebene aus. Als drei reiche Kommunen, nicht fi-

Oberpfalz und Region Pilsen:

Startschuss für Partnerforum

Rund 160 Teilnehmer aus der benachbarten Region Pilsen und der gesamten Oberpfalz trafen sich in der Regierung der Oberpfalz in Regensburg zum ersten Partnerforum der aktuellen Kooperationsperiode 2016–2019. Diese steht unter dem Titel „Oberpfalz und Region Pilsen - Gemeinsam in der Mitte Europas“ und wird von der EU im Rahmen der Europäischen Territorialen Zusammenarbeit (ETZ) mit einem Finanzvolumen von ca. 270.000 Euro gefördert.

Arbeitsministerin Emilia Müller lobte die Regionalkooperation, die bereits seit 15 Jahren zwischen der Oberpfalz und der Region Pilsen besteht, als beispiellose europäische Erfolgsgeschichte: „Die Region Pilsen und die Oberpfalz sind in den vergangenen Jahren in vielen Bereichen eng und freundschaftlich zusammen gewachsen. Viele Netzwerke und Kooperationen auf politischer, wirtschaftlicher, kultureller und vor allem auch auf menschlicher Ebene sind entstanden. Das hat unsere Regionen stark und zu Aufsteigerregionen in der Mitte Europas gemacht! Ich freue mich, dass wir diese erfolgreiche Kooperation weiter fortführen werden.“

Laut Regierungspräsident Axel Bartelt haben sich die Oberpfalz und die Region Pilsen vom Grenzraum am Rande zweier politischer Systeme zu gemeinsamen Wirtschaftsmotoren für Bayern und Tschechien entwickelt. Mit dem Auto sei man dank ausgebauter Straßen mittlerweile in

nanzial, sondern mit den Menschen, die hier und heute im 21. Jahrhundert auf einander zugehen und reden“, so der Vizelandrat des Landkreises Neustadt/WN Albert Nickl zum Dreierbündnis.

Der Vizelandrat des Landkreises Schwandorf Joachim Harnisch, MdL, gratulierte und lobte, dass Gemeinsamkeiten gefunden wurden. □



Voller Stolz zeigen Bürgermeister Joachim Markert, Anton Kappel und Richard Tischler (v. l.) die unterzeichneten und besiegelten Partnerschaftsurkunden. Bild: SL

einer Stunde und 45 Minuten in Pilsen. Mit der Bahn dauere die Reise allerdings noch zweieinhalb Stunden - die Zugfahrt von München nach Prag sogar über sechs Stunden. Dies sei ein unhaltbarer Zustand, bekräftigte Bartelt.

Gemeinsame Vorhaben

Heinrich May, Koordinator der Regionalkooperation Oberpfalz – Region Pilsen bei der Regierung der Oberpfalz, stellte die Eckdaten zum neuen Projekt „Oberpfalz und Region Pilsen - Gemeinsam in der Mitte Europas“ vor. In dessen Rahmen sollen in den nächsten drei Jahren in beiden Regionen zahlreiche gemeinsame Vorhaben realisiert werden. So ist beispielsweise die Unterstützung von Sprachanimatorinnen und Kurse für die Deutsche und Tschechische Sprache an Kindergärten und Schulen geplant. Auch soll es für die Bewohner der Oberpfalz und der Region Pilsen einfacher werden, Informationen von Behörden

und öffentlichen Institutionen des Nachbarlandes in deutscher und tschechischer Sprache zu erhalten.

Ferner ist geplant, das Informations- und Hilfsangebot auf beiden Seiten auf Homepages, Formularen etc. in der jeweils anderen Sprache auszubauen. Eine weitere Neuerung im Projekt ist der Austausch von Mitarbeitern der Regierung der Oberpfalz und des Bezirksamts Pilsen. Im Rahmen von Praktika sollen bis zu 24 Mitarbeiter der beiden Behörden die Arbeit der jeweiligen Nachbarbehörde kennenlernen.

Präsentiert wurden beim Partnerforum darüber hinaus die Projekte „Grenzüberschreitender Rettungsdienst“ des Bayerischen Roten Kreuzes in Cham, „Thermoplastic Composite Structures“ der Ostbayerischen Technischen Hochschule Regensburg und „Der Goldsteig, das Wanderwegenetz am Grünen Dach Europas“ durch den Tourismusverband Ostbayern. Außerdem diskutierten die Teilnehmer in den sieben Arbeitsgruppen „Gesundheitswesen und Sozialdienstleistungen“, „Kultur und Tourismus“, „Umweltschutz“, „Regionalentwicklung“, „Schulen, Bildung und Qualifikation“, „Verkehr“ und „Wirtschaft“ über weitere mögliche gemeinsame Projekte. **DK**

900 Jahre Feldafing

Feldafing, die „Perle am See“ – wie der Ort am Westufer des Starnberger Sees vielfach genannt wird – blickt heuer auf eine 900-jährige Geschichte zurück. Erstmals 1116 urkundlich erwähnt, wartete die ehemalige Pfahlbausiedlung mit einem vielseitigen Festprogramm auf. Dazu zählten ein Historischer Markt, ein vielseitiges Rahmen- und Kinderprogramm sowie ein kostenloses „Klassik & Big Band“ Open Air Konzert mit 100 Musikern.

Ein Höhepunkt war die Eröffnung der Fotoausstellung „Alte und Neue Architektur in Feldafing“ im Juni. Mitte Juli fand das große Festwochenende mit einem Jazz-Konzert und einem historischen Markt mit Handwerkern, wie zum Beispiel einem Perlmuschleifer oder einer Fassmalerin, statt. Auf dem Markt traten eine historische Tanzgruppe, eine Märchenerzählerin und ein Falkner auf. Zudem wurde Interessierten 6.000 Jahre Besiedlungsgeschichte vermittelt und ein Festzug mit Blasmusik und Ehrengästen zog in Pferdekutschen zum Rathaus und Amtsinhaber Bernhard Sontheim.

Kleinod Roseninsel

Anlässlich der Veranstaltung des Forums Feldafing e. V. „Bayern – Heimat zwischen Tradition und Migration – 900 Jahre

Landshuter Kunstnacht:

Experiment mit erfreulichem Verlauf

Galerien, Kunstvereine sowie private, städtische und staatliche Museen und Institutionen öffneten im Rahmen der 12. Landshuter Kunstnacht ihre Türen. Tausende von Besuchern nahmen die zahlreichen Angebote gerne wahr.

Als die Landshuter Kunstnacht vor elf Jahren startete, war sie ein Experiment mit ungewissem Ausgang: Würde es für ein damals doch überschaubares kunstinteressiertes Publikum attraktiv sein, sich an einem Abend aufzumachen, das breit gefächerte und über die Innenstadt verteilte Angebot an Galerien, Kunstvereinen und Museen zu erkunden? Würde es sogar gelingen, einen größeren Kreis an Besuchern anzuziehen und auch über diesen Abend hinaus für die zeitgenössische Kunst zu gewinnen?

Steigende Besucherzahlen

Der Erfolg ist unübersehbar: Seit elf Jahren steigen die Besucherzahlen der Kunstnacht von Mal zu Mal, das Angebot ist so groß wie nie zuvor, und die „Kunstszene“ in Landshut ist entsprechend mitgewachsen. Auch weiterhin gilt dabei der Grundsatz: Nicht die sonst üblichen Zusatz-Events stehen im Mittelpunkt, sondern einzig und allein das visuelle Angebot der Kunsträume.

Die Galerie Rose beispielsweise zeigte eine Auswahl von Modellen Karl Reidels, die aus

Feldafing“ gratulierte Kommunalminister Joachim Herrmann den Bürgerinnen und Bürgern des Ortes aufs Allerherzlichste. Mit der Anlage der Roseninsel habe König Maximilian II. von Bayern ein bezauberndes Werk der Gartenkunst erschaffen lassen. Nach den Plänen von Peter Joseph Lenné sei auf der ehemaligen Fischerinsel Wörth ein Rosenparadies entstanden, an dem später auch König Ludwig II. und Kaiserin Elisabeth von Österreich Gefallen fanden. Die Überreste prähistorischer Pfahlbauten auf dem Grund des Starnberger Sees an der Roseninsel gehörten zum Weltkulturerbe der UNESCO.

Feldafing – einst Fischer- und Bauerndorf – sei heute seinen Bürgerinnen und Bürgern lebens- und liebenswerte Heimat, betonte Herrmann. Es sei aber auch ein beliebter Fremdenverkehrsort. Fast 29.800 Gästeankünfte und

rund 72.500 Gästeübernachtungen im vergangenen Jahr zeugten davon. Dies verwundere freilich nicht, „denn Feldafing liegt in einer attraktiven bayerischen Urlaubsregion – dem Fünf-Seen-Land“, so Herrmann. Hier könne man Erholungs- genauso wie Aktivurlaub genießen. Die wunderschöne Naturlandschaft lade zu Ausflügen ein. Entlang der Rad- und Wanderwege stoße man auf zahlreiche Sehenswürdigkeiten.

Attraktive Innenstädte

Wie der Minister zudem hervorhob, sei es ein wichtiges Ziel in den bayerischen Programmen der Städtebauförderung, die Ortszentren und Innenstädte funktionsfähig und attraktiv zu gestalten. So habe der Freistaat zum Beispiel Feldafing bei der Umnutzung des denkmalgeschützten alten Bahnhofsgebäudes zum Rathaus mit Städtebauförderungsmitteln unterstützt. Die Einweihung fand im April 2013 statt. Hierbei beteiligte sich der Freistaat Bayern mit einer Finanzhilfe in Höhe von rund 100.000 Euro. **DK**

Fotoausstellung

Die Ausstellung „Außer Betrieb“ von Stefan Bircheneder im Kunstverein Landshut e.V. zeigte wiederum Ölgemälde von verlassenen Industriekomplexen, wie beispielsweise Produktionsstätten, Schalträumen und Lagerhallen. Diese menschenleeren und einsamen Plätze faszinieren den Künstler nicht nur wegen der besonderen Atmosphäre, die sie ausstrahlen, sondern auch aufgrund der Geschichten, die sie erzählen. Hat er schließlich einen neuen Ort entdeckt, so erkundet Stefan Bircheneder diesen zunächst einmal mit der Kamera.

Besondere Aura der Orte

Anhand der vorhandenen Fotografien entwickelt der Künstler später seine Kompositionen, die dem Betrachter die besondere Aura der Orte näher bringen sollen. Er setzt sich dabei mit den Motiven auseinander, versucht den Geist des Gebäudes zu erfassen und sinniert über die Umstände, die dazu beitragen, dass aus einer Industrieanlage, einer belebten Arbeitsstätte, letzten Endes eine trostlose Ruine wurde. Die Abnutzung, der Verfall, das Verlassene: Diese Dinge machen ein Gebäude für den Künstler erst wirklich interessant, denn sie zeugen gleichsam von Schicksalen, geplatzten Unternehmensträumen oder Misswirtschaft.

Monumentale Plastiken

Vor acht Jahren waren die Landshuter Stadtresidenz und die Landshuter Altstadt Schauplatz einer der eindrucksvollsten Inszenierungen des Werkes des italienischen Bildhauers Giuseppe Spagnolo. Als Hommage an diesen großen europäischen Künstler, der vor wenigen Monaten verstarb und zur Erinnerung an die grandiose Präsenz seiner monumentalen Plastiken aus Eisen und Ton im Herzen Landshuts präsentierte LAProjects Bilder und Skulpturen aus einer Landshuter Sammlung – auch als ein Zeichen der Dankbarkeit für das Mäzenatentum, das solche Begegnungen mit der

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...



„Wir scheinen doch Vieles richtig zu machen im Öffentlichen Dienst, wenn wir jetzt wieder zunehmend attraktiver für junge Menschen und Hochschulabsolventen werden.“ Mein Chef, der Bürgermeister, hat, wie er es nennt, einen „Studien-Crosscheck“ gemacht, um zu beweisen, dass der Öffentliche Dienst weiterhin ein Modell für junge Leute darstellen kann.

Das überrascht auf den ersten Blick. Landläufig stellt man sich junge Hochschulabsolventen ja als Leute vor, die sich nach nichts anderem sehnen, als von ihrem Arbeitgeber neben einem obszön hohen Einstiegsgehalt ein Tablet und ein Smartphone in die Hand gedrückt zu bekommen, mit deren Hilfe sie dann in flexiblen Bürolandschaften mit „Silent“- „Relax“- und „Meeting“-Zonen ohne festen Schreibtisch arbeiten und sich in ihren Designerklamotten in

wollen Arbeitnehmer in Büroberufen in allen Altersgruppen vor allem einen eigenen Schreibtisch mit PC, als zweites einen eigenen Drucker und als drittes, besonders interessant, ein Festnetztelefon (das ich zum Beispiel privat bereits abgeschafft habe). Gerne gesehen wird, wenn der Arbeitsplatz eher im Zentrum einer Stadt liegt, gut erreichbar ist, tendenziell Kantine hat, jedenfalls aber fußläufig Einkaufsmöglichkeiten bietet sowie – für viele auch in Behörden ein Traum – einen Parkplatz.

Den Immobilienentwicklern und Arbeitspsychologen machen solche Studien natürlich keine Freude. Büroplatz ist Geld und so sucht man nach Möglichkeiten, von den heutzutage durchschnittlich 26 Quadratmeter Büro- und Nebenfläche für einen Arbeitsplatz runterzukommen. Psychologen fragen sich, warum ihr Ansatz der Kreativität im Team so wenig Resonanz findet.

Sind Büromenschen einfach Spießer? Wohl eher nicht. Sie scheinen nur von ihrem menschlichen Bedürfnis nach Privatsphäre nicht abrücken zu wollen.

Wenn dein ganzes Arbeitsleben in einen Laptop, ein Tablet und ein Smartphone passt und du dir jeden Morgen einen Platz suchen musst, an dem du wenigstens ein paar Stunden verweilen kannst, ist es damit nicht weit her. Dazu gehört auch eine Photographie, gehören die Lieblingstasse und die Kräuterteemischung, die sonst niemand mag. Vielleicht sind sie aber auch nur intelligent genug zu erkennen, dass produktives Arbeiten eher verhindert wird, wenn man vier Fünftel der Arbeitszeit in Meetings, Teamsitzungen, Chatgroups und Videokonferenzen absitzt, nur um in der verbleibenden Zeit mit Mails bombardiert zu werden. Zum Bürojob gehört, sich auf ein Thema zu konzentrieren und es ungestört für sich zu bearbeiten – dafür braucht man jedenfalls eine Tür, die man hinter sich zumachen kann.

Mein Chef, der Bürgermeister, wird so schnell keinen Unternehmensberater zur Optimierung der Büroabläufe einladen, sondern schickt mir einen Satz des schweizerischen Verlegers Emil Oesch: „Arbeit in Ruhe zu leisten ist Zeitgewinn.“

Ihre
Sabrina

Gute Mitarbeiter brauchen adäquate Arbeitsplätze

Designmöbel fläzen können, wenn sie ihre Arbeit nicht gleich vom Park, vom Café oder von zu Hause aus erledigen.

Was haben da wir zu bieten, mit unseren Einstiegsstufen der Bayerischen Besoldungsordnung A, klassischen Büros mit Festnetz und PC, dem nur bei mehrtägigen Dienstreisen gegen Antrag verfügbaren dienstlichen Mobiltelefon und einer Dienstvereinbarung zum Heimarbeitsplatz, deren Lektüre mindestens einen halben Arbeitstag beansprucht.

Doch siehe da, der Öffentliche Dienst wird dennoch als erstrebenswerter Arbeitgeber angesehen. Was das Gehalt angeht, zeigt dies eindrücklich, dass die jungen Leute von heute mit spitzer Feder rechnen können. Denn wer sich nicht von Einstiegsgehältern blenden lässt, sondern mal seine Gehaltserwartung auf das ganze (Berufs)Leben einschließlich erwartbarer Beförderungen und Versorgungsbezügen umrechnet, wird schnell feststellen, dass man beim Staat oder der Kommune keinen wirklich schlechten Schnitt macht.

Dazu kommt dann noch das Arbeitsumfeld. Laut einer Studie einer großen Immobilienfirma

Kunst außerhalb des Museums möglich macht.

Werksüberblick

Im Skulpturenmuseum im Hofberg schließlich wurde in einer von Bildhauer Fritz König persönlich eingerichteten Aus-

stellung ein Überblick über sein gesamtes plastisches und graphisches Werk gegeben. Der 1924 geborene Künstler gehört zu den bedeutendsten Protagonisten der deutschen Skulptur der Gegenwart. In einem weiten, die sechzigjährige Schaffenszeit umfassenden Bogen wurden ausge-

wählte Kunstwerke ausgestellt, die die wesentlichen Motive im Werk umkreisen: Die Figur des Menschen im Spannungsfeld seiner Existenz, das von Liebe und dem Bewusstsein der (eigenen) Vergänglichkeit bestimmt ist, stand dabei im Mittelpunkt. **DK**

Memminger Freiheitspreis an Amazonas-Bischof

Öffentliche Preisverleihung an Erwin Kräutler auf dem Marktplatz

Der katholische Bischof Dr. Erwin Kräutler wurde mit dem „Memminger Freiheitspreis 1525“ ausgezeichnet. Der 77-jährige Geistliche war bis 2015 Bischof von Xingu, einer Diözese in Brasilien, die ungefähr so groß ist wie ganz Deutschland.

Bischof Kräutler kämpft seit Jahrzehnten für Gerechtigkeit und Freiheit in Lateinamerika. Als Geistlicher stellt er sich an die Seite der indianischen Ureinwohner und setzt sich für den Erhalt des Amazonas-Urwalds ein.

Ausbeutung und Zerstörung des Amazonas

In Vorträgen und Predigten, auf Konferenzen und in vielen Gremien macht er auf den Überlebenskampf der indigenen Völker in Lateinamerika aufmerksam und prangert Ausbeutung und Zerstörung des Amazonas-Gebietes zu Zwecken der Energiegewinnung an.

Bauernartikel von 1525

Bischof Kräutler gehört zur Kongregation der Missionare vom Kostbaren Blut, die auch in

Maria Baumgärtle (Breitenbrunn) wirken. Er nahm jüngst auf dem Memminger Marktplatz den Freiheitspreis aus den Händen von Oberbürgermeister Dr. Ivo Holzinger entgegen. Die Laudatio hielt der evangelische Landesbischof und EKD-Ratsvorsitzende, Prof. Dr. Heinrich Bedford-Strohm. Gestaltet wurde der öffentliche Festakt mit einer szenischen Verlesung der Zwölf Bauernartikel von 1525, auf denen der Freiheitspreis gründet.

Freiheits-Tanz

Die Tanzgruppe des Bernhard-Strigel-Gymnasiums interpretierte das Thema Freiheit mit dem Tanz „Gier-Macht-Ohnmacht“. Die musikalische Gestaltung lag bei der Memminger Stadtkapelle, dem Allgäuer Bauernchor und dem Bläserchor von Sankt Martin.

„Memminger Triduum“

Gedanken zur Freiheit referierte zwei Tage zuvor als Teil des Rahmenprogramms auch Prof. Dr. Hans Maier, bayerischer Kultusminister a.D., in einem Vortrag über Romano Guardini in der Kirche Sankt Johann am Marktplatz. Der Titel des Vortrags lautete „Romano Guardini und das „Memminger Triduum“.

Rahmenprogramm

Das Rahmenprogramm zur Vergabe des „Memminger Freiheitspreises 1525“ wird abgerundet durch den Film „Count-Down am Xingu V“, der im Kaminwerk gezeigt wurde. Der erst im Sommer dieses Jahres uraufgeführte Film des Frankfurter Dokumentarfilmers Martin Keßler zeigt den Kampf gegen Megastaudämme und Korruption in Brasilien und dokumentiert nicht zuletzt Bischof Kräutlers Einsatz gegen die Entrechtung der Menschen im Amazonasgebiet. **DK**



Im Landkreis Regensburg hat mit Elisabeth Mayer eine neue gemeinsame Datenschutzbeauftragte für 21 Gemeinden, sieben Verwaltungsgemeinschaften mit 19 Gemeinden, sieben Zweckverbänden sowie dem Landkreis Regensburg ihren Dienst angetreten. Landrätin Tanja Schweiger (l.), die das Kooperationsprojekt „Zweckvereinbarung Gemeinsamer Datenschutzbeauftragter“ initiiert hatte, ließ die 51-jährige Regensburgerin im Landratsamt willkommen und wünschte ihr einen guten Einstieg in ihren neuen Aufgabenbereich. **DK**

Königlicher Besuch im Würzburger Rathaus:

Ein Monarch mit Doppelleben

Viele Menschen haben gleich mehrere Titel auf ihrer Visitenkarte stehen, die Kombination von Céphas Bansah ist aber zweifelsfrei einmalig: „König von Hohoe Gbi Traditional Ghana“ sowie „Kfz-Meister und Landmaschinenmeister“ steht auf dem edlen schwarzen Kärtchen über einer Adresse in Ludwigshafen.

Man kann sagen König Bansah führt ein Doppelleben. Aber nicht im Verborgenen - in zwei Ländern steht er immer wieder im Fokus der Aufmerksamkeit. Seine rund 200.000 Untergebenen nutzen die Besuche in Ghana um „Seine Majestät“ zu feiern oder bei einer Audienz Sorgen und Nöte an ihn heranzutragen.

In Deutschland wiederum ist König Bansah ein kleiner Medienstar. Kurz vorher war er noch in der NDR-Sendung „Kam zu glauben“ zu sehen, auch das TV-Magazin Galileo und viele Zeitungen berichteten schon über den König, der auch mit 68 Jahren noch schraubend unter der Hebebühne seiner Werkstatt steht und von Montag bis Freitag seit Jahrzehnten ei-

nem ziemlich normalen Job nachgeht.

Soziale Projekte

Nun besuchte König Bansah auf Initiative seines Würzburger Adjutanten Claus Winkelmann das Würzburger Rathaus und Bürgermeister Dr. Adolf Bauer. Der Geschäftsmann Winkelmann unterstützt den König seit Jahren durch einen extra für ihn kreierten Edelbrand. Die Erlöse aus dem Verkauf des Königsbrands gehen in die sozialen Projekte des Monarchen - und davon gibt es sehr viele. „Ich habe Schulen gebaut, Brücken und aktuell baue ich ein Frauengefängnis“, erzählt Bansah und fügt gleich er-

klärend hinzu: „Es geht darum, die Haftbedingungen von Frauen zu verbessern. Bislang werden - fern der großen Städte - noch Männer und Frauen zusammen in Zellen gesperrt und nur nachts getrennt.“

Wohlstandsgefälle

Der König berichtet von einem großen Wohlstandsgefälle zwischen Accra, der Hauptstadt Ghanas, und der ländlichen Region, die sein Volksstamm, die Ewe, in Ghana, Benin und Togo bevölkern. Zudem gibt es noch das Problem, dass vom vorhandenen Reichtum an Bodenschätzen generell nicht die Bevölkerung angemessen profitiert.

Nach seiner Krönung 1992 sah er als dringlichstes Problem den Zugang zu sauberem Wasser. Diese Herausforderung bestehe noch immer vielerorts und sei der Ausgangspunkt dafür, dass sich Länder und Regionen in Afrika gut entwickeln können. Sein unermüdlicher Einsatz galt also auch vielen Brunnenprojekten. Die Tatsache, dass er von Deutschland aus regiere, helfe ihm beim Spendensammeln.

Steter Einsatz

Bürgermeister Dr. Bauer würdigte diesen steten Einsatz und

die mehrmaligen Besuche jährlich in Ghana, um Hof zu halten: „Das ehrt Sie. Es ist edel wie aufopferungsvoll Sie sich um Ihr Volk kümmern.“ Im Amtszimmer sprach man über das Africa Festival und die Fußball-WM 2006, bei der die Nationalmannschaft von Ghana in Würzburg Quartier bezog.

Voodoo-Ritual

Einige Mal waren die Würzburger Gastgeber aber auch schlicht sprachlos. Beispielsweise, als der König von seiner Krönung erzählte. Der Weg auf den Thron führt bei den Ewe über ein mehrtägiges, äußerst schmerzhaftes Voodoo-Ritual. Weil die Ewe einen starken König brauchen, testen sie die Leidenfähigkeit des Thronfolgers auch durch das Zufügen von Schnitten in Arme, Beine und Rücken.

Spendensammlung

Seinen Humor konnten die Voodoo-Meister König Bansah hierbei aber nicht austreiben. Dieser zeigt sich auch darin, dass er für sich für kaum eine PR-Aktion zu schade ist, wenn sie Geld für eine neue Schule oder eine dringende medizinische Behandlung in der Heimat bringt. Über seine Homepage kann man den Monarchen für Events buchen. Er hat CDs besungen und war auch schon einmal Weinkönig in Tritenheim. Sein neuester Coup ist ein Werbevertrag mit dem Apple-Konzern. In der New Yorker U-Bahn hängen aktuell überlebensgroße Plakate mit Porträts von ihm in seinem prächtig mit

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe der Bayerischen Gemeindezeitung liegt eine Beilage der Firma **Hotspots** bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. □

KATWARN sehr beliebt

2015 hat sich die Zahl der Nutzer des Warn- und Informationssystems KATWARN mehr als verdoppelt. Aktuell sind zum Beispiel 7.387 Bürger aus dem Landkreis Aschaffenburg angemeldet, in 2015 waren es noch etwa 3.300 angemeldete Personen.

Ob Großbrand, Blindgänger-Fund oder mögliche Verunreinigung des Trinkwassers – alle angemeldeten Bürger erhalten behördliche Warnungen vor Gefahrensituationen über eine Smartphone-App, per Short-Message-Service (SMS) oder E-Mail. Anmeldung und Nutzung bei dem vom Berliner Fraunhofer-Institut Fokuz und der VKB zur Verfügung gestellten System sind kostenlos unter www.katwarn.de. □

Gold verzierten Gewand. Überragt wird der stolz in die Kameron blickende König Bansah von einem imposanten Thron aus dunklem Holz. Ach ja, und daneben ist auch noch das neue iPhone zu sehen. Es scheint als würde es sich verneigen. □



Königlicher Besuch in Würzburg (v. l.): Claus Winkelmann begleitet König Céphas Bansah beim Besuch im Amtszimmer von Bürgermeister Dr. Adolf Bauer. Bild: Georg Wagenbrenner

Vorschau auf GZ 19

In unserer Ausgabe Nr. 19, die am 13. Oktober 2016 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Energieversorgung · Energiesparmaßnahmen
- Umweltschutz · Abfall und Recycling
- Kommunale Baupolitik
- Kommunalfahrzeuge
- Kommunale und private Freizeitanlagen · Spielplätze
- Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV
- Bestattungswesen · Friedhof

LIEFERANTEN - GZ NACHWEIS

Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
 Thüringer Fahnenfabrik GmbH
 Postfach 1654
 96406 Coburg
 Tel.: 09561-5527-0
 Fax: 09561-5527-23
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de

Ankauf / Briefmarken

Briefmarken-Ankauf
 auch Münzen, Briefe, Ansichtskarten
Briefmarkenauktionshaus Schulz
 Frauentorgraben 73 - 90443 Nürnberg
 Telefon: 0911 / 2 40 68 70

Inserieren bringt Erfolg!
www.gemeindezeitung.de

Brandschutz

HEKATRON
HEKATRON Remote – das Original
 Fernzugriff auf höchstem Niveau mit der Integral IP Zentrale

Bau

ERLUS AG
 Hauptstraße 106
 D-84088 Neufahrn/NB
 T 08773 18-0
 F 08773 18-113
www.erlus.com

ERLUS
 Qualität aus Deutschland

Fahrradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:
www.twitter.com/gz_aktuell
www.facebook.com/GZaktuell

Fahnenmaste + Fahnen

FAHNEN KÖSSINGER
 • Fahnen
 • Maste
 • Roll-Ups
 • Bekleidung
 • und vieles mehr

www.fahnen-koessinger.de
 Telefon: 09451 / 9313-0

Fahnenmaste + Fahnen

HELA-MAST GmbH
 P. HENKEL Fahnenmaste, Fahnen, Lichtmaste, Leuchten, Flutlichtanlagen, Fahrradständer, Abfallsammler
 HELA-MAST GmbH · Postfach 10 11 55 · 57202 Kreuztal
 Telefon: 02732/7687-0 · Telefax: 02732/7687-10
 E-Mail: info@hela-mast.de · Internet: www.hela-mast.de

Fahnen/Fahnenmasten

FAHNEN KOCH COBURG
 Thüringer Fahnenfabrik GmbH
 Postfach 1654
 96406 Coburg
 Tel.: 09561-5527-0
 Fax: 09561-5527-23
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de

Gewerbepbau

Laumer Bautechnik GmbH
 Bahnhofstr. 8
 84323 Massing
 Tel.: 08724/88-0 Fax: 88-500

Maschinenhallen · Wertstoffhöfe · Technikräume
 Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung

www.laumer.de · info@laumer.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

CONSTANZE VON HASSEL
 Telefon 08171.9307-13
hassel.constanze@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL
 Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Komfortlüftungssysteme mit Wärmerückgewinnung

LTM®
 KOMFORTLÜFTUNGSSYSTEME

LTM GmbH
 Eberhardtstr. 60 | 89073 Ulm
 Tel. 0731 - 40 98 67 - 0
info@ltm-ulm.de
www.ltm-ulm.de

Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.

Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
 85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
 93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
 89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Kommunal- und Agrartechnik GmbH & Co. KG
 95326 Kulmbach, www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
 97076 Würzburg-Lengfeld, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
 95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Wissen was für bayerische Kommunen wichtig ist:

Ihr ABO der **BAYERISCHE Gemeindezeitung**
www.gemeindezeitung.de

- im Einzelabo für 81,43 € und
- ab 10 Zeitungen im Sammelabo für 28,89 € (Lieferung an eine Adresse) oder 40,93 € (Lieferung mit Einzelversand)

Auf Wunsch jeweils als Kombination print/ePaper

Schacht-Ausrüstungen

Schachtabdeckungen, Schachtleitern Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme

Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
 Postfach 1262 · D-35702 Haiger · Fax: (02773)821218
 Telefon: (02773)821256 · www.hailo-professional.de

Sitzmöbelhersteller

Das Krenzer-Modularsystem **KRENZER**
 ... clevere Raumkonzepte

Fordern Sie unsere neuen Verkaufsunterlagen an

Walter Krenzer GmbH & Co KG · Industriestraße 26 · 35684 Dillenburg (Frohnhausen)
 Tel.: 02771/3208-0 · E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de · www.krenzer-sitzmoebel.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER
 ☎ 05326 / 502-0

Wartehallen

38685 Langelsheim · www.langer-georg.de
 Ein Gesellschafter der ELANCIA AG

Weihnachtsbeleuchtung

weihnachtsbeleuchtung
 beratung · planung · vertrieb
 grünware · lichtschlauch · led

bahnhofstraße 8
 91233 neunkirchen a. sand
 telefon: 09123/99 812 99
 telefax: 09123/99 812 98
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de

Vertragshändler für **Platte Star**

Wir liefern in 8-14 Tagen - und das bis kurz vor Weihnachten!